Free21
Credible news mounted on paper

Magazin
Nr. 1, 6. Jg., Februar 2019

Im Netz: www.free21.org

Thema **Meinungsmanagement:**

Mit teils subtilen Mitteln, aber auch mit sehr ausgeklügelten Methoden aus der Massenpsychologie wird tagtäglich versucht, die öffentliche Meinung zu den Ereignissen in dieser Welt zu beeinflussen. Dabei bedienen sich die Akteure eines gut gefüllten Werkzeugkastens: Von der Faktenfälschung über Dekontextualisierung, Fragmentierung, Verschweigen und dem gezielten Bedienen bestimmter Vorurteile reicht die Palette, bis hin zur Diffamierung anderer Meinungen und gezielter Verleumdung. Mit der Wiederveröffentlichung eines populären wissenschaftlichen Vortrages, interessanten Interviews und Analysen sowie einigen Beispielen aus den Medien beleuchten wir das düstere Thema „Meinungsmanagement“.

ab Seite 4

„Warum **schweigen** die Lämmer?“

Der Vortrag von Rainer Mausfeld zeigt anhand von vielen Beispielen, wie mit den Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements die Menschen in Apathie und der Illusion des Informiertseins gehalten werden. ▶ SEITE 4

NATO-**Propaganda** „Integrity Initiative“

Die geleakten Dokumente zur „Integrity Initiative“ beweisen auf erschreckende Weise, wie Meinungsmacher aus dem NATO-Umfeld ihre PR-Netzwerke bis tief in die Redaktionen deutscher Medien aufbauen. ▶ SEITE 35

Das **Manifest** der Gelben Westen

Ein Ende der Austeritätspolitik, Volksentscheide, Begrenzung der Mietpreise: Anfang Dezember stellten die „Gelben Westen“ in einem Kommuniqué ihre über 40 Forderungen vor. Machen Sie sich bitte Ihr eigenes Bild. ▶ SEITE 46

Unterstütze **Free21:** drucken – lesen – teilen – spenden: **www.free21.org**

Free21
Credible news mounted on paper
Magazin
Nr. 1, 6. Jg., Februar 2019

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.,
c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin,
Karl-Lade-Str. 36a,
E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Redaktion: Holger Bartholz

ViSdPR: Holger Bartholz,
c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a,
Telefon: +49 176 57 91 28 83
E-Mail: redaktion@free21.org

Lizenz:
Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte der Coverbilder auf Seite 1 dieses Magazins:

Bild Nr. 1: Shooft
Bild Nr. 2: Pixabay, CCo
Bild Nr. 3: Hannes Adomat, Nachdenkseiten.de
Bild Nr. 4: Marieluise Beck, Wikimedia, Foto: Stefan Kaminski, gemeinfrei
Bild Nr. 5: Pixabay, CCo

TITEL

4 **„Warum schweigen die Lämmer?“**
Dieser wichtige Vortrag zeigt anhand von vielen Beispielen, wie mit den Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements die Menschen in Apathie und der Illusion des Informiertseins gehalten werden. *Von Rainer Mausfeld*

HINTERGRUND

19 **Schweigende Lämmer, getroffene Hunde**
Wenn Bücher, die nahelegen, dass Demokratie im Westen nur Fassade ist, zu Bestsellern werden, schweigen die Leitmedien – oder unterstellen, die Autoren wären verwirrte Scharlatane. Jüngste Fälle: Rainer Mausfeld und Dirk Müller. *Von Paul Schreyer*

46 **Das Manifest der Gelben Westen**
Über 40 Forderungen, die weit über den Protest gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise hinausgehen, stellten die „Gelben Westen“ in einem Kommuniqué Anfang Dezember.

GESELLSCHAFT

24 **Das Modell Elitendemokratie ist historisch verheerend gescheitert**
Rainer Mausfeld im Interview mit *Marcus Klöckner.*

29 **Finger weg von der Filterblase**
Gehasst, geliebt, gefürchtet – soziale Netzwerke polarisieren. Schon machen sich Stimmen breit, die Facebook und Co. dazu zwingen wollen, den Nutzern bestimmte Inhalte zu zeigen, um „ihr Programm zu diversifizieren“. Eine Schnapsidee, die man auch als Vorstufe zu einer umfassenden Zensur der Netzwerke interpretieren kann. *Von Jens Berger*

32 **Der Kampf um unsere Köpfe**
Die Massenmedien manipulieren und steuern unser Denken, um Widerstand gegen Krieg und Sozialabbau unmöglich zu machen. *Von Daniele Ganser*

34 **Alternative Medien vorgestellt**
#3: Das Blog paulschreyer.wordpress.com

48 **Die Deutungshoheit der Wikipedia relativieren**
Machen wir der Wikipedia in Teilbereichen Konkurrenz! *Von Jörg Wichmann*

GEOPOLITIK

35 **Integrity Initiative – NATO-Propaganda auch in Deutschland**
Die geleakten Dokumente zur „Integrity Initiative“ zeigen auf erschreckende Art und Weise, mit welchem Selbstverständnis Meinungsmacher aus dem Umfeld der NATO heute ihre PR-Netzwerke bis tief hinein in die Redaktionen deutscher Medien aufbauen. *Von Jens Berger*

integrity initiative

39 **Der Zweck und die Absicht von Integrity Initiative ist eine Propagandaoperation**
Marcus Klöckner hat für die NachDenkSeiten mit dem britischen Journalistik-Professor Piers Robinson gesprochen, der an der Auswertung der Dokumente über die Organisation beteiligt ist.

42 **Wie die Konzerne die UNO unter ihre Kontrolle brachten**
Anhand der UN Foundation lässt sich zeigen, wie die Konzerne es anstellten, dass der UN-Apparat immer mehr nach ihrer Pfeife tanzt. *Von Norbert Häring*

Zwischen Fake-News und Zensur

Liebe Leserinnen und Leser,

wir leben in Zeiten der Desinformation, der Gesinnungsschnüffelei und der Zensur. Es wird immer deutlicher, dass viele der in Deutschland etablierten Medien eine Illusion von freiheitlichen und demokratischen Grundwerten aufrechterhalten und sogar vieles dafür tun, das Offensichtliche zu vertuschen. Und wenn etwas durch Zufall enthüllt wird, dann sind es angeblich alles nur Einzelfälle.

Nehmen wir den Lügenbaron vom Spiegel, der jahrelang unbehelligt ins jeweilige Narrativ passende Geschichten schreiben durfte, die dem Leser als sachliche Berichterstattung „verkauft" wurden – übrigens nicht nur im Spiegel. Der Fall offenbart exemplarisch eine selbstverständliche Dreistigkeit, mit der Leitmedien bei Bedarf die Wahrheit der Zensur opfern.

Oder kennen Sie die Kunstinitiative, die sich „Zentrum für politische Schönheit" nennt? Letzten Herbst rief sie nach den Protesten in Chemnitz dazu auf, Menschen wegen „falscher Gesinnung" zu denunzieren, um dann die Denunzianten selbst als Verdächtige bloßzustellen – im Namen der Kunst.

Seit 2017 gibt es das „Netzwerk-Durchsetzungsgesetz", womit auch missliebige Meinungen in den sozialen Medien als „Hasskriminalität" diffamierbar sind und vom Plattformbetreiber widerspruchsfrei gelöscht werden können. Zensur.

Dirk Müller (Mr. Dax), ein geopolitisch kritischer Finanzberater, wird zur Zielscheibe eines groß angelegten Diffamierungsartikels der Süddeutschen Zeitung – seine Stellungnahme wird dagegen nicht veröffentlicht. Kein Einzelfall.

Berichte über den Aufbau einer deutschen Zelle des britischen Propaganda-Programms „Integrity Initiative", das maßgeblich vom britischen Außenministerium und der NATO finanziert wird und die öffentliche Diskussion pro NATO, pro Militär und vor allem gegen Russland beeinflussen soll, sucht man in den großen Medien vergebens. Die geleakten Dokumente bleiben trotz ihrer Beweislast, trotz ihrer Brisanz nahezu unbeachtet. Warum? Wer sieht sich schon gern im Lichte einer Mittäterschaft? Selbstreflexion? Kritischer Journalismus? Fehlanzeige.

Das alles IST Zensur und vor allem ein Teil des Meinungsmanagements.

Mit der vorliegenden Ausgabe des Free21-Magazin möchten wir Ihnen eine Wissensbasis dazu an die Hand geben, so auch mit dem viel zitierten Vortrag von Rainer Mausfeld „Warum schweigen die Lämmer", der nun zum ersten Mal in voller Länge gedruckt erscheint. Zwei der gerade erwähnten Beispiele von „Meinungsmanagement" beschreiben die Autoren Paul Schreyer und Jens Berger in ihren jeweiligen Beiträgen und werfen dazu weitere Fragen auf, die beantwortet und diskutiert werden sollten.

Es ist wichtig, dass wir alle kritisch werden, es sind und bleiben. Genau das ist die Motivation des Free21-Rechercheteams. Ein Team aus politisch interessierten Menschen mit Recherche-Kompetenz engagiert sich, indem es Informationen hinterfragt, Antworten sucht und Quellen prüft. Dieses Team braucht dringend Verstärkung! Denn wir alle sind nur in unserer Freizeit für Free21 aktiv und das führt immer wieder zu zeitlichen Engpässen. Wer dazu beitragen will, sollte sich bitte unbedingt bei uns melden, eine kurze Mail an info@free21.org genügt. Danke!

Holger Bartholz

Fördermitglied für Free21 werden:

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. **Der Fördermitgliedsbeitrag beträgt 5,– Euro pro Monat.** Eine jährliche Spendenbescheinigung gibt es natürlich auch.

Ja, ich möchte jetzt Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein und schicken das Formular per Briefpost an:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B. St.Nr. 27/680/76987

Kontoinhaber
Vorname, Name:

Str., Nr.:

PLZ, Ort, Land:

E-Mail-Adresse:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE84ZZZ00001969982
Mandatsreferenz-Nr.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften **in Höhe von monatlich 5,– Euro** einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

(Foto: Cgia, CC BY-SA 3.0)

Warum **schweigen** die Lämmer?

Demokratie, Psychologie und Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements: Thema dieses Vortrags sind Techniken, die dazu dienen, schwerwiegende Verletzungen moralischer Normen durch die herrschenden Eliten für die Bevölkerung moralisch und kognitiv unsichtbar zu machen.

von Prof. Dr. Rainer Mausfeld

Professor Mausfeld bot in seinem berühmten Vortrag an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel vom 22. Juni 2015, der als moderner Aufklärungsklassiker gilt, anhand von vielen Beispielen einen Einblick in die tatsächliche Verwaltung unserer Demokratie und wie mit den Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements die Menschen in Apathie und der Illusion des Informiertseins gehalten werden.

Wie einer der Kommentatoren des damaligen Videomitschnitts des Vortrages auf Youtube schrieb, „Etwas trocken im Anbiss, aber kernig und gehaltvoll beim Kauen …“ oder ein anderer „Das sollte man allen Realitätsverweigerern unter die Nase reiben. Die Perfidität hat System.“

Prof. Mausfeld hatte damals unser Transkript komplett überarbeitet und Free21 die nachfolgende lesefreundliche Fassung zur Verfügung gestellt:

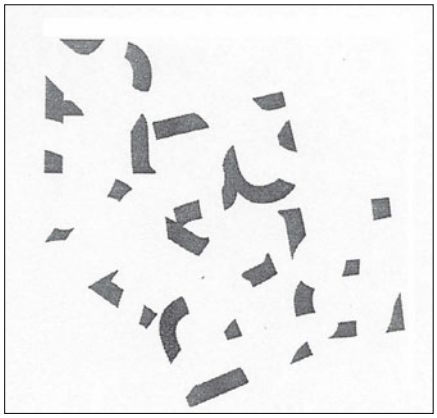
Moralisch unsichtbar sind Verletzungen moralischer Normen, wenn sie zwar als Fakten sichtbar sind, jedoch in einen Kontext eingebettet sind, der verhindert, dass sie in der Bevölkerung ein moralisches Unbehagen oder Empörung auslösen. Ein Beispiel sind die gesellschaftlichen und humanitären Folgen der mit der neoliberalen Wirtschaftsordnung einhergehenden strukturellen Gewalt, wie sie vor allem in der sog. „Dritten Welt“, doch zunehmend auch in den westlichen Industrieländern sichtbar werden.

Kognitiv unsichtbar sind Verletzungen moralischer Normen, wenn sie zwar als Fakten sichtbar sind, jedoch in einen Kontext eingebettet sind, der verhindert, dass Schlußfolgerungen aus ihnen gezogen werden. Insbesondere werden in derartigen Fällen keine Beziehungen zu vergleichbaren Fällen hergestellt, die von den jeweiligen Eliten nach gänzlich anderen Kriterien bewertet werden. Ein Beispiel sind die sog. gezielten Tötungen („targeted killings“) von Personen, die von einem Staat als Sicherheitsrisiko angesehen werden. Derartige Morde stellen einen klaren Bruch des Völkerrechts dar und würden in vergleichbarer Weise nicht akzeptiert, wenn sie von Staaten durchgeführt würden, die von „uns“ als „Gegner“ angesehen werden.

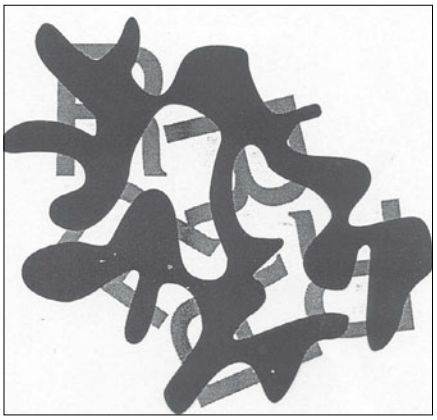
Die Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit von Fakten wird wesentlich durch die Massenmedien vermittelt, die neben den Fakten in der Regel auch den gewünschten Interpretationskontext und damit das „politische Weltbild“ vermitteln. Das Thema gehört also zu unserem gesellschaftlichen Lebensalltag und geht uns alle an. Die Fragen, die sich hierbei stellen, sind grundlegender und zumeist recht elementarer Natur. Für die Auseinandersetzung mit ihnen benötigt man kein Expertenwissen, auch wenn die herrschenden Eliten sich bemühen, Diskurse über derartige The-

Publiziert auf Free21 am 4.08.2015, 19:27 Uhr

men auf Gruppen „geeigneter Experten“ zu beschränken. Für Themen, die uns alle als Citoyens angehen, also als Bürger, die sich im Geiste der Aufklärung um die Gestaltung unseres Gemeinwesens bemühen, sind wir von Natur aus mit einem natürlichen Vermögen unseres Geistes ausgestattet, einem „Licht der Vernunft“ – einem lumen naturale, wie man es in der Aufklärung nannte. Den wesentlichen Kern der Fragen, um die es bei unseren Themen geht, können wir also auch ohne eine Spezialistenausbildung behandeln. Und darum soll es in diesem Vortrag gehen.



Fragmentierung



Fragmentierungsursache

Zu dem natürlichen Vermögen unseres Geistes gehört die Befähigung, die Begrifflichkeiten zu hinterfragen, mit denen man im gesellschaftlich-politischen Bereich Phänomene und Fakten kategorisiert, ordnet und bewertet. Prominentes Beispiel ist der neoliberale Neusprech zur Verhüllung und Verdeckung des tatsächlich Gemeinten, mit dem man leicht ein Orwellsches Neusprech-Wörterbuch füllen könnte. Hierzu gehören Begriffe wie Strukturreformen, Reformwille, Bürokratieabbau, Deregulierung, Stabilitätspakt, Austerität, Euro-Rettungsschirm, freier Markt, schlanker Staat, Liberalisierung, Harmonisierung, marktkonforme Demokratie, alternativlos, Humankapital, Leiharbeit, Lohnnebenkosten, Sozialneid, Leistungsträger, etc. etc. Derartige Begriffe transportieren ideologische Weltbilder, deren totalitären Charakter es aufzudecken und zu benennen gilt. Damit wir diesen ideologischen Weltbildern nicht unbewußt und ungewollt erliegen, müssen wir die stillschweigenden Prämissen, Vorurteile und ideologischen Komponenten in der Begrifflichkeit, in der wir über gesellschaftlich-politische Phänomene sprechen, identifizieren und bewußt machen. Auch für diese Tätigkeit benötigen wir kein Expertenwissen. Hierfür sind wir alle von Natur durch das natürliche Vermögen unseres Geistes ausgestattet, auch wenn es dies zu üben und zu verfeinern gilt.

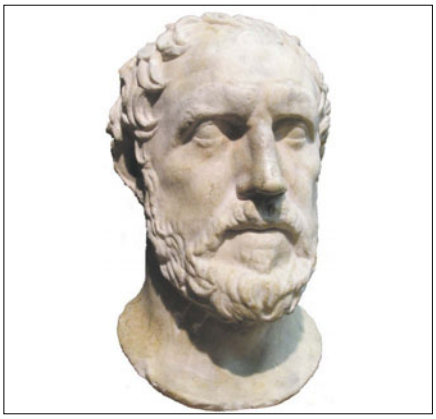
Wir wollen hier also versuchen, einige stillschweigende Prämissen und ideologischer Komponenten zu identifizieren, die sich in der Begrifflichkeit verbergen, mit der in demokratischen Gesellschaften die jeweils herrschenden Eliten ihre Macht zu stabilisieren suchen. Zuvor möchte ich jedoch das, worum es beim Problem des Unsichtbarmachens von Fakten geht, mit einem Wahrnehmungsphänomen illustrieren.

In diesem Bild sehen wir etwas, das wir vermutlich als Fragmente von Objekten wahrnehmen, ohne dass wir hier den tatsächlichen Bedeutungszusammenhang dieser Fragmente erkennen können. Warum ist hier der Bedeutungszusammenhang unsichtbar? Die Antwort, die die Wahrnehmungspsychologie hierzu gibt, besagt im wesentlichen, dass das Wahrnehmungssystem seine Bedeutungskategorien solange nicht zur Anwendung bringen kann, solange die Fragmentierungsursache selbst nicht erkennbar ist. Sobald man – bei exakt gleichgebliebenen Objektfragmenten – die Ursache sichtbar macht, durch die die Objekte fragmentiert sind, können wir mühelos das Verdeckte ergänzen und den Sinnzusammenhang erkennen. Hierin zeigt sich eine allgemeine Gesetzmäßigkeit des Psychischen, die auch bei unserem Thema von Interesse ist. Ein Sinnzusammenhang von Fakten läßt sich durch eine fragmentierte Darbietung gleichsam unsichtbar machen. Wir nehmen dann, wie in der Regel beim Lesen einer Tageszeitung, nicht mehr als eine Ansammlung isolierter Informationsfragmente wahr. Sobald jedoch bei einer Fragmentierung von Informationen die Ursache der Fragmentierung erkennbar wird, haben wir keine Schwierigkeiten, den Bedeutungszusammenhang zu erkennen.

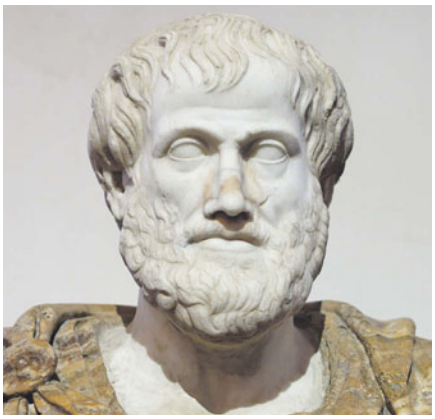
Das Paradoxon der Demokratie

Bei unserem Thema geht es also auch darum, warum man oder wie man durch Fragmentierung Sachverhalte unsichtbar machen kann. Das führt direkt zu der Frage, wer will Sachverhalte unsichtbar machen und wer will Sachverhalte für wen unsichtbar machen? Um diese Frage zu verstehen, müssen wir mit etwas beginnen, das oft als „Paradoxon der Demokratie“ bezeichnet wird, nämlich mit einem Problem der Beziehung von Eliten und Volk. Die systematische Untersuchung dieses Problems geht bis in die Antike zurück. Im politischen Diskurs wird das Volk oftmals mit einer Herde verglichen, mit einer Herde, die zu irrationalen Affekten neige und die es folglich zu kontrollieren gelte. Für die politische Führung eines Volkes sei es daher wichtig, das Schweigen der Herde zu interpretieren und im Sinne ihres politischen Handelns zu deuten. In neuer Zeit ist dieses Thema ist vor allem durch Richard Nixon populär geworden, der seinerzeit das Schweigen der „silent majority“ als Zustimmung zum Vietnamkrieg gedeutet hat.

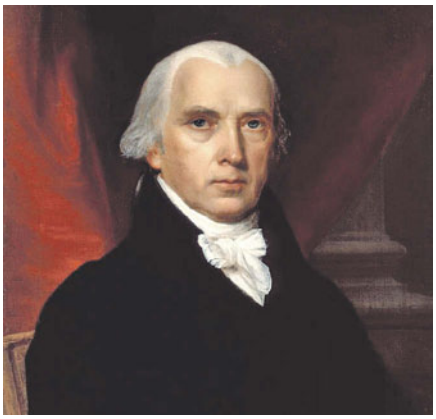
Der griechische Historiker Thukydides (454–399 v.u.Z) war der erste, der sich in systematischer Weise mit diesen Fragen beschäftigt hat. Thukydides war auch der erste, der die enge Beziehung zwischen unseren Vorstellungen über Regierungsformen und unseren Annahmen über die Natur des Menschen erkannt hat. Jede Art von Regierungsform hängt, implizit oder explizit, immer auch damit zusammen, welches Bild wir uns von der Natur des menschlichen Geistes machen. Thukydides war der Auffassung, dass die Masse eine



Thukydides (454–399 v.u.Z) (Foto: wikimedia, gemeinfrei)



Aristoteles (384–322 v.u.Z) (Foto: wikimedia, gemeinfrei)



James Madison (1751–1836) (Foto: wikimedia, gemeinfrei)

Neigung zu Affekten und Leidenschaft hat, auf Kosten der Vernunft: „Die Masse ist in ihren Auffassungen unstet und wetterwendisch,für ihre Fehlleistungen macht sie andere verantwortlich …“ Die politischen Führer andererseits seien in ihrem Handel vor allem geleitet durch ein „Verlangen nach Macht, um Herrschsucht und Ehrgeiz zu befriedigen.“ Thukydides erkannte, dass jede gute Organisationsform einer Gesellschaft den Schwachstellen der menschlichen Natur Rechnung tragen muss. Die Regierungsform einer Demokratie könne dies nach seiner Auffassung nicht leisten. Als Idealform sah er vielmehr – geleitet durch die Regierung des Perikles – eine Regierungsform an, die „dem Namen nach eine Demokratie, in Wirklichkeit die Herrschaft des Ersten Mannes“ sei.

Aristoteles vertrat eine ähnliche Auffassung. Er sah die Timokratie, die „Herrschaft der Angesehenen und Besitzenden“, als ideale Regierungsform an. Dabei sollten demokratische und oligarchische Elemente so ausgewogen werden, dass weder die Masse oder die Armen noch die Eliten oder die Reichen eine Übermacht gewinnen könnten. Demokratie sah Aristoteles als eine Verfallsform der Timokratie an. Denn die Demokratie beinhalte die Möglichkeit, dass „die Armen, weil sie die Mehrheit bildeten, das Vermögen der Reichen unter sich teilten“, was Aristoteles als Unrecht ansah. Derselbe Grundgedanken findet sich auch an den Ursprüngen der amerikanischen Verfassung: Jede Regierungsform müsse so gestaltet sein, dass sie die Minorität der Reichen gegen die Majorität der Armen schützt („to protect the minority of the opulent against the majority“), sagte James Madison (1751–1836), einer der Gründungsväter der amerikanischen Verfassung. Madisons Lösungsvorschlag für dieses Spannungsverhältnis zwischen Volk und Eliten war die „repräsentative Demokratie“ – de facto also eine Form der Oligarchie -, mit der sich die Sicherung der Eigeninteressen der Minorität der Reichen gewährleisten lasse.

Diese wenigen Beispiele mögen als Illustration dafür genügen, dass die gesamte abendländische Ideengeschichte durchzogen ist von einer tiefen Demokratieskepsis und oftmals Demokratiefeindlichkeit. (1)

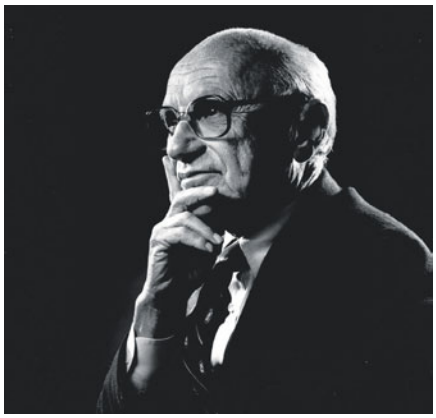
Im politischen Diskurs wie auch in der politischen Rhetorik der Neuzeit spielt der Begriff der Demokratie dennoch eine immer größere Rolle. Demokratie ist nun nicht nur eine von möglichen Herrschaftsformen, sondern sie ist die einzige Form, in der sich politische Macht überhaupt legitimieren läßt. Zugleich betrachten die herrschenden Eliten Demokratie als eine „notwendige Illusion“ und bemühen sich hinter der Rhetorik von Demokratie zugleich, die zur Sicherung ihrer Eigeninteressen geeigneten oligarchischen Strukturen zu etablieren. Dabei werden von ihnen ernsthafte demokratische Errungenschaften als „excess of democracy“ deklariert und demokratische Strukturen in einer Weise zu erodieren versucht, die für die Bevölkerung möglichst nicht sichtbar sind – ein Prozeß, der sich in der Gegenwart in beängstigender Weise beschleunigt hat. Für Beispiele mögen als Stichworte die Gesetzgebungsverfahren der EU, Weltbank, IWF, TTIP sowie „Troika“ genügen.

Das Etablieren oligarchischer Strukturen unter demokratischem Deckmantel ist in beeindruckendem Maße gelungen, denn westliche Demokratien haben tatsächlich eher den Charakter von Oligarchien. Diese Auffassung wird nicht nur von Kritikern dieses Entdemokratisierungsprozesses vertreten, sondern sie wird auch von den herrschenden Eliten selbst geteilt. Beispiel USA: In einem Bericht von 1975 mit dem Titel „The Crisis of Democracy“ – die Krise der Demokratie bezieht hier darauf, dass die Autoren ein „Übermaß an Demokratie“ (“excess of democracy“) diagnostizierten – stellte Samuel Huntington fest, dass zu Zeiten, als Präsident Truman noch in der Lage war, das Land lediglich mit einer Handvoll Wallstreetbankern zu regieren (“to govern the country with the cooperation of a relatively small number of Wall Street lawyers and bankers”), das Management von „Demokratie“ noch relativ einfach war. Seitdem konnte der “excess of democracy“ umfassend korrigiert werden, so dass die Washington Times vom 21. April 2014 feststellen kann: „America is no longer a democracy – never mind the democratic republic envisioned by Founding Fathers.“. Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter nannte in einem Interview am 28. Juli 2015 die USA eine “oligarchy” mit einer “unlimited political bribery”. Der oligarchische Charakter der USA stellt also für die Eliten eine Art offenkundigem Fakt dar. Wer derartige Äußerungen der Elite kein Gewicht beimißt, wird vielleicht das eigentlich Offensichtliche eher anerkennen, wenn es mit

Publiziert auf Free21 am 4.08.2015, 19:27 Uhr

James Earl „Jimmy" Carter Jr. (Foto: wikimedia, gemeinfrei)

Samuel P. Huntington (Foto: 2004 World Economic Forum, CC BY-SA 2.0)



Milton Friedman (1912–2006) (Foto: wikimedia, gemeinfrei)

wissenschaftlicher Methodik belegt wird. Die Politikwissenschaftler Martin Gilens und Benjamin Page (2014) haben jüngst am Beispiel der USA untersucht, mit welchem Stimmgewicht der Willen der großen Masse des Volkes in politische Entscheidungen eingeht. Ihre Analysen zeigen, dass das Stimmgewicht nahe bei Null liegt und dass siebzig Prozent der Bevölkerung überhaupt keinen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. [2]

Das sieht in Europa nicht anders aus. Will man ein halbwegs realistisches Bild von der tatsächlichen Situation bekommen, ist es besonders erhellend, interne Informationsmedien der jeweiligen Eliten heranzuziehen, beispielsweise das Wallstreet Journal. In diesen Medien findet man bisweilen einen relativ ungetrübten Blick auf die Realitäten, weil es für die Finanzelite und für das Geschäftemachen wichtig ist, einen ideologisch nicht allzu verzerrten Blick auf die Realitäten zu haben. Da sich diese Informationsmedien an Mitglieder der Eliten richten, können sie auf die krude politische Rhetorik und Propaganda verzichten, die man in Massenmedien für die Bevölkerung bereit hält. Das Wallstreet Journal vom 28. Februar 2013 stellt nüchtern fest, dass das neoliberale Programm – trotz entsprechender Wahlentscheidungen in zahlreichen Ländern – nicht mehr demokratisch abwählbar ist. [3] Auch in Europa erweist sich also die Auffassung als Illusion, dass die Wähler in einem ernsthaften Sinne den Ausgang der Wahl bestimmten oder durch die Wahl Einfluß auf „systemrelevante" politische Entscheidungen hätten.

Das ist nun gerade bei Fragen der Wirtschaftspolitik wenig überraschend, denn Neoliberalismus und Demokratie sind in der Tat miteinander unvereinbar. Milton Friedman (1912 – 2006), einer der Gründungsväter des Neoliberalismus, hat dies 1990 offen zum Ausdruck gebracht: „a democratic society once established, destroys a free economy" (Newsletter of the Mont Pelérin Society) – was es natürlich aus Sicht der Eliten zu verhindern gilt. Demokratie wird also nur soweit als „zulässig" angesehen, wie der Bereich der Wirtschaft von demokratischen Entscheidungsprozessen verschont ist – also solange sie keine Demokratie ist. In diesem Sinne ist weltweit der Neoliberalismus der größte Feind von Demokratie. Aus Sicht multinationaler Konzerne stellt Demokratie vor allem ein Geschäftsrisiko dar. Wenn die Bevölkerung partout nicht bereit ist einzusehen, dass die Organisation einer Gesellschaft wirtschaftlichen „Sachzwängen" Rechnung zu tragen hat und dass Löhne und Sozialleistungen äußerst nachteilige Faktoren für die Kapitalvermehrung sind, müssen durch die herrschenden Eliten eben geeignete „Strukturanpassungsmaßnahmen" auf autoritärem Wege durchgesetzt werden.

Eine wirklich demokratisch organisierte Gesellschaft ist also mit den von den herrschenden Eliten favorisierten Gesellschaftsformen unvereinbar. Wenn schon „Demokratie" im politischen Geschäft als eine „notwendige Illusion" erachtet wird, dann sollte die Demokratie eher die Form einer durch geeignete Experten gelenkten „Zuschauerdemokratie" („spectator democracy") annehmen als die einer partizipatorischen Demokratie. In einer Zuschauerdemokratie läßt sich die Illusion der Demokratie aufrechterhalten und zugleich eine Stabilität des gegenwärtigen Status politischer Eliten gewährleisten.

Genau mit diesen Problemen beschäftigte sich auch der zuvor genannte einflußreichen Bericht „The Crisis of Democracy. Dieser Bericht war 1975 im Auftrag der sogenannten „Trilateralen Kommission" erstellt worden. „Trilateral" bezieht sich darauf, dass die Mitglieder dieser elitären Beratungskommission aus den drei großen Wirtschaftsblöcken Nordamerika, Europa und Japan stammten. Die Trilaterale Kommission hat enge Beziehungen zu anderen Elitenetzwerken, insbesondere zur Bilderbergkonferenz und zur Atlantik-Brücke. Mitglieder in der deutschen Sektion sind beispielsweise Joseph Ackermann, Gerhard Schröder, Edelgard Buhlmahn oder Theo Sommer

In dem Bericht „The Crisis of Democracy" wird festgestellt, dass sich die durch ein „Übermaß an Demokratie" verursachte Krise der Demokratie nur lösen lasse und sich Demokratie nur (im Sinne der Eliten) handhaben lasse, wenn einige Individuen und Gruppen ein gewisses Maß an Apathie und Unbeteiligtheit aufweisen („The effective operation of a democratic political system usually requires some measure of apathy and noninvolvement on the part of some individuals and groups.") Wobei es sich von selbst versteht, dass es sich bei den Individuen und Gruppen, deren „Unbeteiligtheit" als wesentlich für eine „effektive Handhabung" einer De-

Anmerkungen:

[1] *Die Demokratie im antiken Athen war eine sehr weitgehende Herrschaft des Volkes; schon deswegen hat diese Form der Demokratie für die gegenwärtigen Eliten keineswegs den Vorbildcharakter, der ihr in der politischen Rhetorik oft zugeschrieben wird. „In Athens demokratia übte das Volk die volle Gesetzgebungs-, Regierungs-, Kontroll- und Gerichtsgewalt aus. Damit war die Demokratie in Athen ein Regime direkter, unmittelbarer Herrschaft des Volkes, das auf umfassender Beteiligung aller Bürger beruhte und keine Unterschiede zwischen Arm und Reich kannte. … Der athenische Demos besaß also eine beispiellose Machtkonzentration. Gesetzgebende, richtende und ausführende Gewalt gingen vom Volk aus und verblieben auch bei ihm. Regieren und Regiertwerden waren eins – oder gingen, wie Aristoteles formulierte, „wechselweise" vonstatten." (Vorländer, 2004, S.10–11)*

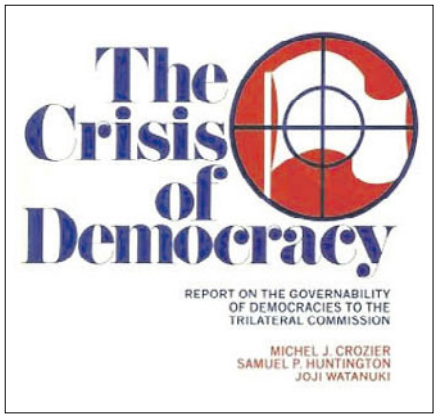
[2] *Martin Gilens und Benjamin Page (2014) stellen fest: „The preferences of the average American appear to have only a miniscule, near-zero, statistically non-significant impact upon public policy." Wenn die Mehrheit der Bürger nicht mit den ökonomischen Eliten oder mit organisierten Interessengruppen einverstanden ist, erweist sie sich in der Regel als Verlierer ("When a majority of citizens disagrees with economic elites and/or with organized interests, they generally lose."). Selbst wenn eine ziemlich große Mehrheit amerikanischer Bürger eine Politikänderung wünscht, bekommt sie sie im allgemeinen nicht („[…] even when fairly large majorities of Americans favor policy change, they generally do not get it."). Gilens und Page schließen aus ihren Befunden: "It is no longer possible … to believe in the original dogma of democracy." Soviel zur Diskrepanz von politischer Rhetorik und Realität.*

[3] *Wallstreet Journal vom 28. Februar 2013: „That is democracy in today"s euro zone. The French, Spanish, Irish, Dutch, Portuguese, Greeks, Slovenians, Slovakians and Cypriots have to varying degrees voted against the currency bloc"s economic model since the crisis began three years ago. Yet economic policies have changed little in response to one electoral defeat after another."*

[4] *Die Effektivität dieser Propaganda-Techniken wies Bernays selbst in zahlreichen Kampagnen im wirtschaftlichen und politischen Bereich nach. So unterstützte er 1954 propagandistisch sehr erfolgreich eine CIA-Operation (in deren Folge über 250.000 Zivilisten umkamen), mit der Washington den Sturz der ersten demokratischen Regierung in Guatemala betrieb (da Guatemala durch seine Agarreform und sein weitgefächertes Sozialprogramm „eine zunehmende Bedrohung" für die „Stabilität" Mittelamerikas geworden sei). Bernays Buch Propaganda ist bis heute ein Klassiker im politischen Geschäft und im Marketing. Es wurde auch von Goebbels geschätzt, weshalb Bernays nach dem Krieg den Begriff „Propaganda" als belastet ansah und nun dafür den Begriff „Public Relations" verwendete.*

[5] *Versuche, diese „wahre Herrschermacht unseres Landes" sichtbarer zu machen, werden dann durch eines der erfolgreichsten Instrumente politischer Propaganda diffamiert, dem von der CIA zur Blüte gebrachten Konzept der „Verschwörungstheorie": "The CIA's campaign to popularize the term „conspiracy theory' and make conspiracy belief a target of ridicule and hostility must be credited, unfortunately, with being one of the most successful propaganda initiatives of all time." deHaven-Smith (2014, S. 25). Der Vorwurf der „Verschwörungstheorie" stellt ein ausgezeichnetes Mittel dar, durch das sich das Wirken von Verschwörungspraktikern im Dunkeln halten lässt.*

Ein weiterer wichtiger Punkt: Propaganda darf, um wirksam zu sein, nicht als Propaganda erkennbar sein. Auch dies wurde vielfach explizit zum Ausdruck gebracht, so von Bernays, von Goebbels oder von US-Präsident Eisenhower. Das ist mittlerweile in einer so umfassenden und nahezu vollkommenen Weise gelungen, dass Alex Carey – in seinem Buch Taking the Risk out of Democracy – feststellen kann: "[…] that we are free from propaganda is one of the most significant propaganda achievements of the twentieth century."



mokratie angesehen wird, nicht um Mitglieder der herrschenden Eliten handelt, sondern eben um das Volk. Die von den herrschenden Eliten gewünschte Zuschauerdemokratie läßt sich also nur erreichen, wenn die Bevölkerung weitgehend entpolitisiert ist und von politischer Lethargie und moralischer Apathie befallen ist.

Dieses Ziel läßt sich nur erreichen, wenn geeignete Techniken verfügbar sind, insbesondere Techniken der Apathie-Induktion (durch Sorgen um den finanziellen Lebensunterhalt, Angsterzeugung, Konsumismus, etc.), Techniken des Meinungsmanagements und Techniken des Empörungsmanagements.

Demokratie und Propaganda

Vergleicht man Vor- und Nachteile verschiedener Regierungsformen , so sei – wie der amerikanische Politikwissenschaftler Harold Lasswell (1902–1978) im Einklang mit einer in der Elite weitverbreiteten Auffassung kundtat – der Demokratie dann der Vorzug zu geben, wenn es zugleich gelänge, die Bürger in Übereinstimmung mit dem politischen System und mit den Entscheidungen, die eine spezialisierte politische Klasse für sie trifft, zu halten. Dies könne nur durch geeignete Techniken der Propaganda gewährleistet werden. Propaganda gehöre also wesenhaft und zwangsläufig zu einer „funktionsfähigen" Demokratie. Techniken des Meinungsmanagements hätten zudem gegenüber den Kontrolltechniken einer Diktatur den Vorteil, dass sie „kostengünstiger als Gewalt, Bestechung oder irgendwelche anderen Kontrolltechniken" seien ("cheaper than violence, bribery or other possible control techniques."). In diesem Sinne könne man also Demokratie, wenn sie durch ein Meinungsmanagement gelenkt sei, als eine optimale Regierungsform angesehen.

In einer besonderen – und heute naheliegenderweise nicht mehr üblichen –

Screenshot der Website www.trilateral.org (4.8.2015, 21.51 Uhr)

Publiziert auf Free21 am 4.08.2015, 19:27 Uhr

Offenheit wurde dies auch durch Edward Bernays (1891–1995) zum Ausdruck gebracht. Edward Bernays war der einflußreichste Propagandist von Propaganda, deren Grundlagen und Techniken er in seinem 1928 erschienenen Buch Propaganda ausarbeitete. Als Propaganda sind alle systematischen Versuche anzusehen, die darauf zielen, die natürliche Urteilsfähigkeit von Menschen zu unterminieren und Einstellungen, Überzeugungen und Meinungen zu erzeugen, durch die sich Menschen zum Vorteil der jeweils herrschenden Eliten missbrauchen lassen (‚Entmündigung", ‚Verzweckung"). [4]

In seinem Buch schreibt Bernays: „Die bewußte und intelligente Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die gesellschaftlichen Abläufe. Sie bilden eine unsichtbare Regierung, welche die wahre Herrschermacht unseres Landes ist." Wir müssen uns dabei klarmachen, dass die von Bernays beschriebene Situation nicht ein Ziel war, sondern bereits der Ist-Zustand der damaligen Zeit – diese Situation hat sich seitdem natürlich noch beträchtlich verschärft. Propaganda ist heute als ein notwendiger Teil des Indoktrinationssystems aller westlichen Gesellschaften anzusehen. Und die „unsichtbare Regierung, welche die wahre Herrschermacht unseres Landes ist", besteht aus nahezu unsichtbaren Geweben von Netzwerken verschiedener Eliten. Diese „lenken die gesellschaftlichen Abläufe". Sie steuern politische Entscheidungen und vermitteln diese durch die „eingebetteten Journalisten" der Massenmedien der Öffentlichkeit als unvermeidliche Sachzwänge zum Wohle der Bevölkerung. [5]

Wie kann man nun diesen von den Eliten gewünschten Zustand einer „unsichtbaren Regierung" und einer durch ein geeignetes Maß an Apathie charakterisierten Bevölkerung erreichen? Eine zentrale Rolle spielen dabei natürlich die Massenmedien. Über deren Funktion finden wir sehr klare Einsichten bei Paul Lazarsfeld, einem der bedeutendsten Kommunikationsforscher und zugleich einem der Begründer der modernen empirischen Sozialforschung: „Man muss die Bürger mit einer Flut von Informationen überziehen, so dass sie die Illusion der Informiertheit haben." Durch diese Illusion der Informiertheit hat der Bürger ein politisch reines Gewissen; er fühlt sich über alles Wesentliche unterrichtet und kann abends beruhigt zu Bett gehen. [6]

Colin Powell präsentiert „Beweise" für die angeblichen Massenvernichtungswaffen von Sadam Hussein vor dem UN-Sicherheitsrat, die sich später als Fälschungen herausstellten. (Foto: gemeinfrei)

In dieser Hinsicht zählen für Lazarsfeld die Massenmedien zu den "most respectable and efficient of social narcotics". Wenn man durch sie den Bürgern das Gefühl der Informiertheit gibt und wenn sie dann beim Frühstück die Süddeutsche Zeitung gelesen haben, nachmittags noch einmal in Spiegel Online geschaut haben und sich abends die Tagesschau angesehen haben, sind sie von ihrem Gefühl der Informiertheit so überwältigt, dass sie die Krankheit, an der sie leiden – so Lazarsfeld – nicht einmal mehr erkennen können („to keep the addict from recognizing his own malady").

Besonders die sog. gebildeten Schichten sind anfällig für die Illusion des Informiertseins. Diese Schichten sind aus naheliegenden Gründen in besonderem Grade durch die jeweils herrschende Ideologie indoktriniert – das war im Nationalsozialismus nicht anders als heute; sie sind durch ihre schweigende Duldung ein wichtiges Stabilisierungselement der jeweils herrschenden Ideologien.

Beispiele, wie eine solche Narkotisierung auf affektivem Wege zu erreichen ist, finden sich genügend. [7]

Neben Techniken der Sedierung spielen im politischen Bereich der affektiven Kontrolle Techniken der Angsterzeugung eine besondere Rolle. In der Legitimationsrhetorik für militärische „Interventionen" bedient man sich gerne einer Doppelstrategie: Die gebildeteren Teile der Bevölkerung lassen sich recht leicht unter dem Banner von „humanitären Interventionen" für Angriffskriege gewinnen, der übrige Teil lässt sich am leichtesten durch Angsterzeugung vor bösartigen und gewalttätigen Kräften gewinnen. Ein historisch berühmtes Beispiel mit gewaltigen Konsequenzen zeigt den damaligen US-Außenminister Colin Powell am 5. Februar 2003 vor dem UN-Sicherheitsrat, in der Hand ein pulvergefülltes Röhrchen. Es sollte den „eindeutigen Beleg" dafür demonstrieren, dass Sadam Hussein über Massenvernichtungswaffen verfüge. Dieser „Nachweis" richtete sich vor allem an die amerikanische Bevölkerung und hatte das Ziel, deren Ängste so zu erhöhen, dass sie die schon lange geplante US-Invasion des Irak befürwortet. Diese Affektmanipulation war höchst wirkungsvoll, mit dem Kollateraleffekt, dass in der Folge mehr als 100.000 irakische Zivilisten ermordet wurden. Das folgenschwerste jüngste Beispiel, wie sich mit Angsterzeugung hegemoniale Politik machen läßt, ist die Berichterstattung der Massenmedien über Russland und die Ukraine. [8]

[6] *"Exposure to this flood of information may serve to narcotize rather than to energize the average reader … His social conscience remains spotlessly clean. He is concerned. He is informed. And he has all sorts of ideas as to what should be done. But, after he has gotten through his dinner and after he has listened to his favored radio programs and after he has read his second newspaper of the day, it is really time for bed."*

Paul F. Lazarsfeld & Robert K. Merton (1948). Mass communication, popular taste, and organized social action. In: L. Bryson (ed.), The Communication of Ideas. New York: Harper, S. 95–118.

[7] *Ein beliebig ausgewähltes Beispiel für Sedierungseffekte: Ein Bild, das von Reuters am 8. Juni 2015 zum „picture of the day" gekürt wurde und groß in deutschen Massenmedien, etwa auf der ersten Seite der Süddeutschen plaziert war, zeigt anläßlich des G7-Gipfels auf Schloß Elmau Angela Merkel mit US-Präsident Obama vor der romantischen Bergkulisse von Schloß Elmau – beide in wohldrapierter Entspanntheit – Obama lässig mit dem Rücken zur Kamera, den idyllischen Alpenblick genießend, Angela Merkel mit ausladender Gestik suggerierend, dass sie das große Ganze fest im Griff hat. Der politische Informationswert des Bildes ist Null, der affektive, sedierende Effekt jedoch könnte besser nicht sein. Das Bild soll uns beruhigen und uns suggerieren: Alles ist in besten Händen, „it"s really time for bed".*

[8] *Die systematische Angsterzeugung durch die Massenmedien stellt dabei keine journalistische Entgleisung oder ein bloßes Mittel zur Erhöhung von Auflagenzahlen dar, sondern ist vielmehr ein wesentliches Element der affektiven Steuerung der Bevölkerung durch die jeweils herrschenden Eliten. Lasswell hat dies in seinem Standardwerk von 1927, Propaganda Technique in the World War, auf den Punkt gebracht: Es darf keine Zweifel darüber geben, auf wen sich der Haß der Öffentlichkeit zu richten hat. ("There must be no ambiguity about who the public is to hate.") Sollte sich der Haß nicht leicht entfachen lassen, so sei es hilfreich, ihn durch Betonung von Greueltaten zu schüren. Besonders wirksam läßt sich Haß erzeugen, wenn man Personen als Ziel deklariert. Dabei sind vor allem Hitlervergleiche ein beliebtes und flexibel einsetzbares Mittel. Den Haß der Bevölkerung auf abstraktere Zielobjekte, wie Kommunismus oder „Islamismus", zu richten, erfordert hingegen höhere und kontinuierlichere Propagandaanstrengungen – und kann daher kaum ohne Einbezug des Erziehungs- und Ausbildungswesens erfolgen. Dafür hat dies jedoch den Vorteil, dass die dadurch erreichte Angsterzeugung zeitlich sehr viel stabiler ist.*

[9] *Eine entsprechende Disposition in der menschlichen Urteilsbildung läßt sich auch ohne wissenschaftliche Untermauerung aus Alltagsbeobachtungen erkennen. So stellte auch der Leiter der für Pressearbeit, Film, Rundfunk und „Volksbildung" zuständigen Reichspropagandastelle der NSDAP, Joseph Goebbels, fest, dass sich jede Lüge durch bloße Wiederholung zur Wahrheit machen lasse.*

[10] *Usbekistan gilt – wie auch der Tagesspiegel vom 15.1.15 berichtet – als „eine der schlimmsten Diktaturen der Welt". Folter ist im usbekischen Rechtswesen fest verankert, wie Jahr für Jahr Menschenrechtsorganisationen feststellen. Zudem gibt es hier in großem Ausmaß staatlich organisierte Zwangs- und Kinderarbeit bei der Baumwollernte (Usbekistan ist einer der größten Baumwollexporteure weltweit). Im Jahr 2005 verübte das Regime Karimov ein Massaker an protestierenden Bürgern. Wie Amnesty International im Juni 2015 schrieb: „Vor zehn Jahren kam es in der usbekischen Großstadt Andischan zu einem spontanen Aufstand gegen das autoritäre Regime des Landes. Das Militär erschoss Hunderte überwiegend unbewaffneter Demonstranten: Kinder, Frauen, Männer. Bis heute gab es keine unabhängige Untersuchung des Massakers." Eigentlich ein klarer Fall für Sanktionen. Und tatsächlich hat die Europäische Union im Oktober 2005 Sanktionen gegen Usbekistan verhängt und zudem gegen den damaligen Innenminister Sokir Almatow, einen der Hauptverantwortlichen für das Massaker von Andischan, ein Einreiseverbot in die EU und somit auch*

Insgesamt sind zur Lenkung der Bevölkerung Techniken vorzuziehen, die nicht nur kurzzeitig wirken, sondern länger anhaltende Effekte haben. In diesem Sinne ist eine Steuerung von Meinungen wichtiger als eine rein affektive Steuerung. Denn Meinungen sind zumeist stabiler als Affekte. Daher kommt Techniken eine besondere Rolle zu, durch die man Meinungen in geeigneter Weise steuern kann. Ich will hier nur auf ein paar recht einfache Aspekte eingehen. Für diese einfachen Techniken benötigt man keine besonderen Kenntnisse der Psychologie, sie sind das Standardgeschäft der Massenmedien:

1. *Deklariere Fakten als Meinungen.* In der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen, liegt, wie Hannah Arendt bemerkte, einer der erschreckendsten Aspekte totalitärer Denksysteme.

2. *Fragmentiere die Darstellung eigentlich zusammenhängender Fakten so, dass der Sinnzusammenhang verloren geht.*

3. *De-kontextualisiere Fakten, löse sie aus ihrem eigentlichen Zusammenhang, so daß sie als isolierte Einzelfälle erscheinen.*

4. *Re-kontextualisiere Fakten, bette sie so in einen neuen, mit „positiven" Begleitvorstellungen versehenen Kontext ein, dass sie ihren ursprünglichen Sinnzusammenhang und ein damit möglicherweise verbundenes moralisches Empörungspotential verlieren.*

Über diese recht einfachen Techniken hinaus, hat die Psychologie eine Fülle von sehr viel subtileren und teilweise überraschenden Mechanismen unserer Entscheidungs- und Meinungsbildung identifiziert, die sich für eine sehr effektive Meinungssteuerung nutzen lassen. Dies gilt um so mehr, als zentrale Prozesse unserer Entscheidungs- und Meinungsbildung unbewußt ablaufen und keiner willentlichen Kontrolle zugänglich sind. Ich will hier nur zwei einfache Beispiele anführen:

i) Eine Reihe experimenteller Studien zeigt, dass eine Aussage, die die Experimentatoren gemacht haben, im eingeschätzten Wahrheitsgehalt der Beobachter steigt, je häufiger sie präsentiert wird, und zwar auch dann, wenn sie zuvor vom Experimentator ausdrücklich als falsch deklariert wurde. Diese Prozesse laufen automatisch und unbewußt ab. Wir können uns also nicht dagegen wehren. Selbst wenn man die Versuchsperson zuvor über dieses Phänomen aufklärt, ändert dies nichts an dem Effekt: Je häufiger sie eine Meinung hört, um so stärker steigt der gefühlte Wahrheitsgehalt. Beispiele aus der Tagespresse gibt es auch hier in Hülle und Fülle, seien es „die reformunwilligen Griechen" oder, im Zusammenhang mit der Krim, die Bezeichnung „Annexion". Allein durch dauernde Wiederholung steigt tendenziell der gefühlte Wahrheitswert. [9]
ii) Je weniger wir uns in einem Bereich auskennen, um so stärker neigen wir dazu, die Wahrheit gleichsam in der Mitte zu suchen. Wir neigen also dazu, alle Meinungen als gleichberechtigt anzusehen, und meiden die als „extrem" angesehenen Ränder des beobachteten Meinungsspektrums, selbst dann, wenn tatsächlich die „richtige" Auffassung dort verortet ist.

Die öffentliche Meinungsbildung läßt sich also sehr wirkungsvoll bereits dadurch steuern, daß man zunächst die „Ränder" dessen festlegt, was noch als „vernünftig" anzusehen ist. Wer also die Ränder des in der Öffentlichkeit sichtbaren Meinungsspektrum markieren kann und damit die Ränder des „vernünftigerweise Akzeptablen", der hat schon einen großen Teil des Meinungsmanagements erreicht. In einer neoliberalen, also „markkonformen" Konzeption von „Demokratie" ist es naheliegenderweise besonders wichtig, den linken Rand des „Zulässigen" – also dessen, was man noch „verantwortlich" vertreten kann – zu markieren. Beispielsweise können die herrschenden Eliten die Auffassungen von Jürgen Habermas als das Äußerste deklarieren, was wir „in unserer liberalen Demokratie" vernünftigerweise zu akzeptieren bereit sind. Positionen, die radikaler sind und deutlicher auf das Zentrum der Macht zielen, werden dann bereits durch diese nahezu unsichtbare

Publiziert auf Free21 am 4.08.2015, 19:27 Uhr

Hieronymus Bosch „Der Gaukler“ (gemeinfrei)

Markierung der Grenzen des „Akzeptablen“ für die Öffentlichkeit als „Unverantwortlich“ gekennzeichnet. Sie gehören damit nicht mehr zum Bereich dessen, was „sinnvoll“ diskutiert werden kann.

Wie lassen sich politisch nachteilige Fakten kognitiv und moralisch unsichtbar machen?

Wenn wir unseren Blick etwas geschärft haben für diese Techniken des Meinungsmanagements, können wir uns mit einem interessanten Paradox beschäftigen, das durch die Geschichte leider im Übermaß belegt wird: eine Art Selbsteinschätzung-Verhaltens-Paradox. Auch auf der Ebene von Staaten und Nationen fallen Selbsteinschätzung und Verhalten auseinander. Staaten können mit Billigung und Unterstützung der Mehrzahl ihrer Bürger schlimmste Greueltaten – wie Folter, Massenmorde und Völkermord – begehen und dennoch davon überzeugt sein, dass ihre Taten moralisch nicht verwerflich seien. Dieses Phänomen wirft tiefgehende Fragen zu unserer Natur auf. Denn eigentlich verfügen wir ja über eine natürliche moralische Sensitivität, über ein natürliches Urteilsvermögen für das, was wir als Unrecht ansehen – zumindest dann, wenn es die Taten anderer betrifft. Damit es zu dem genannten Paradox kommen kann, muß unser natürliches moralisches Urteilsvermögen in geeigneter Weise unterlaufen oder blockiert werden. Am einfachsten ist dies zu bewerkstelligen, wenn man die von „unserer“ Gemeinschaft begangenen Greueltaten „moralisch unsichtbar“ macht.

Zunächst mag es schwierig erscheinen, offenkundige Fakten unsichtbar zu machen, doch die Zauberkunst illustriert uns, dass es gar nicht so schwer ist, dies durch ein geeignetes Aufmerksamkeitsmanagements zu bewerkstelligen.

Ein Gemälde „Der Gaukler“ von Hieronymus Bosch (1450–1516) illustriert kunstvoll und gedankenreich, worum es geht.

Um einen Tisch sind verschiedene Personen versammelt, offensichtlich alles Vertreter der besser situierten Gesellschaft, die der Verführung erlegen sind, die ein Gaukler, natürlich zu seinem Vorteil, mit recht banalen Hilfsmitteln auszulösen vermag. Einige verkörpern Gaffer und Voyeure, andere eher unbeteiligt wirkende zufällige Zuschauer. Auffallend ist eine in der Laientracht eines Ordens gekleidete Person, die offensichtlich, wie der Zwicker auf der Nase anzeigt, des Lesens mächtig ist, also ein Intellektueller. Er erfaßt die Situation und nutzt sie rasch zu seinen Gunsten: Er stiehlt den Geldbeutel der durch den Gaukler hypnotisierten Person vor ihm – er ist also das, was man im Mittelalter einen Beutelschneider nannte. Ich werde auf dieses Bild später in einem unerwarteten Zusammenhang zurückkommen.

Es gehört – wie das Bild von Bosch illustriert – nicht viel dazu, die Aufmerksamkeit von Menschen so zu manipulieren, dass sie das Offenkundige nicht mehr bemerken können und eigentlich augenfällige Fakten für sie unsichtbar sind. Dass dies auch im politischen Bereich mit bemerkenswerter und beunruhigender Wirksamkeit möglich ist, will ich anhand einiger Fakten aufzeigen, die unmittelbar mit dem genannten Selbsteinschätzungs-Verhaltens-Paradox zusammenhängen, also mit schweren Verletzungen moralischer Normen durch politische Gemeinschaften, denen wir angehören. Dabei möchte ich aber die übliche politische Perspektive gleichsam umkehren: Statt danach zu fragen, aus welchen vorgeblichen oder tatsächlichen Motiven Regierungen diese Verbrechen begangen haben, möchte ich den Blick auf die Bevölkerung, also auf uns selbst richten und nach den Gründen fragen, warum wir auf diese Verbrechen nicht mit einer angemessenen moralischen Empörung reagieren.

Da also die Fakten hier nur als Grundlage zur Behandlung dieser Fragen dienen, kann ich mich auf ein kurzes Konstatieren weniger Beispiele beschränken. Diese Beispiele sind so gewählt, daß sie die folgenden drei Kriterien erfüllen.

i) Sie beziehen sich auf Taten, für die „wir“ verantwortlich sind, also die politische Gemeinschaft, der wir angehören.
ii) Sie beziehen sich auf eindeutige Verletzungen moralischer Normen und Verbrechen, also auf Taten, auf die wir ohne Zögern, wenn unsere „Gegner“ sie begehen würden, mit Empörung und moralischer Verurteilung reagieren würden. iii) Sie sind unstreitig und gut dokumentiert, und auch die Massenmedien berichteten über sie (wenn auch fragmentiert und zumeist „geeignet“ re-kontextualisiert).

nach Deutschland verhängt. Dennoch ließ Deutschland Almatov unbehelligt zu einer medizinischen Behandlung in Hannover einreisen. Usbekistan ist für Deutschland militärisch wichtig, weil die Bundeswehr einen für den Krieg in Afghanistan wichtigen Luftwaffenstützpunkt in Usbekistan betreibt. Daher bemühte sich Deutschland um eine Aufhebung der EU-Sanktionen. Der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der den Diktator als erster westlicher Außenminister nach dem Massaker besuchte, hielt – zumindest in diesem Fall – nichts von Sanktionen. Sanktionen seien kein Selbstzweck und würden „nichts weiter bewirkten, als Taschkent vor den Kopf zu stoßen" (ZEIT, 13.5.15). Steinmeier hat ja wiederholt gezeigt, dass er über die für einen „Realpolitiker" nötige moralische Elastizität in der Beurteilung von Menschenrechtsverletzungen verfügt – sofern diese von der „richtigen" Seite verübt werden.
Über all dies wurde in den deutschen Medien berichtet, trotzdem bleiben diese Fakten kognitiv und moralisch unsichtbar: kognitiv, weil keine Beziehung zu Fällen hergestellt wird, in denen wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen Sanktionen für unabdingbar gehalten werden; moralisch, weil die Berichte über systematische Folter und Massaker an Zivilisten in den Medien so eingebettet waren, dass sie als etwas angesehen wurden, das politisch kein besonderes Gewicht hat und zudem nicht in unserem Verantwortungsbereich liegt. Kurz: Da Deutschland in diesem Fall strategische Interessen verfolgt, gehört die Duldung von Folter in Usbekistan zur deutschen Staatsraison.

[11] *Offenkundig war es nicht sonderlich schwierig, auch Pinters Nobelpreisrede für die Öffentlichkeit moralisch unsichtbar zu machen. Über ihren Inhalt wurde, wenig überraschend, in den Massenmedien so gut wie nicht berichtet, und wenn, dann in abfälliger Weise. Die FAZ (8.12.2005), um nur ein Beispiel zu nennen, warf Pinter „größte Einseitigkeit" vor. Obgleich es nichts Einseitigeres gibt als die Folterung und Ermordung eines Menschen, wird von den Massenmedien und bereitwilligen Intellektuellen gerne vorgegeben, die Einseitigkeit läge in der Benennung, nicht jedoch in der Verübung solcher Verbrechen.*

[12] *Dieses Beispiel ist auch lehrreich für die Rolle der Massenmedien in einer solchen Situation.*
Nachdem Amnesty International ausführlich in Berichten vom 23. Juli 2003 und 18. März 2004 über US-Folterungen von Gefangenen durch Elektroschocks, Schlafentzug, Schläge oder Fesselungen der Geschlechtsteile, u.ä. hingewiesen hatte, entschieden sich die deutschen Leitmedien dafür, über diese Verbrechen erst gar nicht zu berichten und sie somit für die Bevölkerung unsichtbar zu lassen. Obwohl ARD und ZDF im eigenen Internetangebot darüber informierten, verschwieg man diese Verbrechen in „Tagesschau", „Tagesthemen" und „heute". Nachdem dann am 28. April die ersten Fotos der Folterungen an die Öffentlichkeit gelangten, ließ sich das mediale Verschweigen nicht länger aufrechterhalten. Am 30. April 2004 berichtete die FAZ unter dem Titel „Ohne Bilder kein Skandal" darüber, wie systematisch diese Verbrechen in deutschen Leitmedien verschwiegen wurden und welche Gründe prominente Leitmedien im nachhinein für die Nichtberichterstattung vor dem 28. April 2004 geltend machten: So nannte der SPIEGEL – trotz der ausführlichen Beweise in den Amnesty-Berichten – „fehlende Beweise" als Grund, die Süddeutsche Zeitung war der Überzeugung, dass die Amnesty-Berichte über Elektroschocks, Schläge oder Fesselungen der Geschlechtsteile „wenig konkrete Informationen" seien, und für den STERN hatten sich die Inhalte der Amnesty-Berichte durch „Dementis von US-Stellen" als irrelevant erledigt. Da nun aber durch die Veröffentlichung der Bilder die Fakten nicht mehr zu leugnen waren, trat man die Flucht nach vorne an und beeilte sich gegenüber der Öffentlichkeit, die systematische Nichtberichterstattung als einen bedauerlichen journalistischen Ausnahmefall darzustellen. So sprach die FAZ von einer „Chronik eines kollektiven Versagens" und erklärt damit die tatsächliche Regel der Funktionsweise der Massenmedien zur scheinbaren Ausnahme.

Screenshot des Artikels zur Weltbank vom 16.4.2015 auf der Website www.zeit.de (4.8.2015, 23.04 Uhr)

Unsichtbarmachen „kleiner Fakten"

Am einfachsten ist das moralische Unsichtbarmachen von Fakten in solchen Fällen, die wegen ihres Umfanges, wegen ihres geringen politischen Gewichts oder weil sie recht abstrakte Sachverhalte betreffen nur eine geringe „moralische Sichtbarkeit" haben. Über derartige „kleine" Fakten können die Massenmedien risikolos berichten; solche Fakten können im Wortsinne sichtbar und dennoch „moralisch unsichtbar" sein.

Recht mühelos gelingt das moralische Unsichtbarmachen im Falle schwerer Verletzungen moralischer Normen, die durch abstrakte Strukturen verursacht sind. Anders als konkret sichtbare Gewalt unterläuft strukturelle Gewalt gleichsam unsere natürlichen moralischen Sensitivitäten. Hierzu gehören beispielsweise Wirkungen, die aus demokratisch nicht mehr kontrollierbaren Oligarchien des globalisierten Finanzkapitals resultieren. Für die Wahrnehmung von Ursachen, die abstrakter Natur sind, ist der menschliche Geist nicht gut ausgestattet; wir erkennen sie zumeist selbst dann nicht, wenn sie gewaltige Folgen haben. Jean Ziegler, der ehem. UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, bemerkte 2012 in der Zeitung junge Welt: „Der deutsche Faschismus brauchte sechs Kriegsjahre, um 56 Millionen Menschen umzubringen – die neoliberale Wirtschaftsordnung schafft das locker in gut einem Jahr." Selbst dann, wenn sich die Ursache benennen läßt, fällt es uns bei abstrakten Strukturen schwer, auf Verbrechen mit moralischer Empörung zu reagieren. Beispiel: Die Weltbank, deren Aufgabe darin besteht, Finanzierungsinstrumente für langfristige Entwicklungs- und Aufbauprojekte im Bereich der Realwirtschaft bereitzustellen. Menschenrechtsorganisationen verurteilen seit Jahren die Menschenrechtsverletzungen durch die Weltbank. Gelegentlich findet dieses Thema auch den Weg in die Massenmedien. So schrieb die Süddeutsche Zeitung am 16. April 2015: „Bei von der Weltbank finanzierten Infrastrukturprojekten in Afrika werden Armutsviertel zum Teil ohne Vorwarnung niedergewalzt. Bewohner werden zwangsweise umgesiedelt oder obdachlos." Entsprechend die ZEIT vom gleichen Tag, unter dem Titel „Weltbank verletzt Menschenrechte weltweit": Allein im vergangenen Jahrzehnt hätten „3,4 Millionen Menschen in mehr als 900 Weltbank-Projekten ihr Land oder einen Teil ihrer Lebensgrundlage verloren." Über diese folgenschweren Fakten kann man die Bevölkerung risikofrei unterrichten; solange der für ihr Verständnis notwendige Kontext weitgehend unsichtbar bleibt, werden derartige Verbrechen die Bevölkerung nicht sonderlich interessieren oder beunruhigen.

Anders verhält es sich bei konkreten Dingen, wie beispielsweise Folter. Bei Folter gibt es einen Täter. Wenn die Ursache eines Verbrechens nicht abstrakt ist, sondern konkrete Täter auszumachen sind, wird unser natürliches moralisches Empörungsvermögen, unsere moralische Sensitivität eher angesprochen. Doch mit Fragmentierung und einer geeigneten De-

Publiziert auf Free21 am 4.08.2015, 19:27 Uhr

Kontextualisierung gelingt auch hier ein moralisches Unsichtbarmachen mühelos.

Beispiel Usbekistan: Usbekistan gilt als eine der schlimmsten Diktaturen der Welt, und das dortige Regime begeht systematisch schwerste Menschenrechtsverletzungen, wie Massenmorde, Folter oder Kinderarbeit. Da Deutschland dort jedoch einen Luftwaffenstützpunkt betreibt und somit strategische Interessen verfolgt, gehört die Duldung von Folter in Usbekistan zur deutschen Staatsraison. [10]

Weitere Beispiele für Fakten, die sich mühelos moralisch unsichtbar machen lassen, lassen sich leicht finden.

Unsichtbarmachen „großer Fakten"

Wie sieht nun die Möglichkeit des Unsichtbarmachens in Fällen aus, die sich eigentlich schon ihrer Größenordnung wegen nicht zum Verschwinden bringen lassen. Das erfordert einen beträchtlichen Aufwand, im politischen Bereich ebenso wie in der Zauberkunst. Doch bekanntlich hat David Copperfield 1983 vorgeführt, dass er sogar die Freiheitsstatue vor den Augen seiner Zuschauer verschwinden lassen kann. In der Zauberkunst erfordert dies einen aufwendigen und raffinierten technischen Apparat. Beim Meinungsmanagement ist der Apparat, durch den sich Fakten unsichtbar machen lassen, in gewissem Sinne zwar auch aufwendig – nämlich die Verfügbarkeit von Massenmedien -, doch die benötigten psychologischen Techniken sind nicht sonderlich raffiniert.

Nur ein Beispiel für derartige Fakten will ich anführen, nämlich die Anzahl der von Zivilisten, die in den von den USA seit dem 2. Weltkrieg durchgeführten „Interventionen" getötet wurden. Da die USA als „engster Verbündeter Deutschlands" gelten und da nach Einschätzung des Auswärtigen Amtes diese „transatlantischen Beziehungen auf gemeinsamen Werten beruhen" fallen die entsprechenden Fakten in einen politischen Bereich, für den „wir" mitverantwortlich sind.

Zählt man nun die zivilen Opfer von US-Interventionen zusammen, so kommt man allein im Vietnam/Korea-Krieg auf 10 bis 15 Millionen sowie auf weitere 9 bis

Opfer des Massakers von My Lai (Foto: US-Army, public domain)

14 Millionen durch kriegerische Akte der USA und ihrer Erfüllungsgehilfen (z.B. in Afghanistan, Angola, Kongo, Ost-Timor, Guatemala, Indonesien, Pakistan, Sudan). Insgesamt sind nach offiziellen Angaben oder Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen die USA seit dem 2. Weltkrieg durch Angriffe auf andere Länder für den Tod von 20 bis 30 Millionen Menschen verantwortlich.

Begleitet wurden und werden diese Verbrechen durch einen Chor der Selbstbeglückwünschung und Selbstbeweihräucherungen westlicher Politiker, bereitwilliger Journalisten und Intellektueller, für die diese Taten nur Ausdruck sind für das wohltätige Bemühen der „world"s greatest force for peace and freedom, for democracy and security and prosperity", so der damalige US-Präsident Clinton (am 28. April 1996).

Allein in den letzten 15 Jahren wurden vier Millionen Muslime durch „uns", also durch die „westliche Wertegemeinschaft", getötet, um so den Terrorismus in der Welt auszurotten. Dies steht in einer langen geschichtlichen Kontinuität der „westlichen Wertegemeinschaft" – vom europäischen Kolonialismus und seiner „zivilisatorischen Mission", über den Vietnamkrieg, in dem 1-2 Millionen Zivilisten durch ihre Ermordung vom Kommunismus, also von den Zumutungen einer falschen Lebensform, befreit wurden, bis hin zu „humanitären Interventionen" und „zivilisatorischen Missionen für Demokratie und Menschenrechte" der Gegenwart.

Es bedarf in der medialen Darstellung dieser Verbrechen einer beträchtlichen Fragmentierung und einer radikalen Re-Kontextualisierung als „Kampf für Demokratie und Menschenrechte", damit Verbrechen dieser Größenordnung sowie ihre geschichtliche Kontinuität für die Öffentlichkeit nahezu unsichtbar werden.

Obwohl all dies ausführlich dokumentiert ist, ist es im öffentlichen Bewußtsein so gut wie nicht präsent.

„Wie viele Menschen muss man töten, bis man sich die Bezeichnung verdient hat, ein Massenmörder und Kriegsverbrecher zu sein?", fragte Harold Pinter 2005 in seiner Rede zur Verleihung des Literaturnobelpreises. Er erinnerte an das „weitverzweigtes Lügengespinst, von dem wir uns nähren" („a vast tapestry of lies, upon which we feed"). Damit die Macht der herrschenden Eliten „erhalten bleibt, ist es unabdingbar, dass die Menschen unwissend bleiben, dass sie in Unkenntnis der Wahrheit leben, sogar der Wahrheit ihres eigenen Lebens." Zu diesem Lügengespinst gehört es, dass die genannten Verbrechen im Bewußtsein der Bevölkerung unsichtbar sind; sie sind schlicht nicht passiert.

B-52-Bomber (Foto: US Airforce, gemeinfrei)

> „Es ist nie passiert. Nichts ist jemals passiert. Sogar als es passierte, passierte es nicht. Es spielte keine Rolle. Es interessierte niemand."
> Harold Pinter

Womit sich die beängstigende Frage stellt, wie sich eine moralische Apathie solchen Ausmaßes erreichen läßt. „ What has happened to our moral sensibility? Did we ever have any? What do these words mean?"

Die Antwort führt uns wieder zur Zauberkunst, denn eine solche moralische Apathie zu erzeugen ist ein „glänzender, sogar geistreicher, äußerst erfolgreicher Hypnoseakt".

[13] *Beispielsweise im U.S. Army Field Manual von 2001: „calculated use of unlawful violence or threat of unlawful violence to inculcate fear. It is intended to coerce or intimidate governments or societies … [to attain] political, religious, or ideological goals."*

[14] *Im Rahmen der Operation Phoenix der CIA wurden in Vietnam zwischen 1965 und 1972 mehr als 40.000 Zivilisten – überwiegend Frauen und Kinder – ermordet. Darüber wurde auch in deutschen Leitmedien, etwa im SPIEGEL vom 16. April 2004, berichtet. Bernd Greiner schreibt in seinem Buch Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam: „Sieben Monate lang zog die Tiger Force eine Blutspur durch Qang Tin und das Song Ve-Tal. Sie erschossen ohne jeden Anlaß Bauern im Feld und mordeten Menschen, die ihnen zufällig über den Weg liefen, folterten Gefangene und führten sie einzeln oder in Gruppen zur Exekution, fielen spätabends oder am frühen Morgen in Dörfer ein und streckten mit Maschinengewehren alle nieder, derer sie habhaft werden konnten – Bauern, die sich zum Essen versammelt hatten oder schliefen, Kinder, die im Freien spielten, Alte beim Spaziergang. […] Sie stahlen und brandschatzten, prügelten ihre Opfer zu Tode oder vergewaltigten sie bis zur Bewußtlosigkeit, sie erschossen Bewohner, die kurz zuvor abgeworfene Flugblätter in Händen hielten und der Aufforderung zur Evakuierung nachkommen wollten, sie veranstalteten „Zielschießen" auf Personen, die sich zur falschen Zeit am falschen Ort aufhielten. Sie verschonten weder Verwundete noch Kranke, schossen aus der Distanz mit der M-16 wie aus nächster Nähe mit Handfeuerwaffen." Eine Bekämpfung von Menschen, die sich unseren Idealen nicht beugen wollen, hat eben ihren Preis. Niemand von diesen Einheiten ist für diese Verbrechen juristisch zur Rechenschaft gezogen worden.*

Die geschichtliche Kontinuität der damaligen und der heutigen Formen der „Aufstandsbekämpfung" bleibt bei Darstellungen in den Massenmedien, wie bei dem NYT-Bericht, infolge der Fragmentierung und historischen De-Kontextualisierung für die Öffentlichkeit unsichtbar.

[15] *Mitglieder der APA waren auch an der Entwicklung und Durchführung der in Guantánamo praktizierten Foltertechniken beteiligt, und die APA bemühte sich öffentlich um eine Rechtfertigung dieser Techniken. Überhaupt hat die Zusammenarbeit von APA und CIA eine lange Tradition.*

Das wichtigste Medium für eine solche kollektive Hypnose ist natürlich die Sprache. Wer die Sprache beherrscht, also die Begrifflichkeiten und Kategorien, in denen wir über gesellschaftlich-politische Phänomene nachdenken und sprechen, hat wenig Mühe, auch uns zu beherrschen. „Mit Hilfe der Sprache hält man das Denken in Schach." [11]

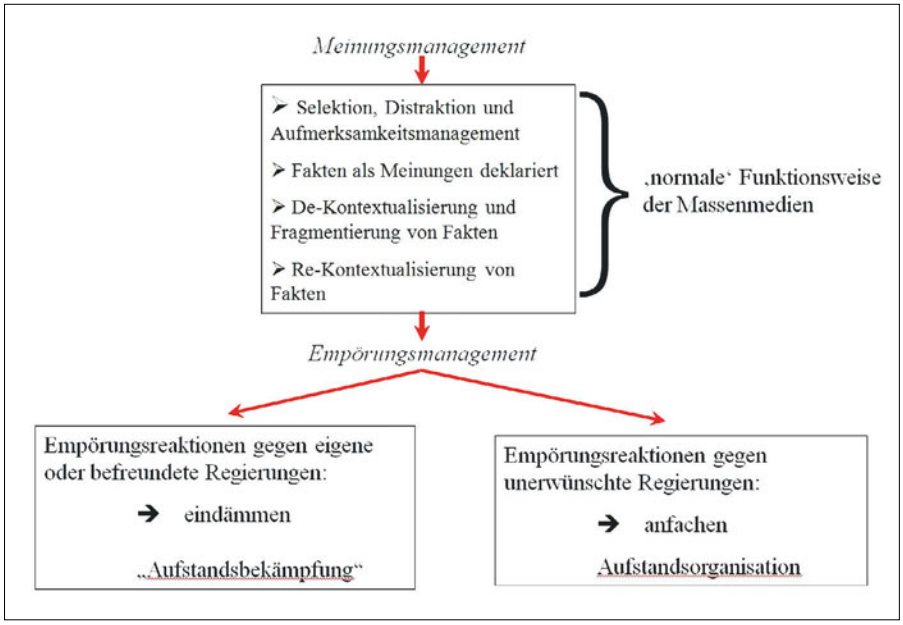
Auch „große" Fakten lassen sich also durch einfache psychologische Techniken, wie sie in der Graphik noch einmal zusammengefaßt sind, moralisch unsichtbar machen. Diese Techniken sind kaum noch als bewußt eingesetzte Techniken erkennbar, sondern sind tief in der „normalen" Funktionsweise der Massenmedien verankert und stellen geradezu deren Charakteristikum dar. Diese Manipulationstechniken müssen also nicht erst durch eine Art zentraler Lenkung implementiert werden, sondern sind im wesentlich lediglich Ausdruck der Volksweisheit „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing". Kennt man das für die „Unterrichtung" der Bevölkerung gewünschte Lied, so ergeben sich diese Techniken nahezu von selbst.

Notwendigkeit eines „Empörungsmanagments"

Nun kann es aus Sicht der herrschenden Eliten Situationen geben, die für die Stabilität eines Systems besonders gefährlich sind, weil sie das Potential einer Kettenreaktion bergen. Typischerweise werden derartige Situationen durch Vorkommnisse ausgelöst, die das moralische Empfinden der Bevölkerung so heftig ansprechen, dass diese mit Empörung reagiert. Derartige Situationen gilt es rasch und wirksam zu entschärfen. Die auf eine längerfristige Steuerung von Meinungen zielenden Techniken reichen hierfür oftmals nicht aus, so dass besondere Techniken erforderlich sind, die ausgelöste Empörung zu kontrollieren und zu steuern. Ein typisches Beispiel für eine Situation, in der „durch ein unglückliches Mißgeschick" das moralische Empfinden der Bevölkerung so heftig angesprochen wurde, dass diese mit Empörung reagierte, war die Veröffentlichung von Folterbildern aus dem von den USA betriebenen irakischen Gefängnis in Abu Ghraib. [12]

„Stabilitätsgefährdende" Empörungsreaktionen der eigenen Bevölkerung – wie im Falle von Folter oder Massenüberwachung –, sind aus Sicht der Eliten rasch einzudämmen oder auf geeignete Scheinziele umzulenken.

Doch auch Empörungsreaktionen der Bevölkerung eines „befreundeten" Landes können für die „Stabilität" – womit in der Regel die eigenen hegemonialen Interessen gemeint sind – gefährlich sein und müssen folglich in geeigneter Weise



Meinungsmanagement und Empörungsmanagement

Publiziert auf Free21 am 4.08.2015, 19:27 Uhr

kontrolliert werden. Dies gilt besonders dann, wenn sie sich in kollektiv organisierter Weise manifestieren. In diesem Fall spricht man bei den nötigen Kontrolltechniken von „Aufstandsbekämpfung“. Handelt es sich hingegen um Empörungsreaktionen der Bevölkerung von nicht pro-westlich eingestellten Staaten, in denen „wir“ einen Systemwechsel anstreben, so sind Aufstände natürlich nicht zu bekämpfen, sondern durch Techniken eines Empörungsmanagements anzufachen und auf geeignete Zielobjekte zu richten. In diesen Fällen sprechen wir von „Farbrevolutionen“, die es dann in geeigneter Weise zur „Förderung von Demokratie und Menschenrechten“ zu lenken gilt.

Aufstandsbekämpfung

Methoden der Aufstandsbekämpfung („counterinsurgency“), als militärische Einsätze unterhalb der Kriegsschwelle („low intensity warfare“), bilden heute den bedeutendsten und umfassendsten Bereich von Interventionsmethoden und übertreffen die klassische Kriegführung weit an Bedeutung.

Sie umfassen all die Methoden, die auch nach offizieller Definition von Terrorismus als Terrorismus anzusehen sind: nämlich unrechtmäßige Gewaltakte, um durch Angsterzeugung politische oder ideologische Ziele zu erreichen. [13] Im Falle der „Aufstandsbekämpfung“ nennt sich diese Form des Terrorismus jedoch Anti-Terrorismus („counterterrorismus“). Anti-Terrorismus und Terrorismus unterscheiden sich also nur dadurch, ob entsprechende Gewaltakte von „uns“ oder durch unsere Feinde begangen werden. Der Begriff „Terrorismus“ ist also ein zutiefst ideologisch getränkter Begriff. Dies gilt gleichermaßen für den Begriff „Aufstandsbekämpfung“. Auch hier ist es wichtig, seine stillschweigenden Prämissen aufzudecken: Das Wort „Aufständische“ impliziert stets die Perspektive der jeweiligen herrschenden Ordnung. „Aufständische“ werden diejenigen genannt, die die Stabilität einer von „uns“ gewünschten Ordnung bedrohen, als „Freiheitskämpfer“ hingegen werden diejenigen bezeichnet, die die Stabilität einer von „uns“ nicht gewünschten Ordnung bedrohen.

Die Methoden der Aufstandsbekämpfung umfassen ein breites Spektrum von Methoden, zu deren Verfeinerung auch der universitäre Bereich beizutragen sucht. Sie reichen von „information operations“, d.h. Methoden zur Kontrolle der öffentliche Meinung, über ‚population-control measures“ bis hin zu ‚shock and awe“-Taktiken.

Die blutigen Formen der Aufstandsbekämpfung werden von speziellen Einheiten übernommen, etwa CIA oder den zahlreichen Einheiten des Joint Special Operation Command. In der New York Times erschien am 7. Juni 2015 unter der Überschrift ‚A Secret History of Quiet Killings and Blurred Lines“ ein ausführlicher Bericht über diese Einheiten der „Aufstandsbekämpfung“, die als „global manhunting machine“ bezeichnet werden. Bereits das wenige, was über sie ans Licht gekommen ist, zeigt eine lange Bilanz von ‚killing fests“, von „Schlachtfesten“ an Zivilisten. Diese Einheiten verfügen, laut Jeremy Scahill, über einen Jahresetat von 8 Milliarden Dollar.

Der Bericht der NYT hat zwar einige kurzzeitige Empörungsreaktionen hervorgerufen, doch zugleich die Bürger in der Überzeugung bestärkt, dass in „unserer Demokratie“ letztlich alles ans Licht komme und somit kein Grund zu einer ernsthaften Beunruhigung bestehe. Zudem bettet der Bericht die Darstellung dieser Verbrechen wieder in den üblichen Kontex „bedauerlicher Einzelfälle“ ein und verdeckt durch eine geschichtliche Fragmentierung die lange Tradition derartiger Einheiten.

Die blutigen Methoden der Aufstandsbekämpfung wurden vor allem im Vietnam-Krieg erprobt, etwa durch die Tiger Force. Dennoch ist die Kontinuität dieser Methoden für das öffentliche Bewußtsein praktisch unsichtbar. [14]

SEALs mit AN-PEQ-1-Laserdesignator (re.) und M-14 (li.) (Foto: gemeinfrei)

Die United States Naval Special War fare Development Group (NSWDG) oder DEVGRU, ist eine US-Marine-Komponente von Joint Special Operations Command. Sie wird oft als SEAL Team Six, den Namen seines Vorgängers, der offiziell im Jahr 1987 aufgelöst wurde, bezeichnet. (gemeinfrei)

Allen Weinstein (public domain)

Aufstandsentfachung

Eine gänzlich andere Strategie wird hingegen verfolgt, wenn sich Aufstände gegen eine der „westlichen Wertegemeinschaft“ mißliebige Regierung richten. Dann sprechen wir bei Aufständen, die versprechen, einen geeigneten Systemwechsel herbeizuführen, davon, dass diese den Freiheitswillen der Bevölkerung widerspiegeln und daher im Sinne einer „democracy promotion“ nach Kräften zu fördern sind.

Ein Systemwechsel auf einem Wege zu erreichen, der keiner militärischen Gewalt bedarf und zudem aus der Mitte des Volkes zu kommen scheint – man spricht oft von „Farbrevolutionen“ – hat für die USA gegenüber den in den vorhergehenden Jahrzehnten dutzendfach von der CIA durchgeführten Militärputschen und Staatsstreichen eine Reihe von Vorteilen. Verdeckt inszenierte Systemwechsel sind nicht nur kostengünstiger, sondern haben auch in der westlichen Öffentlichkeit und im internationalen Staatenverbund eine vielfach höhere Akzeptanz als Putsche. Ein Regime, das vordergründig auf gewaltfreiem Wege und als vorgeblicher Ausdruck des Volkswillens an die Macht gekommen ist, gilt damit bereits als demokratisch legitimiert.

Für die Unterstützung verdeckt inszenierter Systemwechsel gibt es finanzstarke Netzwerke privater „gemeinnütziger“ Organisationen, die sich der Förderung von „Demokratie und Menschenrechten“ in Ländern widmen, die sich dem westlichen Werteverständnis gegenüber nicht hinreichend aufgeschlossen zeigen. Eine der einflußreichsten dieser Organisationen ist das National Endowment for Democracy (NED) sowie die durch das NED geförderten privaten NGOs wie Freedom House und das Open Society Institute von George Soros. Dankenswerterweise machte NEDs Expräsident Allen Weinstein im Jahr 1991 die Kontinuität in den Aktivitäten dieser Organisationen und den durch die CIA organisierten Putschen deutlich: “A lot of what we do today was done covertly 25 years ago by the CIA.” Und in der Tat kann das NED auf eine lange Liste gewaltfrei etablierter autoritärer, doch US-freundlich gesinnter Regime, vor allem in Mittel- und Südamerika, verweisen. Gegenwärtig liegt sein Schwerpunkt auf einer entsprechenden „democracy promotion“ in Osteuropa.

Zudem werden all diese Aktivitäten zur Förderung hegemonialer Interessen durch global agierende und hochgradig spezialisierte Propagandafirmen begleitet, die sich selbst PR-Agenturen nennen. Alle US-Intervention der vergangenen Jahrzehnte sind durch derartige Firmen propagandistisch vorbereitet und begleitet worden. Diese Firmen sind trotz ihres großen Einflusses auf die Massenmedien, für die Öffentlichkeit weitgehend unsichtbar – beispielsweise Hill & Knowlton Strategies – die eine gewisse Berühmtheit durch die „Brutkastenlüge“ von 1990 erlangten –, Burson-Marsteller oder Rendon Group.

George Soros (Foto: World Economic Forum, Sebastian Derungs, CC BY-SA 2.0)

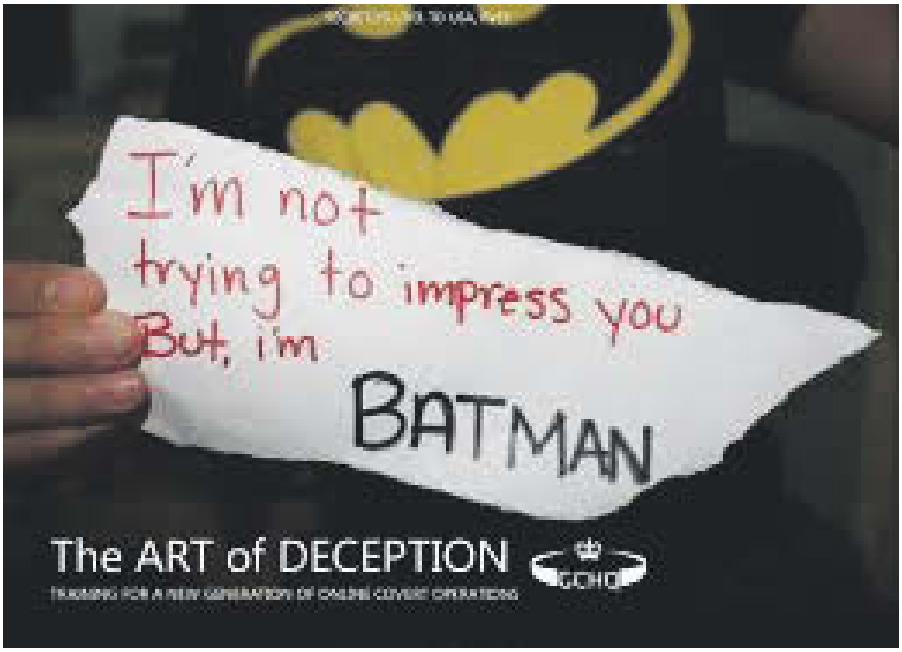
Sie haben global mit beträchtlichem Erfolg gezeigt, dass sie der Öffentlichkeit nicht nur „Kriege verkaufen“ können, sondern auch die politisch gewünschte „Realität“.

Dieser politische Kontext einer Kontinuität über viele Jahrzehnte ist für die Öffentlichkeit weitgehend unsichtbar, da die Massenmedien diese Kontinuität so in Einzelfälle fragmentieren, dass jeder einzelne Fall so erscheint, als ginge es bei einer militärischen Intervention vor allem und die Förderung von Demokratie und Menschenrechten und als sei es bei Aufständen in Osteuropa oder in überwiegend islamischen Ländern einzig und allein das Volk, das sich hier Ausdruck verschafft, um genau den von „uns“ erstrebten Systemwechsel zu erreichen.

Die Kunst der Täuschung

Nicht nur die öffentliche Meinung, auch das Empörungspotential der Öffentlichkeit ist ein viel zu kostbares Gut, als das man es der Bevölkerung oder dem Zufall überlassen könnte. Da wir aber von Natur aus über moralische Sensitivitäten verfügen, hat die Kontrolle unseres moralischen Empörungspotentials zur Voraussetzung, dass man in der Bevölkerung ein hinreichendes Maß an politischer Apathie erzeugt. Zudem müssen Techniken verfügbar sein, mit denen sich alle Fakten moralisch unsichtbar machen lassen, die diese Apathie gefährden könnten. Hierzu gehören insbesondere schwerwiegende und systematische Menschenrechtsverletzungen, weil diese geeignet sind,

Publiziert auf Free21 am 4.08.2015, 19:27 Uhr



„Training for a new generation of online covert operations"

unsere natürlichen moralischen Sensitivitäten anzusprechen.

Realpolitik bedeutet gerade, Verweise auf Demokratie, Menschenrechte oder moralische Normen allgemein nur als rhetorische Hülsen anzusehen, mit denen sich die Bevölkerung wirksam steuern läßt; dazu bedarf es geeigneter Techniken, durch die man die Bevölkerung über die Diskrepanz von politischer Rhetorik und der Realität täuschen kann und so die Stabilität der jeweiligen politischen Ordnung gewährleisten kann. Eine solche Täuschung wiederum gelingt um so wirkungsvoller, je besser man dabei den Gesetzmäßigkeiten unseres Geistes Rechnung trägt.

Die Psychologie hat in den vergangenen Jahrzehnten eine Fülle neuer und vertiefter Einsichten in Gesetzmäßigkeiten der Funktionsweise unseres Geistes gewonnen. Viele dieser Einsichten lassen sich für eine Verfeinerung von Techniken der Propaganda und Täuschung nutzbar machen.

Dabei ist es, angesichts historischer Erfahrungen, wenig überraschend, dass sich genügend Psychologen finden, die sich bereitwillig in den Dienst eines solchen Unterfangens stellen, was ihnen natürlich die Wertschätzung „relevanter" Kreise einträgt. Nur ein Beispiel: Die American Psychological Association (APA), die größte Standesorganisation von Psychologen der Welt, organisierte 2003 zusammen mit der CIA einen Science of Deception-Workshop. Ziel dieses Workshops war es, neueste psychologische Befunde zu diskutieren und für die Praxis aufzubereiten, auf deren Basis man „zum Zwecke der nationalen Sicherheit" die Bevölkerung am besten täuschen könne. [15]

Auch andere Geheimdienste sind an solchen Befunden der Psychologie interessiert, die Möglichkeiten eröffnen, verfeinerte Techniken der Täuschung und Meinungsmanipulation zu entwickeln. Durch die Snowden-Dokumente wurde ein Manual des britischen Nachrichtendienstes Government Communications Headquarters (GCHQ) bekannt (The Intercept, 25.2.2014), das sich genau den Möglichkeiten widmet, wie sich auf der Basis dessen, was wir gegenwärtig über Prinzipien unseres Geistes wissen, die Bevölkerung täuschen läßt und Fakten unsichtbar machen lassen. Es trägt den Titel ‚The Art of Deception" und zeigt als Titelbild passenderweise genau das eingangs abgebildete Gaukler-Bild von Hieronymus Bosch.

In diesem Manual sind akribisch die Funktionsbereiche unseres Geistes sowie spezifische Eigenschaften dieser Funktionsbereiche aufgeführt, die sich für Zwecke der Täuschung nutzen lassen.

Literaturhinweise:

Demokratie:

Gilens, M. & Page, B.I. (2014) Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. Perspectives on Politics 12, 564-581.

Tarkiainen, T. (1966). Die Athenische Demokratie. Artemis.

Vorländer, H. (2004). Grundzüge der athenischen Demokratie; Prinzipien republikanischen Denkens; Wege zur modernen Demokratie; in: Informationen zur Politischen Bildung, Heft Nr. 284.

Welwei, K. W. (1983). Die griechische Polis. Verfassung und Gesellschaft in archaischer und klassischer Zeit. Kohlhammer.

Demokratie und Propaganda:

Bernays, E. (1928/2011). Propaganda: Die Kunst der Public Relations. orange-press.

Carey, A. (1997). Taking the Risk Out of Democracy. Corporate Propaganda versus Freedom and Liberty. University of Illinois Press.

Chomsky, N. (1990). Necessary Illusions. Thought Control in Democratic Societies. Pluto Press.

Chomsky, N. (2003). Media Control: Wie die Medien uns manipulieren. Europa-Verlag.

deHaven-Smith, L. (2014). Conspiracy Theory in America. University of Texas Press.

Müller, A. (2009). Meinungsmache: Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen. Droemer-Verlag.

Ploppa, H. (2014). Die Macher hinter den Kulissen, Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern, Nomen-Verlag.

Menschenrechtsverletzungen der ‚westlichen Wertegemeinschaft":

Chomsky, N. (2003). Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA. Europa-Verlag.

George, A. (Hrsg.) (1991). Western State Terrorism. Polity Press.

Greiner, B. (2009). Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam. Hamburger Edition.

Jones, A. (Hrsg.) (2004). Genocide, War Crimes & the West. ZED Books.

Peck, J. (2010). Ideal Illusions. How the U.S. Government Co-opted Human Richts. Metropolitan Books.

Risen, J. (2014). Pay Any Price: Greed, Power, and Endless War. Houghton Mifflin Harcourt.

Scahill, J. (2013). Schmutzige Kriege. Amerikas geheime Kommandoaktionen. Kunstmann-Verlag.

Tirman, J. (2011). The Deaths of Others: The fate of civilians in America's wars. Oxford University Press.

Turse, N. (2013). Kill Anything That Moves: The Real American War in Vietnam. Picador.

Valentine, D. (1990). The Phoenix Program: America's Use of Terror in Vietnam. William Morrow & Co.

Autor: Rainer Mausfeld

Geb. 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie. Arbeitete im Bereich der Kognitionsforschung und untersuchte die Natur der angeborenen Bedeutungskategorien unseres Geistes, auf denen alle psychischen Prozesse beruhen. Zur Zeit dieses Vortrages war Rainer Mausfeld noch als Professor für Allgemeine Psychologie an der Universität Kiel tätig.

Der Vortrag von Rainer Mausfeld wurde zuerst von Reiner Heyse als Videomitschnitt auf Youtube unter der URL ‹https://youtu.be/Rx5SZr0sb6M› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=14770›

Können wir uns gegen eine systematische Manipulation unserer Einstellungen, Überzeugungen und Meinungen schützen?

Bei der Entwicklung verfeinerter Manipulationstechniken wird gezielt nach solchen Designaspekten und funktionalen Gesetzmäßigkeiten unseres Geistes gesucht, die sich gleichsam als „psychische Schwachstellen" für Manipulationszwecke nutzen lassen. Der wichtigste Aspekt dabei ist, dass uns die für solche Zwecke genutzten Funktionen unseres Geistes – aus prinzipiellen Gründen unseres mentalen Designs – nicht bewußt zugänglich sind. Nutzt man sie für Manipulationszwecke, so erliegen wir nahezu automatisch, unwillentlich und unbewußt solchen Manipulationen, ohne auch nur zu bemerken, dass wir ihnen erliegen. Selbst wenn wir wissen, wie diese Manipulationstechniken funktionieren und welche Eigenschaften unseres Geistes sie sich zunutze machen, sind wir nicht gegen sie gefeit. Die dabei aktivierten internen Prozesse laufen unbewußt ab und unterliegen nicht unserer willentlichen Kontrolle. Wenn sie erst einmal aktiviert sind, ist es aussichtlos, ihnen entgehen zu wollen.

In dieser Hinsicht verhalten sie sich im Prinzip nicht anders als die Prozesse, die beispielsweise der Wahrnehmung zugrunde liegen. Auch bei der Wahrnehmung können wir in der Regel sog. Wahrnehmungstäuschungen nicht willentlich korrigieren. Ein Beispiel ist die Bewegungstäuschung, der man erliegt, wenn man im Bahnhof aus dem Fenster eines stehenden Zuges auf den gerade abfahrenden Zug des Nachbargleises blickt und dabei den Eindruck hat, dass sich der eigene Zug in Bewegung setzt. Derartige Effekte laufen unbewußt und automatisch ab und verschwinden auch dann nicht, wenn man sie gut kennt. Wenn wir ihnen also entgehen wollen, müssen wir diejenigen Situationen meiden, durch die sie ausgelöst werden.

Gleiches gilt auch für spezifische Eigenschaften mentaler Prozesse, die man für Manipulationszwecke auszunutzen sucht. Auch sie laufen, wenn sie erst einmal durch bestimmte Situationen ausgelöst worden sind, weitestgehend unbewußt und nicht kognitiv kontrollierbar ab. Wir können also den psychologischen Effekten, die sich Manipulationstechniken gezielt zunutze machen, nur dadurch entgehen, dass wir die auslösende Situation so gut es geht vermeiden. Nur wenn wir erkennen, dass wir uns in einem Manipulationskontext befinden, und dann die Medien, über die die gewünschten Manipulationen vermittelt werden, aktiv vermeiden, haben wir in derartigen Situationen eine Chance, uns einen Rest von Autonomie zu bewahren.

Wenn wir uns jedoch dem Manipulationskontext freiwillig aussetzen und zudem der Überzeugung sind, dass wir im Großen und Ganzen schon in der Lage seien, in den „Nachrichten" der privaten oder öffentlich-rechtlichen Massenmedien Wahrheit von Täuschung zu unterscheiden, erfüllen wir in optimaler Weise alle Voraussetzungen für den Erfolg entsprechender Manipulationstechniken.

Zwar ist der menschliche Geist so beschaffen, dass es viele Möglichkeiten zu seiner Manipulation und somit für eine „Verzweckung" von Menschen für die Machtbedürfnisse anderer gibt. Jedoch verfügen wir von Natur aus über ein reiches Repertoire an Möglichkeiten unseres Verstandes, um Manipulationskontexte erkennen und somit aktiv vermeiden zu können. Wir verfügen gleichsam über ein natürliches Immunsystem gegen Manipulation. Wir müssen uns nur entschließen, es zu nutzen.

Das Motto der Aufklärung war ja sapere aude, wage es zu erkennen, wage es zu bemerken – oder in Kants Worten, wage es, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.

Nur wenn wir uns entschließen, uns unseres Verstandes zu bedienen, nur wenn wir unsere induzierte moralische Apathie überwinden, nur wenn wir nicht mehr bereit sind, uns mit der Illusion der Informiertheit, der Illusion der Demokratie, der Illusion der Freiheit zufrieden zu geben, nur dann haben wir eine Chance, diesen Manipulationstechniken zu entgehen. Das ist keine leichte Aufgabe, aber eine andere Wahl haben wir nicht. Die Entscheidung liegt bei uns.

Publiziert auf Free21 am 4.08.2015, 19:27 Uhr

Foto: Pixabay, CCo

Schweigende Lämmer, getroffene Hunde

Wenn Bücher, die nahelegen, dass Demokratie im Westen nur Fassade ist, zu Bestsellern werden, schweigen die Leitmedien – oder unterstellen, die Autoren wären verwirrte Scharlatane. Jüngste Fälle: Rainer Mausfeld und Dirk Müller.

von Paul Schreyer

„Warum schweigen die Lämmer?“ [1] fragt Professor Rainer Mausfeld im Titel seines aktuellen Buches provokant und schaffte es damit auf Anhieb auf die Spiegel-Bestsellerliste. Mausfeld trifft einen Nerv – seine Analyse zur verdeckten Rolle von Machteliten in unserer Gesellschaft macht verständlich, was viele Bürger zwar fühlen, aber bislang nur schwer in Worte fassen konnten: Warum die behauptete Demokratie an vielen Stellen nur schöner Schein ist. Seit seinem Erscheinen vor zwei Monaten [Stand 1.12.2018, Anm. d. Red.] hält sich das Buch durchgängig in den Top 30 der Sachbuchbestseller, der Verlag druckt bereits die vierte Auflage – und das ganz ohne große Werbung und Pressepräsenz.

Wie reagieren die Leitmedien auf diesen, für ein anspruchsvolles Sachbuch zu politischer Theorie einigermaßen erstaunlichen Erfolg? Nehmen sie den Ball auf, führen sie die Debatte weiter, wird Mausfeld zu Anne Will und Frank Plasberg eingeladen? Mitnichten. Ist die Frage naiv? Wahrscheinlich. Der Mainstream tut bislang jedenfalls vor allem zweierlei: Schweigen und, wo das nicht reicht, diffamieren.

Nachdem der Deutschlandfunk [2] das Werk in der Woche des Erscheinens als „klagende Behauptung“ und „Empörungsbuch“ abgekanzelt hatte, passierte in den großen deutschen Medien wochenlang erst einmal gar nichts. Landauf, landab tat man in den Feuilletons und politischen Redaktionen der Republik ganz einfach so, als sei der brisante Bestseller des Kieler Psychologieprofessors nie erschienen.

Es dauerte einen ganzen Monat – und eine lobende Rezension [3] in der Schweizer (!) Neuen Zürcher Zeitung –, bis die Süddeutsche Zeitung sich bemüßigt sah, warnend einzugreifen. Wenn ein radikales, unbequemes Buch sich trotz Totschweigens weiter erfolgreich verkauft –

Autor: Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für Telepolis und die NachDenkSeiten. Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren“ wurde ein Spiegel-Bestseller. Paul Schreyer lebt in Mecklenburg-Vorpommern.

paulschreyer.wordpress.com/

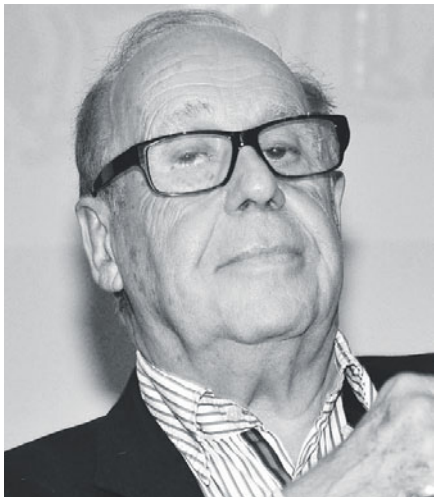
und dann auch noch im Ausland gelobt wird –, muss, so scheint es, die Strategie geändert werden. Man schaltete auf Angriff und wechselte dazu in geübter Manier in den Diffamierungsmodus. Rainer Mausfeld, so meinte die Süddeutsche [4] nun zu erkennen, sei „abgedriftet in krude Bescheidwisserei" – eine Art Feuilleton-Deutsch für: „Wir können die vom Autor vorgebrachten Fakten leider nicht widerlegen."

Mausfelds Ansichten seien „schnell geschrieben und schnell beklatscht, deshalb aber noch lange nicht wahr". Der Leser, der an dieser Stelle gespannt auf die Argumentation des Rezensenten wartet, wird stattdessen mit einer vagen Bekundung abgespeist: Mausfelds Gedanken würden, so wörtlich, „der Komplexität im Ringen um Fortschritte in der Weltgemeinschaft nicht gerecht". Das klingt hilflos verschwurbelt und ließe sich vielleicht übersetzen mit: „Ich weiß zwar auch, dass das herrschende System gerade nicht gut aussieht, aber seine Vertreter geben sich immerhin große Mühe."

Lassen sich Faschismus und Neoliberalismus vergleichen?

Doch die Sache ist zu ernst, um witzig zu sein. Das weiß auch der Rezensent der Süddeutschen, Tanjev Schultz, mit seinen 44 Jahren immerhin Professor für

Der Autor der Süddeutschen Zeitung Tanjev Schultz (Foto: Heike Huslage-Koch, CC BY-SA 4.0, wikimedia)



Jean Ziegler (Foto: Harald Bischoff, CC BY-SA 2.0)

Journalismus an der Uni Mainz [5], und so gipfelt sein Verriss denn auch in heilig-grantigem Zorn: Mausfelds Werk sei letztlich nichts anderes als „ein Buch für den linken Wutbürger". Und weiter, mit schwungvoller Empörung:

„In offenbar zustimmender Absicht bringt das Buch ein Zitat, demzufolge die neoliberale Wirtschaftsordnung in einem Jahr locker so viele Menschen umbringe wie der deutsche Faschismus in sechs Jahren. Wer so halbseiden – man könnte auch sagen: infam – argumentiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn ihm nur ein paar eingefleischte Schafe folgen."

Wumms, das hat gesessen! Professor Mausfeld ist nicht nur „krude abgedriftet", sondern argumentiert auch noch „halbseiden" und „infam" – ein frecher Scharlatan also, der besser daran täte, seinen Mund zu halten. Doch hat die Süddeutsche an dieser Stelle das Blatt vielleicht überreizt. Denn das vermeintlich infame, den Faschismus relativierende Zitat, stammt, der Rezensent verschweigt es wohl nicht ohne Grund, von Jean Ziegler, einem ausgewiesenen Fachmann für den Hunger in der Welt und dessen Verursacher. In Mausfelds Buch heißt es dazu auf Seite 39:

„Jean Ziegler, der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, bemerkte 2012 in der Zeitung junge Welt: ‚Der deutsche Faschismus brauchte sechs Kriegsjahre, um 56 Millionen Menschen umzubringen – die neoliberale Wirtschaftsordnung schafft das locker in gut einem Jahr.'"

Sucht man die Originalquelle [6] für diese Aussage, dann findet man folgende Passage aus einem Interview der jungen Welt mit Ziegler:

Junge Welt: „Gibt es eine Schätzung, wie viele Menschen durch die Wirtschaftspolitik der entwickelten kapitalistischen Staaten ums Leben gekommen sind?"

Ziegler: „Laut ECOSOC-Statistik sind vergangenes Jahr 52 Millionen Menschen Epidemien, verseuchtem Wasser, Hunger und Mangelkrankheiten zum Opfer gefallen. Der deutsche Faschismus brauchte sechs Kriegsjahre, um 56 Millionen Menschen umzubringen – die neoliberale Wirtschaftsordnung schafft das locker in wenig mehr als einem Jahr. […] Immer mehr Menschen wird es klar, dass diese kannibalische Weltordnung von Menschen gemacht wurde und auch von ihnen gestürzt werden kann."

ECOSOC ist das Kürzel für den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO. Ziegler stützt sich also auf amtliche Zahlen. Das Interview gab er aus Anlass seines 2012 erschienenen Buches „Wir lassen sie verhungern – Die Massenvernichtung in der Dritten Welt" [7], zu dem niemand anderes als die Süddeutsche Zeitung [8] (!) damals geschrieben hatte, es sei „hervorragend recherchiert", denn, so das Blatt: „Ziegler weiß deshalb so genau, wovon er spricht und schreibt, weil er acht Jahre lang UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung war."

Auf Nachfrage, und konfrontiert mit diesen Tatsachen, wollte Tanjev Schultz zunächst gar nicht antworten. Als ich ihn fragte, ob er diese Art der Diskussionskultur auch seinen Studenten an der Hochschule empfehlen würde, kam schließlich doch noch eine Replik. Schultz verteidigt darin seine Kritik:

„Ich sage, es sei halbseiden argumentiert und ja, auch infam, mal so eben den Holocaust zu relativieren, indem man die Opfer neoliberaler Politik entgegenhält. Herr Mausfeld deutet zwar an, dass es in einem Fall eher diffuse Ursachenzuschreibungen gebe, im anderen demnach offenbar weniger diffuse – aber es hindert ihn eben nicht, Zieglers Ausspruch offenbar zustimmend zu verwenden. Das halte ich für argumentativ halbseiden. Denn auch

Publiziert auf Free21 am 1.01.2019, 6:00 Uhr

bei aller berechtigten Kritik am Neoliberalismus sind es ganz andere Mechanismen, die hier zu Opfern führen. Und die Kausalitäten und Intentionalitäten sind im Falle des Neoliberalismus und seinen Folgen auch noch empirisch umstritten und nicht so eindeutig, wie dies nahe gelegt wird von Ziegler und Mausfeld."

Der Autor der Süddeutschen hat hier ganz beiläufig schon die nächste böswillige und falsche Unterstellung platziert: Ziegler und Mausfeld würden „den Holocaust relativieren". Ziegler spricht dabei gar nicht isoliert vom Holocaust, sondern von den Opfern des deutschen Faschismus insgesamt, daher die hohe Zahl von circa 50 Millionen. Der Holocaust, als Teil davon, hatte 6 Millionen Opfer. Der größte Teil der vom deutschen Faschismus Ermordeten waren Russen beziehungsweise Bürger der damaligen Sowjetunion – insgesamt 27 Millionen [9].

Das Gegenüberstellen der Todesopfer von Faschismus und Neoliberalismus ist sachlich auch deshalb nicht so pauschal von der Hand zu weisen, wie der Rezensent es unterstellt, da es auffällige strukturelle Gemeinsamkeiten von Faschismus und Neoliberalismus gibt, wie Mausfeld auf Seite 102 seines Buches in einer Tabelle ausführlich darstellt.

Beide – Faschismus wie Neoliberalismus – eint ihre Ablehnung der Prinzipien der Aufklärung, vor allem der Idee der Gleichheit. Beide gründen auf dem Sozialdarwinismus. Beide streben extrem hierarchische Elitenoligarchien an. Und beide beruhen auf Mythen: der Faschismus auf dem Mythos der „reinen Rasse", der Neoliberalismus auf dem Mythos des „freien Marktes". Das Individuum hat sich in beiden Systemen vollständig unterzuordnen, das eine Mal unter den „Markt", das andere Mal unter die „Nation".

Wem der Vergleich der millionenfach tödlichen Auswirkungen des historischen Faschismus und des gegenwärtigen Neoliberalismus dennoch unbehaglich ist, dem steht es frei, sachlich dagegen zu argumentieren. So könnte man etwa versuchen zu belegen, dass die von Ziegler genannten circa 50 Millionen Menschen, die jedes Jahr an Hunger, mangelnder Hygiene und Mangelerkrankungen sterben, nicht auf das Konto der herrschenden Wirtschaftsordnung gehen, sondern

Rainer Mausfeld (Foto: Screenshot)

dass dieses Massensterben ganz andere Ursachen hat, die mit Kapitalismus und Neoliberalismus nicht in Verbindung zu bringen sind. Das wäre immerhin eine Gegenposition zu Mausfeld und Ziegler. Doch die Süddeutsche versucht nicht einmal, so zu argumentieren. Sie beschränkt sich aufs reine Empörtsein – eine Empörung, wohlgemerkt, gerade nicht über die realen Zustände, sondern über die scharfe Kritik an diesen. Verkehrte Welt!

Es geht um Ausgrenzung

Dabei, soviel Zynismus ist wohl leider geboten, geht es in solchen Texten ohnehin selten um Argumente oder eine umfassende Information zu einem Buch oder Sachverhalt. Was tatsächlich erreicht – und wohl auch beabsichtigt – wird, ist eine Markierung bestimmter Personen als Auszugrenzende. Die Süddeutsche wird vor allem von den etablierten Medienmachern selbst gelesen. Erscheint dort solch ein empörter Verriss, dann wissen die Kollegen: Es ist keine gute Idee, jemandem wie Mausfeld in Zeitung und Fernsehen ein öffentliches Forum zu geben. Er „gehört nicht mehr dazu", hat die Grenzen des Akzeptierten überschritten, kann ignoriert oder kritisiert werden, keinesfalls aber mehr wohlwollend behandelt. Die Übermittlung solcher Botschaften ist, so scheint es, eine der wesentlichen verbliebenen Funktionen von Medien wie der Süddeutschen Zeitung. Sie geben der etablierten Medienszene den Takt und die Grenzen vor. Und alle laufen mit.

Mausfeld selbst hat sich in seinem Buch und auch jüngst im Interview zu solchen Methoden ausführlich geäußert [10]:

„Methoden und Funktionsweisen eines Dissensmanagements können wir besser verstehen, wenn wir statt auf Personen auf seine strukturellen Eigenschaften fokussieren. Zu diesen gut untersuchten und seit langem bekannten strukturellen Eigenschaften gehört es, dass in allen Machtstrukturen besonders Journalisten, Intellektuelle und Wissenschaftler, die in gesellschaftsrelevanten Bereichen arbeiten, eine Tendenz aufweisen, sich wie Eisenspäne in den Kraftfeldern der Macht auszurichten. Folglich finden sich in allen Machtstrukturen gerade unter Personen, die über besondere Möglichkeiten verfügen, sich in eine öffentliche Debatte einzubringen, bereitwillige Vertreter, die gleichsam als Bannwarte der Macht agieren und in vorauseilendem Opportunismus alles, was sie für einen unzulässigen Dissens halten, mit Diffamierungsbegriffen belegen.

Da sie auf diese Weise den in Politik und Medien Mächtigen bezeugen, dass sie die herrschende Ideologie tief internalisiert haben, werden sie dafür vor allem im journalistischen und akademischen

Buchcover „Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zustören." von Rainer Mausfeld

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheint jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Bereich oft mit entsprechenden Karrierechancen belohnt. […] Wer nun dennoch meint, eine ernsthafte Auseinandersetzung durch ein paar hingeworfene Schmähwörter ersetzen zu können, wird mit einer solchen intellektuellen Selbstauskunft leben müssen."

Wer mit einer solchen Selbstauskunft ganz besonders leben muss – und das offenbar auch gut kann –, ist der 41-jährige Tübinger Amerikanist Professor Michael Butter [11], der seine gesamte Karriere darauf aufgebaut hat, den Leitmedien als Stichwortgeber dafür zu dienen, wer oder was als unseriös und „Verschwörungstheorie" einzuordnen ist.

Laut Professor Butter weist Mausfelds Systemkritik „stark populistische und mitunter auch verschwörungstheoretische Züge" auf. Diese ohne jeden Beleg vorgetragene Behauptung wurde umgehend in Mausfelds Wikipedia-Artikel [12] eingearbeitet. Auf meine Nachfrage an Butter, ob er seine Einschätzung vielleicht präzisieren und mir mitteilen könne, auf welche Passagen von Mausfelds Aussagen er sich dabei konkret bezieht, antwortete mir der Professor bedauernd, er sei gerade „unterwegs und weit weg von meinen Unterlagen". Daher könne er „damit leider nicht dienen". Spätere Nachfragen und mehrfache Erinnerungen ließ Butter unbeantwortet.

Der Fall Dirk Müller – Rufmord nach Drehbuch

Zu großer Form lief Butter – im Gespann mit der Süddeutschen Zeitung – zuletzt im Fall von Dirk Müller auf, einem anderen Autor, der mit seiner scharfen und sachlich fundierten Systemkritik nicht hinterm Berg hält. Müller, aus zahlreichen Fernsehtalkshows als „Mr. Dax" bekannt, hat einen derzeit noch erfolgreicheren Bestseller geschrieben. Sein aktuelles Werk „Machtbeben" [13] steht seit seinem Erscheinen vor drei Monaten ohne Unterbrechung in den Top 10 der Spiegel-Bestsellerliste und ist damit gut sichtbar im Eingangsbereich jeder größeren Buchhandlung in Deutschland präsent.

Auch er trifft offenbar einen Nerv. Müller analysiert „die Macht der Plutokraten" und spricht davon, dass wir uns längst „auf dem Weg in die Kleptokratie" befinden, also in eine Gesellschaftsordnung, in der die Diebe und Plünderer das Ruder übernommen haben. In den großen Medien ergeht es ihm mit solchen Aussagen ähnlich wie Mausfeld: Der Mainstream schweigt – oder diffamiert. Im Fall Müller schaltete die Süddeutsche Zeitung sogar den Turbo im Abwehrkampf gegen Dissidenten ein: Eine komplette Seite 3 [14] wurde Ende November dafür eingeräumt, Müller mit unsaubersten Methoden [15] irgendwie in die Ecke des unseriösen Scharlatans oder gar Rechten zu drängen, der mit seinen Analysen bloß reich werden wolle. Und wieder spielte Professor Butter seine bekannte Rolle als Kronzeuge der Anklage, diesmal mit besonderer Hingabe. Originalton Süddeutsche Zeitung:

„Nach der Lektüre einiger Müller-Kapitel musste der Professor allerdings 'schlucken', sagt er, als man mit ihm am Telefon über den Autor und sein jüngstes Buch spricht. Für Butter deutet vieles darauf hin, dass Müller mit seinen Thesen ein einschlägiges Publikum bedienen will, ein Publikum, das nach Verschwörungstheorien giert und das eher im neurechten Spektrum zu Hause ist: nationalistisch, antiamerikanisch, teilweise auch antisemitisch eingestellt. […] Besonders erschrocken ist Butter über ein anderes Beispiel:

Buchcover „Machtbeben. Die Welt vor der größten Wirtschaftskrise aller Zeiten" von Dirk Müller

Publiziert auf Free21 am 1.01.2019, 6:00 Uhr

> Wenn es um den Einfluss der Finanzwirtschaft auf politische Entscheidungen geht, spricht Müller nicht allgemein von Investmentbanken. Er lässt Namen wie Rothschild fallen."

Ei der Daus! Müller hat „Rothschild" gesagt! Damit ist sein Antisemitismus quasi bewiesen – so die unterschwellige Logik. Keine Rede davon, dass die von Müller erwähnte simple Tatsache, dass der französische Staatspräsident Emmanuel Macron für diese Bank gearbeitet hat und maßgeblich von ihr gefördert wurde, selbst im Medienmainstream unstrittig ist [16]. Gallig kommentierte [17] Müller die Angriffe gegen sich:

> Wie genau hätte ich das Bankhaus Rothschild seiner (Butters) Meinung nach benennen sollen, ohne das Wort ‚Rothschild' zu verwenden? Etwa: ‚Macron war für das Bankhaus tätig, dessen Name nicht genannt werden darf'!?"

Doch wie schon angeführt: Es geht nicht um Fakten, es geht ums Ausgrenzen. Müller und Mausfeld üben Systemkritik und bieten dabei einen vielschichtigen, faktenreichen Kontext, mit dessen Hilfe ihre Leser das „amtliche" Weltbild des Mainstreams eigenständig in Frage stellen können. Damit haben sie für viele Leitmedien die Grenze des Zulässigen eindeutig überschritten. Autoren wie Müller oder Mausfeld „müssen" einfach Scharlatane sein! Es darf keine legitime Deutung der Wirklichkeit geben, die den Etablierten widerspricht. In der Frühzeit der DDR hieß es: „Die Partei, die Partei, die hat immer recht." [18] Heute erfüllen die Leitmedien zunehmend selbst die Funktion einer Staatspartei [19].

Man möchte lachen über dieses absurde Theater, doch es ist bitterer Ernst. Der „liberale" Mainstream hat seine Liberalität längst verloren. Er belehrt, wo er nichts mehr erklären kann, er verdammt, wo er Konkurrenz wittert, und er verschweigt oder diffamiert, wo er eine offene Debatte nicht mehr fair gewinnen kann. Rainer Mausfeld fasst es so zusammen [20]:

> Wir leben in einer Phase der Gegenaufklärung, die es perfiderweise geschafft hat, sich als Aufklärung zu tarnen."

Unterstützen Sie bitte **unabhängigen** Journalismus!

Free21

Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Quellen:

[1] <https://www.westendverlag.de/buch/warum-schweigen-die-laemmer/>

[2] <https://www.podcast.de/episode/388627514/Buchkritik%2B-%2B%2522Warum%2Bschweigen%2Bdie%2BL%25C3%25A4mmer%253F%2522%2Bvon%2BRainer%2BMausfeld/>

[3] <https://www.nzz.ch/meinung/warum-schweigen-die-laemmer-ld.1432075>

[4] <https://www.sueddeutsche.de/politik/soziale-gerechtigkeit-die-da-oben-wir-da-unten-1.4203219>

[5] <http://www.journalismus.uni-mainz.de/2237.php>

[6] <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/192298.f%C3%BCr-die-v%C3%B6lker-des-s%C3%BCdens-hat-der-dritte-weltkrieg-l%C3%A4ngst-begonnen.html>

[7] <https://www.randomhouse.de/ebook/Wir-lassen-sie-verhungern/Jean-Ziegler/C-Bertelsmann/e405389.rhd>

[8] <https://www.sueddeutsche.de/politik/autor-jean-ziegler-der-aufstand-des-gewissens-wird-kommen-1.1462597>

[9] <https://www.zeit.de/2007/25/27-Millionen-Tote>

[10] <https://www.heise.de/tp/features/Wir-leben-in-einer-Zeit-der-Gegenaufklaerung-4178715.html?seite=all>

[11] <https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/philosophische-fakultaet/fachbereiche/neuphilologie/englisches-seminar/abteilungen/amerikanistik/faculty-staff/prof-dr-michael-butter/>

[12] <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Rainer_Mausfeld&type=revision&diff=176461688&oldid=175765241>

[13] <https://www.randomhouse.de/Buch/Machtbeben/Dirk-Mueller/Heyne/e538997.rhd>

[14] <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/dirk-mueller-aktien-dax-1.4219743?reduced=true>

[15] <https://paulschreyer.wordpress.com/2018/11/25/dirk-mueller-journalistischer-rufmord-in-der-sueddeutschen-zeitung/>

[16] <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/emmanuel-macron-schadet-ihm-seine-bankerkarriere-bei-der-wahl-a-1146089.html>

[17] <https://paulschreyer.wordpress.com/2018/11/25/dirk-mueller-journalistischer-rufmord-in-der-sueddeutschen-zeitung/>

[18] <https://de.wikipedia.org/wiki/Lied_der_Partei>

[19] <https://medienblog.hypotheses.org/1451>

[20] <https://www.heise.de/tp/features/Wir-leben-in-einer-Zeit-der-Gegenaufklaerung-4178715.html?seite=all>

Dieser Artikel erschien zuerst am 1.12.2018 auf paulschreyer.wordpress.com unter der URL <https://paulschreyer.wordpress.com/2018/12/01/schweigende-laemmer-getroffene-hunde/>. Lizenz: Paul Schreyer

‹http://www.free21.org/?p=31276›

Das Modell **Elitendemokratie** ist historisch verheerend gescheitert

Herrschaft und Macht zu verschleiern, darum geht es in den demokratischen Systemen unserer Zeit. Zu diesem Ergebnis kommt Rainer Mausfeld [1] bei seiner Auseinandersetzung mit Politik und Medien. Die Geschichte habe immer wieder bewiesen, wie real eine unersättliche Gier nach Macht sei, eine Tatsache, die auch heute gelte. Deshalb, so Mausfeld, müsse man auch in unserer gegenwärtigen politischen Situation Macht genau betrachten.

von Marcus Klöckner

Quelle: https://pxhere.com/de/photo/876989, Foto: unbekannt, Lizenz: CC-0.

Streng geht Mausfeld mit den Medien ins Gericht. Zwar existiere durchaus ein kritischer politischer Journalismus, allerdings finde dieser dort seine Grenzen, wo die große Weltpolitik stattfinde. „Wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind“, so Mausfeld. Ein Interview über Schein und Sein der politischen Verhältnisse.

Herr Mausfeld, bei der Auseinandersetzung mit Ihrem Buch [2] fällt auf, dass immer wieder die Begriffe „Herrschaft“, „Herrschaftsstrukturen“ oder „Macht“ auftauchen. In den Medien finden sich diese Begriffe, wenn es um Deutschland geht, hingegen eher selten. Oder?

Das ist eine interessante Beobachtung. Die Kernkategorie alles Politischen, nämlich Macht, kommt in politischen Diskussionen der Leitmedien so gut wie gar nicht vor. Und wenn, dann nur auf eine ziemlich oberflächliche Weise. Über Herrschaft und Macht redet man im Zusammenhang mit unserer Demokratie bzw. unserem „Herrschaftssystem“ einfach nicht mehr. Es soll wohl der Eindruck entstehen, außerhalb des Volkes gäbe es keine Zentren politischer Macht. Also brauchen wir auch nicht darüber zu reden. Dabei ist es in unserer gegenwärtigen politischen Situation besonders wichtig, Macht genau zu betrachten.

Was bedeutet denn Macht?

Macht heißt, dass jemand die Möglichkeit hat, seine Interessen gegen andere durchsetzen zu können und Entscheidungen zu treffen, die ihm zugutekommen. Wer Macht hat, kann durchsetzen, was zu seinem Vorteil ist. Macht über andere zu haben bedeutet, andere dem eigenen Willen unterwerfen zu können. Noch einmal: Macht ist die Kernkategorie des Politischen. Und deswegen ist es eigenartig und bemerkenswert, wenn Medien nicht mehr über Macht und Herrschaft reden. Das wäre so, als würde man in einer Akademie für Fische nicht über Wasser reden.

Auf jeden Fall zeigt die Geschichte, dass das Streben nach Macht dazu neigt, unersättlich zu sein. Diese Gier führt uns zu den dunklen Seiten des Menschen,

Publiziert auf Free21 am 31.01.2019, 6:00 Uhr

und sie hat im Laufe der Zivilisationsgeschichte gigantische Blutspuren hervorgebracht. In der Zivilisationsentwicklung ging es deshalb darum, Wege zu finden, wie man Macht einhegen kann. Die zentrale Frage lautete und lautet: Wie kann man verhindern, dass eine Gesellschaft so organisiert ist, dass der Stärkere den Schwächeren seinem Willen unterwirft? *Und dabei kommt die Demokratie ins Spiel.*

Ja. Wir alle haben ein natürliches Freiheitsbedürfnis. Wir haben einen Widerwillen gegen Zwang. Wir wollen uns nicht dem Willen eines anderen unterwerfen. Dieses Bedürfnis ist die erste Quelle in der Zivilisationsgeschichte, aus der die Demokratie entstanden ist.

Die zweite Quelle ist das Bemühen, den Frieden zu sichern – und zwar den Frieden innerhalb der Nationen, also den sozialen Frieden, sowie den Frieden zwischen den Nationen. Innenpolitisch führt das zur Idee der Demokratie, außenpolitisch zur Idee eines Völkerrechts. Es ging bei diesen Bemühungen stets darum, unterschiedliche Meinungen und Interessen auf friedlichem Weg in Einklang zu bringen.

Das Problem ist, dass diejenigen, die Macht haben, kein Interesse daran haben, ihre Macht abzugeben oder mit jemandem zu teilen.

Das ist im Grunde genommen eine ziemlich banale Erkenntnis.

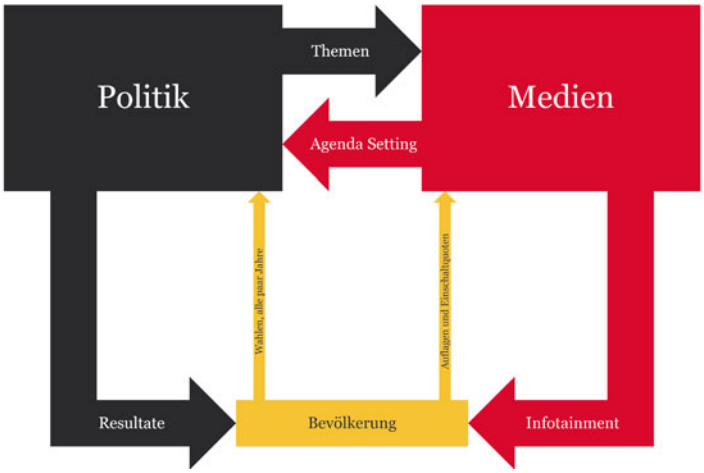
Das ist in der Tat eine ganz banale und offenkundige Einsicht in das Wesen von Macht – zumindest für diejenigen, die nicht ideologisch vernebelt sind.

Weiter mit Ihren Gedanken zur Demokratie.

Die Lehre aus den Blutspuren der Zivilisationsgeschichte war immer wieder, zu versuchen, Macht einzuhegen.

Nur: Warum sollten die Mächtigen sich überhaupt darauf einlassen, ihre Macht begrenzen zu lassen oder zu teilen? Sie können ja schließlich ihre Macht auch mit physischer Gewalt durchsetzen. Dies ist jedoch mit beträchtlichen Kosten verbunden, so dass man auf eine wirkungsvollere Idee kam. Angesichts unseres natürlichen Bedürfnisses nach Freiheit und Selbstbestimmung und dem daraus resultierenden Druck des Volkes gab man diesem schließlich die Demokratie. Genauer jedoch: Man gab ihm etwas, das oberflächlich und dem Namen nach so aussieht, jedoch so beschaffen ist, dass es den Status und die Interessen herrschender Gruppierungen nicht beeinträchtigt. Die so entstandene Form einer sogenannten Elitendemokratie hat den Vorteil, dass sie Macht und Herrschaft verschleiert und am Ende die Bürger glauben, ihre Wahlentscheidungen seien für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation verantwortlich, schließlich haben sie die Regierenden ja selbst gewählt.

Gewaltenteilung in der Mediendemokratie



Quelle: https://www.flickr.com/photos/49333515@N03/5122191300/, Foto: Michael Kreil, Lizenz: CC BY 2.0.

Wie gestaltet sich nun die Realität?

Unsere politischen Alltagserfahrungen zeigen zur Genüge, dass die Realität weit von der offiziellen Demokratierhetorik abweicht. Dieses subjektive Erleben hat auch ein solides objektives empirisches Fundament in Erhebungen der Politikwissenschaft – insbesondere die Princeton-Studie [3] der Politologen Martin Gilens und Benjamin Page aus dem Jahr 2014.

Sie hat zum Vorschein gebracht, dass das durchschnittliche Stimmgewicht eines US-amerikanischen Wählers auf politische Entscheidungen praktisch bei null liegt. Das heißt: Es lässt sich in quantitativen empirischen Studien zeigen, wie illusionär in unseren kapitalistischen Elitendemokratien die Vorstellung von echter Demokratie ist. Aus diesem eindeutigen Befund müssen wir endlich angemessene Schlussfolgerungen ziehen, denn immer wieder wird behauptet, dass die Meinung der Bürger, im Einklang mit demokratischen Prinzipien, ein wesentliches Gewicht bei grundlegenden politischen Entscheidungen hätte.

Die Strukturen, mit denen wir es zu tun haben, sind jedoch so gebaut, dass die politischen Präferenzen normaler Bürger nicht in die tatsächlichen Entscheidungsprozesse eingehen. Auch bei uns lässt sich das bei einem Vergleich dieser Entscheidungen mit den in Umfragen erhobenen Präferenzen erkennen. Die politischen Präferenzen der Bürger liegen meist weit links von denen der Regierung. Auslandseinsatz der Bundeswehr? Beziehungen zu Russland? Krieg? Soziale Gerechtigkeit? In zentralen Fragen stellen Volksvertreter und Exekutive oft ganz anders die Weichen, als die Bürger es mehrheitlich wünschen. Faktisch haben also die Bürger, das war ja gerade die Leitidee einer Elitendemokratie, keinen Einfluss, sie sind politisch entmachtet. Wolfgang Schäuble sagte einmal, Wahlen dürften den wirtschaftspolitischen Kurs nicht ändern. Er bringt damit offen zum Ausdruck, wo die tatsächliche Grenze des Einflusses liegt, den Bürger haben.

Natürlich könnten die strukturellen demokratischen Elemente, die in unserem politischen System enthalten sind und in der Tat wichtige demokratische Elemente

Quelle: https://www.flickr.com/photos/mehr-demokratie/8703185459, Foto: unbekannt, Lizenz: CC BY-SA 2.0.

erkennen lassen, wie etwa Wahlen, durchaus zu einer Re-Demokratisierung genutzt werden. Aber: Derzeit werden diese Elemente neutralisiert und können sich nicht im Sinne einer Demokratisierung der Demokratie entfalten.

Welche Rolle spielen die Medien in diesem System?

Die Leitmedien spielen bei politisch relevanten Themen überwiegend die Rolle, die Herolde früher bei Hofe gespielt haben.

Das ist eine ziemlich harte Aussage.

Natürlich gibt es Ausnahmen, doch sind viele Journalisten so sehr mit den Machtstrukturen identifiziert, dass sie gleichsam als deren Boten agieren. Wenn wir auf die Medien blicken, ist die Situation ähnlich wie bei der Demokratie. Es gibt den Anschein, dass Medien die vierte Säule der Demokratie sind, aber dieser Anschein täuscht über die Realität hinweg. Tatsächlich sind sie in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden und damit Teil der Kräfte, die demokratische Strukturen zu unterminieren suchen. Das alles ist seit Langem bekannt und empirisch gut belegt.

Es gibt doch durchaus einen kritischen politischen Journalismus. Journalisten decken Missstände auf, Medien legen sich mit Politikern an.

Das ist überwiegend ein Trugbild. Man muss nur hartnäckig genug die Oberfläche durchdringen, um dieses Trugbild zu erkennen. Ich will natürlich nicht bestreiten, dass es einen kritischen Journalismus gibt und Journalisten Skandale, auch politische, aufdecken. Aber auch bei diesen journalistischen Glanzleistungen gilt es dennoch, genauer hinzuschauen. Bei allen Fragen, die nicht von hoher politischer Relevanz sind, dürfen Journalisten sich in der Regel austoben und kritisch sein, so viel sie wollen. Aber wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind. Ob es um die Ukraine, um Russland, um Syrien oder die NATO geht: Das ist für Journalisten und Medien vermintes Terrain. Wer als Journalist bei einer großen Zeitung arbeitet und bei Themen wie diesen von der vorherrschenden Sicht – also der Sicht der Herrschenden – abweicht, wird große Probleme bekommen. Um ein Beispiel anzuführen: Die New York Times hat vor einiger Zeit einen großen Bericht [4] darüber gebracht, an wie vielen Morden die US-Special Forces beteiligt waren und wie brutal sie vorgegangen sind. Der Bericht wurde oft als Musterbeispiel zelebriert, das deutlich mache, wie offen und schonungslos in der freiesten Presse der Welt Missstände aufgezeigt würden. Die Botschaft war klar: Für eine grundsätzliche Kritik an der Rolle unserer Medien gibt es eigentlich keinen Anlass.

Nur: Diese Verbrechen wurden von der New York Times in einer solchen Weise berichtet und in einen solchen Kontext eingebunden, dass sie die eigentlichen politischen Verantwortlichkeiten verdeckt haben.

Konkret, was wurde verdeckt? Wie meinen Sie das?

Es ging bei dem New-York-Times-Bericht konkret um die verdeckten Mord-Operationen der Special Forces, insbesondere des geheimnisumwobenen SEAL Team 5, das auch Osama bin Laden ermordete. Die US-Special Forces, die über einen Jahresetat von vielen Milliarden Dollar verfügen, führten, dem Bericht zufolge, überall auf der Welt verdeckte Operationen durch – auch undercover in Rollen als zivile Mitarbeiter. Mittlerweile seien sie zu einer „global manhunting machine", einer Menschenjagd-Maschine, geworden. Nun ist natürlich verständlich, dass man im Kampf gegen das Böse nicht darauf verzichten kann, auch gelegentlich die zivilisatorischen Samthandschuhe auszuziehen. Leider hätten die Special Forces dabei jedoch etwas über die Stränge geschlagen und „Schlachtfeste an Zivilisten" durchgeführt. Mit einer solchen interpretativen Einbettung derartig systematisch durchgeführter Morde verdeckt die New York Times nicht nur die politischen Verantwortlichkeiten, sondern sie verdeckt auch die historischen Kontinuitäten, indem sie die berichteten Morde als bedauerliche Einzelfälle erscheinen lässt.

Wie meinen Sie das?

Insgesamt wird der Eindruck erzeugt, dass die Medien ihrer kritischen Rolle als Kontrolleure der Macht gerecht geworden seien. Schließlich haben sie ja über diese schrecklichen Ausnahmeexzesse offen berichtet, doch dürfe man natürlich von solchen Ausnahmefällen nicht darauf schließen, dass die entsprechenden staatlichen Apparate nicht von noblen Absichten getragen seien. Kurz: Trotz solcher scheußlichen und bedauerlichen Einzelfälle stehe im Grunde politisch alles bestens.

Das heißt: Das Blatt berichtet zwar journalistisch kritisch über einen großen Skandal, zeigt auf, legt dar, aber die

Publiziert auf Free21 am 31.01.2019, 6:00 Uhr

Kritik bewegt sich nur an der Oberfläche, weil die politisch Verantwortlichen nicht in den Vordergrund gerückt werden?

Ja, das ist der Punkt. Eine solche Form der Kritik fördert die gedankliche Fragmentierung, weil sie die Vorgänge aus ihrem eigentlichen Sinnzusammenhang löst. Sie blockiert geradezu unsere Möglichkeiten, angemessene Schlussfolgerungen aus den berichteten Vorgängen zu ziehen. Nach einer kurzen öffentlichen Empörung ist dann auch alles schnell wieder vergessen. Bis zum nächsten bedauerlichen Einzelfall. Mit der Einzelfallrhetorik wird ein Interpretationsrahmen angeboten, der die eigentlich politisch Verantwortlichen gerade verbirgt.

Im Übrigen machte sich die New York Times auch das Argument zu eigen, dass ähnlich wie Drohnenmorde auch die verdeckten Operationen der Special Forces eine sehr effiziente Alternative zu kostspieligen Kriegen seien. Um wirksam zu sein, brauche man dazu nun einmal ein Bollwerk der Geheimhaltung um derartige Mordoperationen. Die New York Times bekräftigt damit die Kultur der Verantwortungslosigkeit, die bereits weite Bereiche der Staatsapparate durchzieht – und der Wirtschaft ohnehin. Die strukturell systematisch erzeugten Formen einer Verantwortungsdiffusion entziehen also weite Bereiche unserer Gesellschaft grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle.

Welche Möglichkeiten haben denn die Bürger, um die Demokratie zu stärken?

Das ist in der Tat eine entscheidende Frage, denn Demokratie muss von unten errungen und kontinuierlich erhalten werden. Eine konkrete Antwort auf diese Frage zu geben, ist schwierig und banal zugleich. Denn natürlich hat jeder von uns in seinem sozialen Lebensbereich eine Vielzahl von Möglichkeiten, einen Beitrag hierzu zu leisten. Zugleich wächst das Gefühl, dass unter den gegenwärtigen Organisationsformen der Macht Veränderungsenergien nicht mehr nach oben wirksam werden, es wächst also ein Gefühl der Aussichtslosigkeit. Dieses Gefühl gezielt zu fördern, war und ist bekanntlich seit jeher ein wichtiger Bestandteil eines Demokratiemanagements. Wir müssen uns also damit auseinandersetzen. Das wird gerade unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung nicht einfach sein. Und es kann dafür keine allgemeinen einfachen Rezepte geben. Zwar könnte man hier auf Antonio Gramscis Bemerkung verweisen, dass uns auch bei einem Pessimismus des Intellekts der Optimismus des Willens bleibt. Leider hilft das jedoch auch nicht sonderlich, eine konkrete Antwort auf Ihre Frage zu geben. Es hilft jedoch, den Blick darauf zu lenken, dass so oder so die Zukunft unserer Gesellschaft von uns abhängt, von unserer Duldung und unserem Schweigen oder aber von unserem Veränderungswillen.

Ihr Buch zeigt ein Lamm auf dem Titel, das zusammengebunden ist. Warum dieses Bild?

Das Lamm symbolisierte schon in der alten jüdischen Tradition das Tier, das vor seinen Scherern verstummt. Allgemeiner symbolisierte es Unschuld und Ahnungslosigkeit gegenüber bösen Absichten. Im Bereich des politischen Denkens kam, vor allem in der griechischen Tradition, noch die Metapher von Herde und Hirte hinzu. Das Buchcover zeigt ein Bild des spanischen Barockmalers Francisco de Zurbarán. In einem politischen Kontext aktiviert das gefesselte Lamm beim Betrachter vermutlich weitverbreitete Gefühle einer politischen Ohnmacht und eines Ausgeliefertseins – Gefühle, die auch mir gegenüber immer wieder in Gesprächen und Diskussionen zu meinen Vorträgen artikuliert werden. Viele Menschen haben das Gefühl, dass die Politik der neoliberalen Alternativlosigkeit sie und nachfolgende Generationen um ihre Zukunftsplanung betrogen hat. Die neoliberale Transformation der Gesellschaft mit ihrer Ideologie des „flexiblen Menschen", der seine Fremdverwertbarkeit durch den Markt zu optimieren habe, hat eine tiefe Verunsicherung in der Gesellschaft hervorgebracht. Eine Verunsicherung und soziale Ängste, die – wie vielfach aufgezeigt wurde – gezielt und systematisch erzeugt wurden.

Quelle: https://www.flickr.com/photos/braerik/25022496121, Foto: Erik F. Brandsborg, Lizenz: CC BY-SA 2.0.

Die Planungssicherheit ist bei vielen Menschen unter dem Neoliberalismus verlorengegangen.

Absolut, nicht zu vergessen die Erhöhung beruflicher Unsicherheit, die Schaffung sozialer Verhältnisse, unter denen viele nicht mehr wissen, wie lange sie sich noch ihre Wohnung leisten können und vieles andere mehr hat natürlich eine massive Auswirkung auf das politische Verhalten und auf die Bereitschaft zu einer politischen Partizipation der Bürger. Soziale Ängste engen den Denkraum auf die Dinge ein, die zur Sicherung der eigenen Existenz notwendig sind.

Sie meinen also, dass unter den gegebenen Umständen viele Bürger einfach gar nicht mehr den Kopf haben, um sich politisch zu engagieren?

Für politische Fragen des Gemeinwohls und damit für Demokratie lässt für viele die gegenwärtige Realität keinen Platz. Im Gegenteil: Abstiegsängste, Gefühle eines sozialen Kontrollverlustes, Ängste, die mit Gefühlen eines Identitätsverlustes und ähnlichem verbunden sind, lassen die Bereitschaft wachsen, Gefühle der Ohnmacht in dunklen menschlichen Kanälen rassistischer und nationalistischer Ressentiments zu entladen. Das Aufblühen des Rechtspopulismus ist also eine direkte Folge der vorhergegangenen Jahrzehnte neoliberaler Politik und Alternativlosigkeit. Zugleich sucht nun die neoliberale „Mitte" den von ihr beförderten Rechtspopulismus für eine weitere Angsterzeugung zu nutzen, um sich

durch eine solche Drohkulisse bei Wahlen zu stabilisieren.

Die systematische Erzeugung von Angst ist ja seit jeher ein wichtiges Herrschaftsinstrument.

Ihre Ausführungen lassen wohl keinen optimistischen Ausblick zu, oder?

Ein realitätsleerer Optimismus mag sich gut anfühlen, kann uns hier jedoch nicht helfen. Gesellschaftlicher Optimismus muss auf Einsicht in die politische Realität gegründet sein und mit einem ernsthaften Veränderungswillen einhergehen. Jedenfalls wird es nicht einfach, diesen Zirkel und die mit ihm verbundenen Ohnmachtsgefühle zu durchbrechen. Historisch waren es häufig gerade zivilisatorische Katastrophen, die die Bereitschaft erhöhten, Macht und ihre Exzesse einzuhegen und grundlegende Änderungen der Gesellschaftsorganisation durchzuführen. Diese Möglichkeit, zur Vernunft zu kommen, ist uns heute wohl versperrt, denn der nächste große Krieg wird vermutlich der letzte sein. Wir müssen uns also auf anderen Wegen zu der Einsicht durchringen, dass das ideologische Modell, auf dem unsere gesellschaftliche Macht- und Gewaltordnung basiert, mindestens genauso gescheitert ist wie das ideologische Modell der damaligen Sowjetunion. Wir haben jetzt seit über 50, ja 100 Jahren eine kapitalistische Elitendemokratie, deren zerstörerische Wirkungen in unserer Gesellschaft und auf dem Planeten mehr und mehr zutage treten. Immer mehr Bürger erkennen oder erahnen dies, andere können oder wollen es nicht sehen und suchen, apathisch oder trotzig, ihren Status quo zu retten, wie mancher Passagier auf der Titanic. Das Modell Elitendemokratie ist jedenfalls, daran kann bei nüchterner Betrachtung wohl kein Zweifel bestehen, in verheerendem Maße historisch gescheitert. Diese Einsicht wird interessanterweise offensichtlich auch von den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Zentren der Macht geteilt. Nur dass sie daraus entgegengesetzte Konsequenzen ziehen: Sie verzichten nämlich zunehmend vollends auf eine Demokratierhetorik und bedienen sich lieber einer Sicherheits- und Stabilitätsrhetorik, mit dem Ziel, die Bürger zu einer weiteren Selbstentmündigung zu verleiten, sodass die Widerstände gegen die Errichtung eines autoritären Präventions- und Sicherheitsstaats möglichst gering sind.

Wir stehen also gegenwärtig, was die Gestaltung unserer Gesellschaft angeht und was unsere Zukunft allgemein betrifft, an mehrfachen Scheidewegen: gesellschaftlich, hinsichtlich einer Friedenssicherung sowie ökologisch. In solchen Situationen stellt auch ein Nichthandeln bereits eine Entscheidung dar. Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln. Wie die Zukunft aussehen wird, liegt also in unserer Hand. Möglichkeiten zum politischen Handeln gibt es genug. Wir müssen uns nur entschließen, sie zu ergreifen.

Quellen:

[1] NachDenkSeiten, Rainer Mausfeld, Wie sich die „verwirrte Herde“ auf Kurs halten lässt“, am 03.11.2017, *<https://www.nachdenkseiten.de/?p=40899>*

[2] Westendverlag, Rainer Mausfeld, „Warum schweigen die Lämmer?“, *<https://www.westendverlag.de/buch/warum-schweigen-die-laemmer/>*

[3] American Political Science Association, Martin Gilens and Benjamin I. Page, „Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens“, September 2014, *<https://scholar.princeton.edu/sites/default/files/mgilens/files/gilens_and_page_2014_-testing_theories_of_american_politics.doc.pdf>*

[4] New York Times, Mark Mazzetti, Nicholas Kulish, Christopher Drew, Serge F. Kovaleski, Sean D. Naylor and John Ismay, „SEAL Team 6: A Secret History of Quiet Killings and Blurred Lines“, am 06.06.2015, *<https://www.nytimes.com/2015/06/07/world/asia/the-secret-history-of-seal-team-6.html>*

Autor: Marcus Klöckner

studierte Soziologie, Medienwissenschaften und Amerikanistik. Herrschafts- und Medienkritik kennzeichnen seine Arbeit als Autor und Journalist. Zuletzt erschienen von ihm die Bücher „Medienkritik: Zu den Verwerfungen im journalistischen Feld“ und „Wie Eliten Macht organisieren“.

Dieser Text wurde zuerst am 03.12.2018 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=47582› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

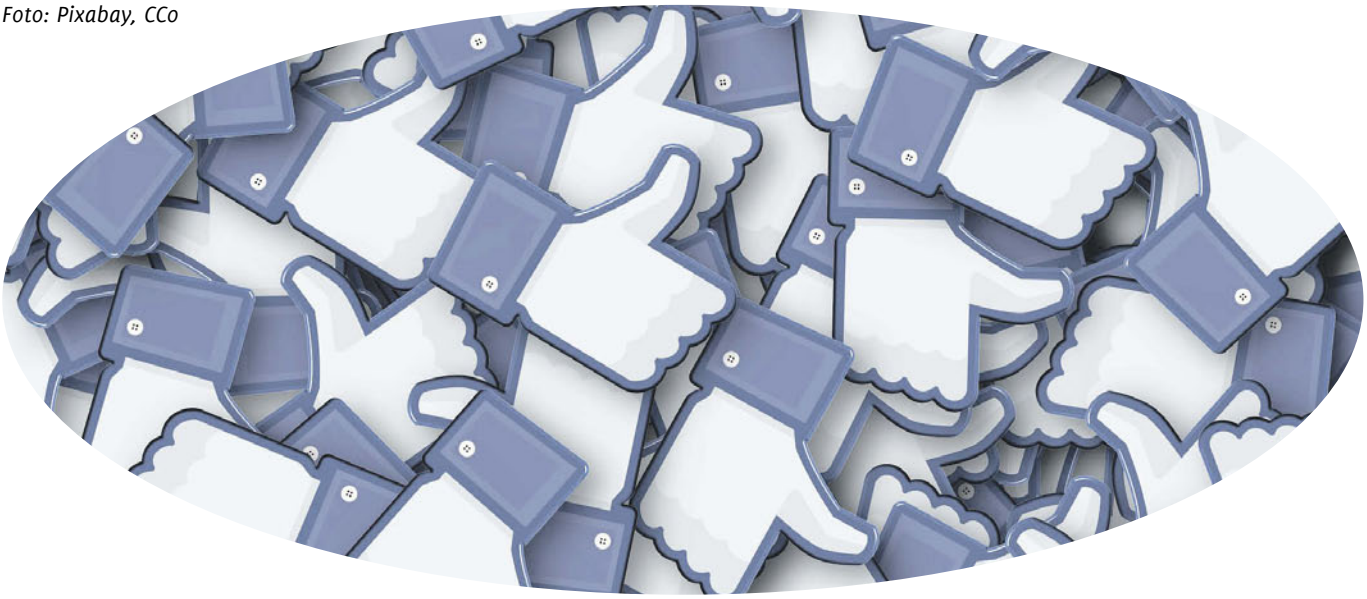
‹http://www.free21.org/?p=31278›

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Foto: Pixabay, CCo



Finger weg von der **Filterblase!**

Gehasst, geliebt, gefürchtet – soziale Netzwerke polarisieren. Der französische Medienwissenschaftler Frédéric Filloux bezeichnete Facebook jüngst als die „gefährlichste Waffe gegen die Demokratie“ [1]. Und die türkische Soziologin Zeynep Tufekci stellte in der New York Times die These auf [2], dass YouTube „eines der mächtigsten Radikalisierungswerkzeuge des 21. Jahrhundert“ sei. Schon machen sich Stimmen breit [3], die Facebook und Co. dazu zwingen wollen, den Nutzern bestimmte Inhalte zu zeigen, um „ihr Programm zu diversifizieren“. Eine Schnapsidee, die man auch als Vorstufe zu einer umfassenden Zensur der Netzwerke interpretieren kann.

von Jens Berger

Facebook ist ein unauflösbares Mysterium. Viele kritische Menschen sehen Facebook vornehmlich als US-Datenkrake [4], die unsere Daten für die globalen Konzerne und die US-Geheimdienste ausspioniert. Diese sehen Facebook jedoch vornehmlich als Propagandawerkzeug Russlands und vor allem linksliberale Politiker und Journalisten verdammen das Netzwerk zudem als Sprachrohr der Trump-Anhänger. Die etablierten Medien wettern gegen echte und vermeintliche Fake News [5] und werfen Facebook vor, zur Radikalisierung der Menschen beizutragen. Und in der Tat nutzen rechtsradikale Brunnenvergifter die sozialen Netzwerke sehr intensiv, um – zum großen Teil auch mit Falschmeldungen – Stimmung zu machen. Auf der anderen Seite wären sowohl der Erfolg eines Jeremy Corbyn [6] als auch der Massenprotest der „Gelbwesten“ ohne Facebook gar nicht vorstellbar. Letztere sind binnen weniger Wochen aus einer kleinen Facebook-Gruppe entstanden [7] und stellen heute eine Massenbewegung dar. Wenn dies nun von Medienwissenschaftlern wie Frédéric Filloux als „Gefahr für die Demokratie“ gesehen wird, muss man sich schon fragen, ob hier der Kompass nicht ein wenig verrückt ist. Um dies zu beantworten, lohnt sich ein Blick auf die zentralen Kritikpunkte.

Filterblasen sind nichts Neues

Die Algorithmen von Facebook und Co. [8] sind apolitisch. Den Serverfarmen der Konzerne ist es egal, ob die Nutzer Katzenvideos oder rechte Hetze anklicken, weiterempfehlen oder teilen. Wichtig ist, dass sie die Netzwerke so oft und so lange wie möglich nutzen und dabei Werbeeinnahmen generieren. Nun verbringen Nutzer aber umso mehr Zeit in Netzwerken, die ihnen Inhalte präsentieren, die ihrem Weltbild entsprechen. Das ist aber kein Alleinstellungsmerkmal der sozialen Netzwerke. Welcher überzeugte Antikapitalist würde viel Zeit mit der freiwilligen Lektüre des Handelsblatts verbringen und welcher „besorgte Bürger“ würde den Artikeln der Jungen Welt größere Aufmerksamkeit widmen?

Wir lesen und schauen am liebsten Inhalte, die unserem Weltbild entsprechen und es immer wieder bestätigen.

Diesen Effekt nutzen auch die sozialen Netzwerke, um ihre Nutzer an sich zu binden.

Verstärkend kommen hier die Algorithmen hinzu. Wir alle kennen ja die Kauf-Empfehlungen großer Shopping-Portale – „

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheint jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Kunden, die dies kauften, kauften auch das“. Genau so funktioniert – verkürzt betrachtet – der Algorithmus von Facebook und Co. Der Nutzer kriegt vor allem Inhalte vorgesetzt, die seinem Nutzungsverhalten und dem Nutzungsverhalten ähnlicher Nutzer entsprechen.

Wenn Sie also beispielsweise Facebook verraten haben, dass sie eine 50-jährige Frau aus Berlin sind, die die NachDenkSeiten, Telepolis und die Anstalt mag, kriegen Sie mit großer Wahrscheinlichkeit vor allem Inhalte angezeigt, die anderen Frauen ihres Alters gefallen haben, die ähnliche Präferenzen haben wie sie. Je aktiver man in diesen Netzwerken ist, desto „präziser“ werden dabei die Empfehlungen der Algorithmen und irgendwann geht die Wahrscheinlichkeit gegen Null, dass sie als progressive Frau in den besten Jahren Inhalte angezeigt bekommen, die fast ausschließlich von jungen rechten Männern gelesen und empfohlen werden. Das nennt sich dann in der Medienwissenschaft „Filterblase“.

Und wenn sie ihre Nachrichten nur noch über soziale Netzwerke beziehen, kann es vorkommen, dass ihnen ihre „Filterblase“ nicht mehr nur noch wie ein Ausschnitt aus dem gesamten politischen und publizistischen Spektrum vorkommt. Progressive Nutzer denken dann gerne, das ganze Volk sei gegen eine private Altersvorsorge und rechte Nutzer sind überzeugt, ganz Deutschland habe kein anderes Problem als Asylmissbrauch.

Auch das ist aber kein Alleinstellungsmerkmal. Seit 15 Jahren weisen die NachDenkSeiten darauf hin, dass vor allem die etablierten Medien nur einen kleinen Teil des Spektrums abbilden, bestimmte Themen gar nicht erst aufgreifen und bei anderen Themen erstaunlich gleichgeschaltet wirken.

Auch mit der Meinungspluralität im Fernsehen ist das so eine Sache. Abseits des Netzes haben wir seit langer Zeit eine große Filterblase, die uns tagtäglich beeinflusst und uns auch von wichtigen Meinungen und Argumenten abschneidet, die dann in den alternativen Medien ihren Platz finden (müssen). Der große Unterschied zu Facebook und Co. ist, dass diese große Blase nicht auf unseren Präferenzen oder den Präferenzen von Gleichgesinnten beruht, sondern vorgegeben ist – vorgegeben von den Medienkonzernen und von der Politik. Fragt sich, was hierbei demokratischer ist.

Intellektueller Inzest

Auch wenn Filterblasen beileibe kein Alleinstellungsmerkmal der sozialen Netzwerke sind, sind sie dennoch ein Problem. Sie schotten ihre Insassen nämlich von den Argumenten der Gegenseite ab und führen so zu einer Art intellektuellen Inzest. Dies ist bei AfD-Anhängern zu beobachten, die sich fast nur noch in „ihren“ Gruppen auf Facebook aufhal-

Publiziert auf Free21 am 31.1.2019, 6:00 Uhr

ten, dort gezielt Links aus dem rechten Netz zugespielt bekommen, sich radikalisieren und nicht mehr für Argumente von „draußen“ zu erreichen sind. Dies trifft aber auch auf wirtschaftsliberale FDP-Anhänger zu, deren Horizont nicht mehr über Handelsblatt, den Wirtschaftsteil von SZ und FAZ und die Wirtschaftswoche hinausgeht.

Verstärkt wird der intellektuelle Inzest durch den echten oder simulierten Herdentrieb – hier spricht man dann von einer „Echokammer“. Natürlich haben Nutzer, denen stetig die gleichen Inhalte vorgesetzt werden, ein ähnliches Weltbild und bestätigen sich gegenseitig. Man kommt schlichtweg an Menschen, die in ihrer Echokammer verankert sind, nicht mehr heran – das gilt sowohl für den Facebook nutzenden AfD-Anhänger beim Thema Asyl als auch für den FDP-Anhänger, der sich sein Weltbild über den Wirtschaftsteil von SZ und FAZ bildet. Versuchen Sie doch mal einem Exemplar dieser Gattung zu erklären, warum die private Altersvorsorge ein Holzweg ist; viel Spaß und vor allem Ausdauer.

Im Zweifel: Finger weg!

So klar die Analyse des Problems auch sein mag; eine einfache Lösung scheint nicht in Sicht. Die nun vorgeschlagene „Zwangsdiversifizierung“ der Filterblase ist dabei sogar mehr als eine bloße Schnapsidee. Einerseits ist es naiv anzunehmen, dass ein gefestigtes Weltbild schon dadurch erschüttert werden könnte, wenn man nur in Kontakt mit anderen Meinungen und Argumenten kommt. Das wäre dann doch ein wenig zu einfach.

Viel entscheidender ist daher die Frage, wer die Auswahl treffen soll, mit welchen Inhalten die Filterblasen aufgebrochen werden sollen. Es ist ja eher unwahrscheinlich, dass man vorhat, linksliberale Communities nun mit Artikeln rechter Hetzblogs zu fluten. Es ist vielmehr zu vermuten, dass der Kampf gegen Filterblasen eigentlich ein trojanisches Pferd der Medienkonzerne und meinungsbildender Stiftungen ist. Da die demokratiegefährdenden Symptome paradoxerweise nicht in der Mitte, sondern nur an den Rändern gesucht werden, dürfte die vermeintliche Medizin dann sicherlich ja in der Mitte zu finden sein. Dies könnte man dann als staatsnahe Propaganda oder auch als Vorstufe zur Zensur betrachten; ein sehr gefährlicher Ansatz. Facebook und Co. sollen also letztendlich die Filter einbauen, die in den Köpfen der Medienmacher schon heute ihr Werk tun.

Aufklärung wäre der bessere Weg

Dabei wäre es doch vielversprechender, man würde den Menschen die Werkzeuge mit an die Hand geben, die ihnen helfen, Medien, soziale Netzwerke und die damit zusammenhängenden Algorithmen besser zu verstehen.

Die fehlende Medienkompetenz ist ein riesiges Problem, gegen das viel zu wenig unternommen wird.

Wenn Menschen wissen, dass ihre Filterblase kein Abbild des gesamten Argumentationsspektrums ist und zahlreiche Meldungen gar nicht bis zum Nutzer vordringen lässt, wissen sie auch die sozialen Netzwerke besser einzuordnen und können kritischer mit ihnen umgehen. Von Seiten der Politik und der Medienkonzerne wirft dies jedoch ein Folgeproblem auf: Da die Filterproblematik der analogen und etablierten Medien ja durchaus vergleichbar mit der Problematik in den sozialen Netzwerken ist, würden mündige und kritische Nutzer ihre neue Sichtweise der sozialen Netzwerke auch auf die analogen und etablierten Medien übertragen. Der damit einhergehende – faktisch ja längst vollzogene – Verlust des Meinungsmonopols des Establishments soll aber auf Teufel komm raus hinausgezögert werden. Dies führt zu folgenden abschließenden Fragen: Genießen nur etablierte Medien den Schutz der Pressefreiheit oder gilt er auch für soziale Medien? Gilt die Pressefreiheit eigentlich auch für Algorithmen? Wäre ein Eingriff in die Algorithmen ein Eingriff in die Pressefreiheit? Wenn man all diese Fragen mit einem – wenn auch nicht klaren – „ja“ beantwortet, dann wäre ein erzwungener Eingriff in die Algorithmen der sozialen Netzwerke ein Eingriff in die Pressefreiheit.

Quellen:

[1] Monday Note, Frederic Filloux „How Facebook is Fueling The French Populist Rage” am 03.12.2018: *<https://mondaynote.com/how-facebook-is-fueling-the-french-populist-rage-27a86acb9d85>*

[2] The New York Times, Zeynep Tufekci „YouTube, the Great Radicalizer“ am 10.03.2018: *<https://www.nytimes.com/2018/03/10/opinion/sunday/youtube-politics-radical.html>*

[3] Süddeutsche Zeitung, Adrian Lobe „Was passiert, wenn die Filterblase platzt?“ am 10.12.2018: *<https://www.sueddeutsche.de/medien/filterblase-facebook-youtube-soziale-netzwerke-1.4245243>*

[4] NachDenkSeiten, Jens Berger „Google und Facebook – gefährliche Datenkraken oder Blender? Ein Selbstversuch“ am 09.07.2013: *<https://www.nachdenkseiten.de/?p=17911>*

[5] NachDenkSeiten, Jens Berger „Sonja Mikichs Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit ist ein Angriff auf uns alle“ am 14.12.2016: *<https://www.nachdenkseiten.de/?p=36265>*

[6] NachDenkSeiten, Jens Berger „Ist das der Beginn vom Ende der Deutungshoheit?“ am 18.08.2016: *<https://www.nachdenkseiten.de/?p=34671>*

[7] NachDenkSeiten, Jens Berger „Macron und sein Problem mit den „gelben Westen“ – Frankreich am Scheideweg“ am 16.11.2018: *<https://www.nachdenkseiten.de/?p=47247>*

[8] NachDenkSeiten, Jens Berger „Die Allmacht der Algorithmen – unser Facebook-Dilemma“ am 01.09.2016: *<https://www.nachdenkseiten.de/?p=34836>*

Autor: Jens Berger

ist freier Journalist, Wirtschaftsexperte und politischer Blogger der ersten Stunde. Als Redakteur der NachDenkSeiten und Herausgeber des Blogs Der Spiegelfechter schreibt er regelmäßig zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen.

Dieser Text wurde zuerst am 12.12.2018 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=47795› veröffentlicht.

Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

‹http://www.free21.org/?p=31280›

Foto: Pixabay, CCo

Der **Kampf** um unsere Köpfe

Die Massenmedien manipulieren und steuern unser Denken, um Widerstand gegen Krieg und Sozialabbau unmöglich zu machen.

von Daniele Ganser

Autor: Daniele Ganser

Dr. phil., ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Friedensforschung, Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Wirtschaftspolitik. Er leitet das „Swiss Institute for Peace and Energy Research" in Basel.

Viele Menschen sehen es als die Pflicht eines mündigen Bürgers in einer Demokratie, informiert zu sein. Also lesen sie Zeitung, sehen sich die Nachrichten an und gehen abends guten Gewissens zu Bett, da sie glauben, den Überblick über das Geschehen im eigenen Land und der Welt zu haben. Das ist gefährlich. Eine Rezension des Buches „Warum schweigen die Lämmer?" von Rainer Mausfeld.

Die Massenmedien sind in der Lage, unser Denken zu steuern. Dies geschieht, indem Texte, Worte und Bilder so kombiniert werden, dass unser Denken in eine bestimmte Richtung gelenkt wird.

Der Kieler Psychologieprofessor Rainer Mausfeld hat unter dem Titel „Warum schweigen die Lämmer" im Oktober 2018 ein spannendes Buch publiziert, das es in die Spiegel-Bestsellerliste geschafft hat. Darin zeigt er, wie die Massenmedien unser Denken und auch unsere Gefühle steuern.

Besonders diese drei Techniken werden immer wieder eingesetzt: Informationsflut, Fragmentierung und Dekontextualisierung. Es lohnt sich für jeden wachen Menschen, diese Techniken zu kennen.

Informationsflut

Wenn man die Bürger mit einer Flut von oft unnützen Informationen zuschüttet, erhalten sie die Illusion informiert zu sein. So fühlen sie sich über alles Wesentliche unterrichtet und können „abends beruhigt zu Bett gehen", so Mausfeld (1).

Gäbe es keinerlei Information, würden die Bürger unruhig werden und nach Information verlangen oder sogar selbst danach suchen. Das passiert aber selten. Denn ständig werden wir mit so viel Information versorgt, dass niemand alles aufnehmen, geschweige denn sich merken kann: Werbung, Sport, Wetter, Verkehrsnachrichten, Social Media Posts von Freunden und Bekannten, dazu ausgewählte Informationen zu Wirtschaft und Politik. Wir haben nicht zu wenig Information, sondern zu viel.

„Die Bürger, die beim Frühstück die Süddeutsche Zeitung lesen, nachmittags in Spiegel Online schauen und sich abends die Tagesschau ansehen, sind im Gefühl umfassender Informiertheit so selbstzufrieden, dass sie die Krankheit, an der sie leiden (…), nicht einmal mehr erkennen können", erläutert Mausfeld (2).

Publiziert auf Free21 am 31.1.2019, 6:00 Uhr

Die Krankheit, an der viele leiden, ist die Illusion des Informiertseins. Erzeugt wird sie durch andauernden und unkritischen Medienkonsum, wobei die präsentierte Erzählung geglaubt wird.

Dadurch hassen wir Menschen, die wir nicht kennen, und sind für Kriege, die wir nicht verstehen.

Diese Krankheit ist aber heilbar. Jeder kann selbst entscheiden, ob er entweder weniger Medien konsumiert, oder aber versucht, beim Medienkonsum sehr bewusst und wach zu sein und verschiedene Geschichten und Standpunkte zu vergleichen.

Fragmentierung

Eine weitere Technik, um das Denken der Bürgerinnen und Bürger zu steuern, ist die Fragmentierung von Information. Beim Fragmentieren werden die Fakten in kleine Stücke (Fragmente) zerschlagen, so dass für den Beobachter kein Sinnzusammenhang mehr entsteht. Wenn kein Sinnzusammenhang besteht, kann man sich die Einzelheiten schwer oder gar nicht merken. Dadurch kann man Fakten auflösen oder unsichtbar machen, betont Mausfeld.

Als Historiker beobachte ich die Zeitgeschichte mit großem Interesse. Mir ist die Technik der Fragmentierung zum Beispiel beim Putsch in der Ukraine aufgefallen. Damals wurde die gewählte Regierung von Präsident Janukowitsch gestürzt, als Scharfschützen am 20. Februar 2014 in Kiew Demonstranten und Polizisten erschossen und Chaos erzeugten. Diese Schießerei wurde zwar da und dort erwähnt, aber die Hintermänner blieben im Dunkeln. So entstand kein klares Bild, keine transparente Erzählung. Es blieb bei Fragmenten, bei Bruchstücken. Wer diese zusammensetzen wollte, musste selbst recherchieren.

Viele Massenmedien im deutschsprachigen Raum ignorierten die Scharfschützen und den Putsch, lenkten den Blick der Medienkonsumenten nach Moskau und gaben Putin die Schuld für die Krise in der Ukraine. „Putin hat dafür gesorgt, dass Krieg in unserem Teil der Welt wieder denkbar geworden ist. Er ist kein Partner mehr, er ist Gegner“, erzählte Rolf Dieter Krause am 5. September 2014 in der Tagesschau im Ersten Deutschen Fernsehen.

Dasselbe lasen viele Medienkonsumenten in der Süddeutschen Zeitung. Danach noch auf Spiegel-Online. Und hörten es im Radio. Immer wieder derselbe Gedanke, der sich durch Wiederholung im Gehirn verfestigte. Oder auch nicht. Je nachdem, wie wach wir sind. Die Geschichte mit den Scharfschützen wurde von vielen vergessen. Sie wurde durch Fragmentierung aus dem Gedächtnis gelöscht.

Dekontextualisierung

Neben der Informationsflut und der Fragmentierung sieht Mausfeld in der Dekontextualisierung eine entscheidende Technik, mit der die Massenmedien unser Denken lenken. Hierbei wird eine Information aus ihrem Sinnzusammenhang (Kontext) gerissen, indem zum Beispiel verschwiegen wird, was zuvor passierte.

Auch hier kommt mir wieder die Ukraine in den Sinn. Nach dem Putsch stimmte die Bevölkerung der Krim am 16. März 2014 für den Austritt aus der Ukraine und den Anschluss an Russland. Sofort wurde das in den westlichen Medien als Annexion betitelt, obschon es eine Sezession gewesen war. Zudem fehlte der Kontext: Vom Putsch, der sich kurz zuvor ereignet hatte, sprach niemand mehr. Diesen Kontext gab es nicht mehr. Er wurde gelöscht.

Ähnlich war es bei der Kubakrise 1962. Damals hatte die Sowjetunion unter Chruschtschow Atomraketen auf Kuba stationiert. Das war gefährlich und erhöhte die Spannungen zwischen Washington und Moskau. „Warum setzte er (Chruschtschow) diese (Raketen) eigentlich dorthin?“, fragte damals Präsident Kennedy erzürnt seine Berater. „Das ist gerade so, als wenn wir plötzlich beginnen würden, eine größere Zahl von Mittelstreckenraketen in der Türkei zu stationieren. Ich denke mal, das wäre verdammt gefährlich.“ Sein Nationaler Sicherheitsberater McGeorge Bundy musste Kennedy damals aufklären: „Na ja, aber genau das haben wir getan, Mr. President“ (3).

Dieser Kontext, dass die USA zuerst atomar bestückte Raketen in der Türkei stationiert hatten, und dass erst danach die Russen atomare Raketen nach Kuba gebracht hatten, fehlte nicht nur dem Präsidenten, sondern auch praktisch allen Zeitungslesern in Europa.

Dekontextualisierung gibt es auch auf dem Kinderspielplatz. Ein Junge kommt weinend zu seiner Mutter und sagt, ein Mädchen habe ihm die Schaufel auf den Kopf geschlagen. Die Mutter fragt dann klug nach und fragt: Und was ist vorher passiert? Worauf der Junge erzählt, er habe dem Mädchen Sand in die Augen geworfen, weil er nicht wollte, dass sie im gleichen Sandkasten spielt. Erst durch diese wichtige Zusatzinformation wird der Kontext transparent.

Die Opfer des US-Imperialismus sind unsichtbar

Mit Dekontextualisierung kann grundsätzlich jedes Ereignis in ein neues Umfeld eingebettet werden. So können Massenmedien behaupten, dieser oder jener Krieg sei notwendig gewesen, um die Demokratie oder die Menschenrechte zu fördern. Eine solche Erzählung hat vor allem das US-Imperium seit 1945 immer wieder eingesetzt, und die Massenmedien im deutschsprachigen Raum haben sie stets nachgedruckt. Doch Mausfeld weist diese Rahmenerzählung entschieden zurück, und das mit gutem Grund.

„Insgesamt sind nach offiziellen Angaben oder Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen die USA seit dem Zweiten Weltkrieg durch Angriffe auf andere Länder für den Tod von 20 bis 30 Millionen Menschen verantwortlich.“

Doch diese Tatsachen seien kaum bekannt, und von den Massenmedien durch Fragmentierung und Dekontextualisierung unsichtbar gemacht worden.

„Es bedarf in der medialen Darstellung dieser Verbrechen einer beträchtlichen Fragmentierung und einer radikalen Rekontextualisierung als ‚Kampf für Demokratie und Menschenrechte‘, damit Verbrechen dieser Größenordnung sowie ihre geschichtliche Kontinuität für die Öffentlichkeit nahezu unsichtbar werden. Obwohl all dies ausführlich dokumentiert ist, sind diese Verbrechen im öffentlichen Bewusstsein so gut wie nicht präsent“, so Mausfeld (4).

Wikipedia ist ein digitaler Pranger

Rainer Mausfeld ist ein ehrlicher Aufklärer. Es geht ihm darum, den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, wie unsere Gedanken und Gefühle durch skrupellose Eliten gelenkt werden. Seine Arbeit ist wichtig und wertvoll.

Doch natürlich werden Aufklärer heutzutage auf Wikipedia umgehend an den digitalen Pranger gestellt. Dort heißt es:

„Mausfelds Beiträge zu medien- und kapitalismuskritischen Themen weisen nach Ansicht des Amerikanisten und Verschwörungstheorie-Forschers Michael Butter ‚stark populistische und mitunter auch verschwörungstheoretische Züge' auf. Von seinem Fachgebiet her fehle Mausfeld die Kompetenz, sich über politische Themen zu äußern, er werde aber wegen seines Professorentitels als Autorität dazu wahrgenommen."

Der deutsche Journalist Paul Schreyer wollte von Professor Michael Butter wissen, warum er Professor Rainer Mausfeld diffamiere und verlangte Belege. Er erhielt aber keine. Daraus lassen sich zwei Schlüsse ziehen: Erstens: Auf Wikipedia wird ohne Beleg diffamiert. Und zweitens: Aufklärung und Medien, welche Aufklärung unterstützten, sind heute wichtiger denn je (5).

Quellen:

(1) Rainer Mausfeld: Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören, Westend 2018, Seite 33

(2) ebd.

(3) Daniele Ganser: Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien, Orell Füssli 2016, Seite 115

(4) Rainer Mausfeld: Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören, Westend 2018, Seiten 40 und 42

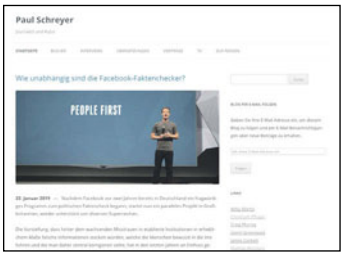
(5) https://www.rubikon.news/artikel/schweigende-lammer-getroffene-hunde

Dieser Text wurde zuerst am 08.12.2018 auf Rubikon.news/ unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/der-kampf-um-unsere-kopfe› veröffentlicht. Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=31282›

Alternative Medien vorgestellt – #3:

https://paulschreyer.wordpress.com



Seitenname: Paul Schreyer

Seiten-Typ: Blog

Betreiber: Paul Schreyer

Themenschwerpunkte:
Geldsystem, Demokratie, Medien, Ukraine/Russland, 9/11

Paul Schreyer, Jahrgang 1977, gehört zu den bekannteren Bloggern und Publizisten und zahlreiche Artikel von ihm sind bereits auch auf free21.org erschienen. Da wir nicht alle seiner lesenswerten und fundiert recherchierten Artikel bei uns übernehmen können, will ich hier sein Blog unserer Leserschaft empfehlen. Dort behandelt er in loser Folge, je nach aktuellem Anlass, Themen wie Demokratie, Presse, Politik, Geldsystem, 9/11, Ukraine, Krim und rezensiert auch Bücher anderer Autoren.

Paul Schreyer arbeitet als Buchautor und als freier Journalist, unter anderem für das Portal Telepolis.de. Ich selbst stieß 2016 auf Paul Schreyer durch das Erscheinen seines Buches „Wer regiert das Geld", das für einen internationalen Buchpreis nominiert war. Sein Interview bei KenFM erweiterte mir damals den Zugang zum ziemlich abstrakten Thema Geld. Für mich als finanzpolitischen Laien vermittelt er dieses komplexe Thema anschaulich und nachvollziehbar. Letzten September hielt Paul Schreyer in Mannheim einen Vortrag dazu, organisiert durch die regionale Free21-Gruppe Karlsruhe.

Bekannt wurde Paul Schreyer durch seine Bücher und Vorträge zu den Anschlägen von 9/11. Besonders spannend fand ich das Refererat, das er 2013 gemeinsam mit dem damaligen Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. Dieter Deiseroth auf einer Juristen-Konferenz an der Universität Bremen zum Stand der Ermittlungen bei 9/11 hielt. Über dieses heikle Thema in solch illustren Kreisen vortragen zu dürfen, spricht für das Niveau seiner Texte.

Auch an anderen Universitäten hält Paul Schreyer gelegentlich Vorträge. Im November 2018 hatte ihn der Anglistikprofessor Thomas Hoffmann, Dekan der sprachwissenschaftlichen Fakultät der Universität Eichstätt, zur Wintervortragsreihe zum Thema Populismus eingeladen. In Paul Schreyers Blog kann man nachlesen, warum ihn das besonders freute: „Mein kritischer Blick auf die Sprache und ihre politische Manipulation steht ja im Mittelpunkt meines aktuellen Buches."

Dass er, was Russland und die Ukraine angeht, ebenfalls nicht mit dem Mainstream mitschwimmt, machte das 2014 zusammen mit Mathias Bröckers verfasste Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren" deutlich.

Trotzdem er – wie inzwischen fast alle systemkritischen Autoren – bei Wikipedia den Verschwörungstheoretikern zugerechnet wird, erhält er zum Teil auch von Seiten des Mainstreams weiterhin positive Kritiken. Sein 2018 erschienenes Buch „Die Angst der Eliten" wurde u.a. vom Literarischen Quartett des ZDF empfohlen. Christoph Dorner von der Süddeutschen Zeitung beurteilte laut Wikipedia das Buch als interessante Auseinandersetzung mit Denkverboten.

Auf seinem Blog paulschreyer.wordpress.com findet man übrigens auch noch interessante Artikel aus dem Jahr 2007. Stöbern lohnt sich.

Andrea Drescher

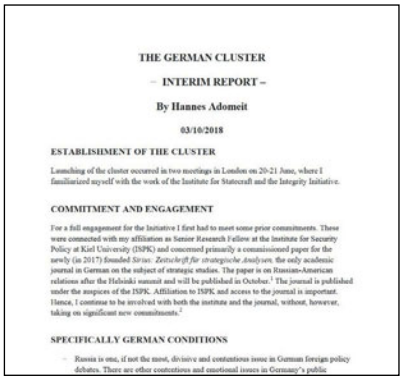
Publiziert auf Free21 am 31.1.2019, 6:00 Uhr

Bild oben: Screenshot von RT.
Bild unten: Seite 1 (Ausschnitt) des geleakten Zwischenberichtes von Hannes Adomat, dem Gründer des deutschen „Clusters“ der Integrity Initiative

Integrity Initiative – **NATO-Propaganda** auch in Deutschland

Die geleakten Dokumente zur „Integrity Initiative“ zeigen auf erschreckende Art und Weise, mit welchem Selbstverständnis Meinungsmacher aus dem Umfeld der NATO heute ihre PR-Netzwerke bis tief hinein in die Redaktionen deutscher Medien aufbauen. Mindestens ebenso erschreckend ist es jedoch, dass – fast – kein deutsches Medium diesen Skandal aufgreift. Die NachDenkSeiten hatten die Gelegenheit, einen ausführlichen Blick in den Zwischenbericht der deutschen Zelle von Integrity Initiative zu werfen.

von Jens Berger



THE GERMAN CLUSTER

– INTERIM REPORT –

By Hannes Adomeit

03/10/2018

ESTABLISHMENT OF THE CLUSTER

Launching of the cluster occurred in two meetings in London on 20-21 June, where I familiarized myself with the work of the Institute for Statecraft and the Integrity Initiative.

COMMITMENT AND ENGAGEMENT

For a full engagement for the Initiative I first had to meet some prior commitments. These were connected with my affiliation as Senior Research Fellow at the Institute for Security Policy at Kiel University (ISPK) and concerned primarily a commissioned paper for the newly (in 2017) founded *Sirius: Zeitschrift für strategische Analysen*, the only academic journal in German on the subject of strategic studies. The paper is on Russian-American relations after the Helsinki summit and will be published in October.[1] The journal is published under the auspices of the ISPK. Affiliation to ISPK and access to the journal is important. Hence, I continue to be involved with both the institute and the journal, without, however, taking on significant new commitments.[2]

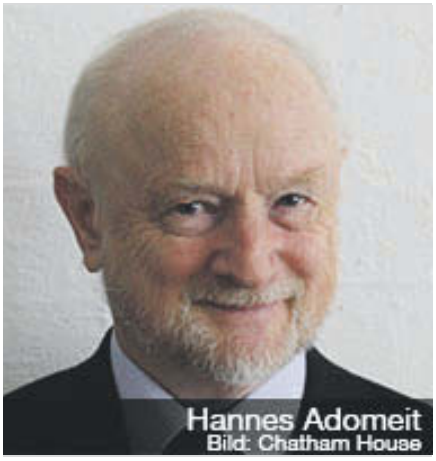
SPECIFICALLY GERMAN CONDITIONS

– Russia is one, if not the most, divisive and contentious issue in German foreign policy debates. There are other contentious and emotional issues in Germany's public

Groß war die Aufregung, als der SPIEGEL vermeldete, einem „Betrugsfall im eigenen Hause“ zum Opfer gefallen zu sein – nahezu alle großen Medien berichteten und waren sich dann aber auch schnell darin einig, dass dies ein bedauernswerter Einzelfall gewesen sein muss. Diese Zuversicht ist erstaunlich, da sich zeitgleich dank der Veröffentlichung geleakter interner Dokumente eines britischen Think Tanks ein ungleich größerer Fall von Meinungsmache und Propaganda in den westlichen Medien umreißen lässt – die Rede ist von der „Integrity Initiative“, einem Programm des dubiosen britischen „Institute for Statecraft“; maßgeblich finanziert vom britischen Außenministerium und der NATO, geleitet von Personen aus dem engeren Umfeld der NATO, des britischen Militärs und der britischen Geheimdienste. Offiziell soll es darum gehen, „russische Desinformationen“ zu kontern. Eigentlich – das legen die internen Papiere nahe – geht es jedoch eher darum, die Lufthoheit in der Propagandaschlacht zu behalten und die NATO-Sichtweise zur vorherrschenden Meinung zu machen, um – in den Worten von Piers Robinson – die „antirussische außenpolitische Agenda westlicher Regierungen zu promoten“. Man könnte auch von einem Infokrieg sprechen, dessen Krieger in Denkfabriken, Universitätsinstituten und Redaktionsbüros sitzen.

In unserem letzten Hintergrundartikel wiesen wir bereits darauf hin, dass die Integrity Initiative in Großbritannien selbst und in Ländern wie Spanien oder Serbien bereits aktiv ist. Eine deutsche Zelle der Initiative ist jedoch ebenfalls im Aufbau und ein von Anonymous geleakter Zwischenbericht, der den NachDenkSeiten vorliegt, gibt einen recht präzisen Einblick in deren geplanten Aufbau.

Kopf der deutschen Zelle der Integrity Initiative soll den Dokumenten zufolge Hannes Adomeit sein, ein Politikwissenschaftler mit einschlägiger Vergangenheit. Bereits kurz nach seiner Promotion an der Columbia University im Jahre 1972 verbrachte er den Rest des kalten Krieges als Experte für „Sowjetstudien“ an britischen,



kanadischen und deutschen Instituten im näheren Umfeld des militärischen Sektors, wie beispielsweise der RAND Corporation in Santa Monica. Nach 1989 unterrichtete Adomeit unter anderem an der Tufts University, die zu jener Zeit auch als Rekrutierungspool der CIA bekannt war, in Harvard und zuletzt in Warschau an der europäischen Eliteschmiede „College of Europe“. Seit letztem Jahr ist der nunmehr 77-jährige Adomeit auf dem Papier „Non-Resident Fellow“ des Instituts für Sicherheitspolitik der Universität Kiel (ISPK). Das ISPK gehört zwar zur Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, wird jedoch in einem nicht unwesentlichen Umfang vom Bundesverteidigungsministerium „querfinanziert“ und hat sich in letzter Zeit auch verstärkt als Ansprechpartner für die Medien positioniert. Die Linie des ISPK ist dabei klar – pro Militär, pro Rüstung, pro NATO, pro USA und Großbritannien.

Mitte Juni wurde Adomeit den geleakten Papieren zufolge auf einem Treffen in London in die Arbeit des Institute for Statecraft und der Integrity Initiative eingewiesen und wird seitdem in internen Dokumenten als Kopf der deutschen Zelle (German Cluster) geführt. Dass die Wahl der Briten auf Hannes Adomeit fiel, war sicherlich kein Zufall. Bereits 1984 agitierte Adomeit für seine Auftraggeber in den US-Denkfabriken gegen die damalige Friedensbewegung der BRD, die politische Linke und das, was Adomeit in Gänsefüßchen damals wie heute als „progressive“ Politik bezeichnet. An diesem Kurs hat sich in den letzten 35 Jahren nicht viel geändert, wie er bereits im Vorwort zu seinem „German Cluster Interim Report“ klar unterstreicht. Dort stellt der Falke aus dem kalten Krieg auch eine vermeintliche „Querfront-Konstellation“ aus AfD und Linkspartei als deutsche Besonderheit beim Kampf im Infokrieg der NATO heraus, die offenbar ein „Hindernis“ für die NATO-PR darstellt.

Laut Adomeit sei zudem bemerkenswert, dass das „russische Narrativ“ in Deutschland besonders populär sei, das besagt, dass die USA nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion den alten Feind ganz einfach durch den neuen Feind Russland ersetzt hätten und mithilfe der NATO in russische Interessengebiete vorgedrungen seien. Warum soll dies eigentlich ein „russisches Narrativ“ sein? Dies ist schlicht Fakt, aber diese kleine Note wirft einen sehr bezeichnenden Blick auf die Geisteswelt der alten neuen kalten Krieger, in der jede Form von Entspannungspolitik Verrat und Konfrontation alternativlos ist.

Das Logo der Integrity Initiative. (Screenshot von der Website www.integrity-initiative.net)

Prof. Dr. Joachim Krause Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik der Universität Kiel (ISPK). (Foto: Screenshot von der Institutswebsite, Quelle: https://www.swud.org/de/der-vorstand.html)

Als eine Art „Führungsoffizier“ der deutschen Zelle fungiert den geleakten Papieren zufolge der Brite Harold Elletson, der laut der britischen Zeitung „Observer“ früher als Agent des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 in Osteuropa und auf dem Balkan tätig war. Nach einem Mandat für die britischen Konservativen im Unterhaus war Elletson mehrere Jahre Direktor des „NATO-Forums für Wirtschaft und Sicherheit“, einer beim Militärbündnis angesiedelten Schnittstelle zwischen Politik und Rüstungsindustrie. Heute ist Elletson offiziell „PR-Berater“, Rüstungslobbyist (AFPS) und Berater für westliche Unternehmen, die im Wirtschaftsraum der ehemaligen Sowjetunion tätig sind – u.a. Alstom in Sibirien und BP in Aserbaidschan. Zur Funktion Elletsons für die deutsche Zelle schreibt Adomeit nur kurz und knapp, dass „alle Aktivitäten mit ihm koordiniert wurden und werden“. Ein anderes Dokument aus dem Leak bezeichnet ihn als Verbindungsmann zwischen dem Institute for Statecraft und der deutschen Zelle der Integrity Initiative.

Als engen Freund und Weggefährten bezeichnet Hannes Adomeit den Direktor des Kieler ISPK Joachim Krause, der ebenfalls als Mitglied der deutschen Zelle geführt wird. Anwerbungsgespräche mit ihm seien – so Adomeit – nicht nötig, da er mit Krause ohnehin nahezu täglich in Kontakt stehe. Krause gilt als Transatlantiker, überzeugter Anhänger einer massiven Ausweitung des deutschen und europäischen Rüstungsbudgets und sieht in Russland vor allem einen „strategischen Konkurrenten“. Die NachDenkSeiten hatten

Publiziert auf Free21 am 31.1.2019, 6:00 Uhr

sich 2013 schon einmal recht ausführlich mit Krause und seinem Kampf gegen die „Zivilklausel“ beschäftigt, die es Universitäten erschweren soll, Gelder für militärische Forschung vom Militär und der Rüstungsindustrie zu akquirieren. Gerade das ISPK der Uni Kiel mit seinen „Forschungsgeldern“ aus dem militärischen Sektor wäre von einer solchen Zivilklausel natürlich besonders betroffen.

Auch das dritte Mitglied der deutschen Zelle sollte aufmerksamen Lesern der NachDenkSeiten durchaus bekannt sein – schließlich gilt die ehemalige Grünen-Politikerin Marieluise Beck im liberalen bürgerlichen Lager seit vielen Jahren als Speerspitze der Vorwärtsverteidigung deutscher Werte gen Osten. Wann immer taz und Co. ein „knackiges“ antirussisches Zitat benötigen, werden sie bei Beck fündig. Seit einem Jahr betreibt die ehemalige Abgeordnete zusammen mit ihrem Ehemann Ralf Fücks, der lange Zeit der Heinrich-Böll-Stiftung vorstand, den transatlantischen ThinkTank „Zentrum Liberale Moderne“ (Libmod). Von Adomeit wurde sie – dem Zwischenbericht zufolge – am 20. September 2018 über ihre mögliche Rolle in der deutschen Zelle der Integrity Initiative gebrieft. Auch weitere avisierte Mitglieder der deutschen Zelle gehören dem „Zentrum Liberale Moderne“ an oder stehen in engem Kontakt mit dieser Denkfabrik, die neben dem Kieler ISPK offenbar den Kern der britischen NATO-PR im deutschen Raum bildet.

Dazu zählt auch der ehemalige Focus-Journalist Boris Reitschuster, der von Adomeit dem Bericht zufolge wenige Tage später über seine Funktion bei der Integrity Initiative informiert wurde. Reitschuster machte sich mit Büchern wie „Putins Demokratur“ und „Putins verdeckter Krieg“ in der transatlantischen Community einen Namen; beruflich genutzt hat ihm seine offene antirussische Propaganda jedoch nichts – seit 2015 ist unklar, womit er nach seinem Rauswurf beim Focus eigentlich sein Geld verdient. Großartige Überzeugungsarbeit musste Adomeit bei Reitschuster sicherlich nicht aufbringen, zählt dieser im publizistischen Bereich doch zu den berüchtigtsten „Russenfressern“ der Branche, der mit der konfrontativen NATO-Linie sicher keine Probleme hat.

Marieluise Beck (Foto: Stefan Kaminski, gemeinfrei)

In der Öffentlichkeit weniger bekannt ist die Tagesspiegel-Korrespondentin Claudia von Salzen, die in ihren zahlreichen Artikeln ebenfalls eine „klare Kante“ gegen Russland zeigt. Mit ihren Mitstreitern von der Integrity Initiative eint von Salzen, dass sie die Deutschen als „Opfer russischer Propaganda“ sieht und die Existenz westlicher Propaganda glatt bestreitet. Ins gleiche Horn stößt auch Susanne Spahn, die als Osteuropa-Historikerin und freie Journalistin dieser Linie offenbar eine „akademische Note“ verleihen soll. Zwei weitere Journalisten, die im Zwischenbericht genannt sind, konnten den NachDenkSeiten gegenüber glaubhaft versichern, dass sie zwar von Adomeit angesprochen wurden, aber sein Angebot

Screenshot vom Twitter-Account der Tagesspiegel-Journalistin Claudia von Salzen

– auch aus inhaltlichen Gründen – abgelehnt hatten. Beck, von Salzen und Spahn wurden von Adomeit zum Zeitpunkt seines Zwischenberichts bereits kontaktiert und über ihre Rolle informiert.

Weitere Treffen sollten den Dokumenten zufolge mit verschiedenen Journalisten und Mitarbeitern unterschiedlicher Stiftungen und Denkfabriken mit Osteuropa- und Russlandbezug stattfinden, die Hannes Adomeit für eine Mitarbeit bei der Integrity Initiative gewinnen wollte. Ob es zu diesen Treffen kam und ob die vorgesehenen Kandidaten zusagten oder ablehnten, ist jedoch aus den geleakten Dokumenten nicht ersichtlich.

Nachträgliche Anmerkung der Redaktion: In einer vorherigen Version hatten wir die Personen, mit denen Adomeit Gespräche bereits geführt oder geplant hat, namentlich genannt. Da einige dieser Personen uns gegenüber versicherten, das Angebot Adomeits abgelehnt zu haben oder gar nicht von ihm kontaktiert worden zu sein, haben wir uns entschlossen, auf eine namentliche Nennung zu verzichten.

Wie die künftige Arbeit der deutschen Zelle konkret aussehen soll, ist durch die bislang veröffentlichten Dokumente nicht ersichtlich. Klar ist jedoch, dass es um Propaganda geht, mit deren Hilfe man den „Infokrieg“ um die öffentliche Meinung für sich entscheiden will. Russland soll demnach dämonisiert werden und man ist bemüht, die Zustimmung für eine Konfrontationspolitik gegenüber Russland zu stärken. Dabei geht es nicht „nur“ um Außenpolitik, sondern auch um sehr viel Geld, hängt das milliardenschwere Rüstungsbudget Deutschlands doch auch ganz wesentlich davon ab, ob die PR-Initiativen der transatlantischen NATO-nahen Denkfabriken es schaffen, eine Bedrohungslage zu zeichnen, die es der Politik erlaubt, Gelder in die Rüstung und nicht etwa in Bildung, Infrastruktur oder Soziales zu stecken.

Um es klar zu sagen: Solche PR-Arbeit ist im Kern natürlich legitim. Unternehmen, Unternehmensverbände und auch öffentliche Stellen betreiben stets eine mehr oder weniger ausgereifte PR-Arbeit. Nicht legitim ist es jedoch, diese PR-Arbeit verdeckt und mithilfe von mit Steuergeldern finanzierten Universitäten und den Medien zu betreiben. Wissenschaft-

Commissioning, updating and translation of a paper by Susanne Spahn on '*Russian Media in Germany: Independent Journalism or Political Instrument*?'. The basis for this paper would be her research report for the Friedrich Naumann Stiftung, the political foundation associated with the Liberal Party (FDP), entitled *Russische Medien in Deutschland: Unabhängiger Journalismus oder politisches Instrument?* (Potsdam: Friedrich Naumann Stiftung, March 2018), which is available in Russian: Российские медиа в Германии. Независимая журналистика или политический инструмент? (Potsdam: Friedrich Naumann Stiftung, March 2018). – See 'Susanne Spahn' under Cluster Members.

Auszug aus dem Zwischenbericht von Hannes Adomeit 9

ler, deren Existenz von den Forschungsgeldern der Rüstungswirtschaft und dem Verteidigungsbudget abhängen, können nie neutral und objektiv sein, da sie sich ja dann unter Umständen selbst überflüssig machen würden.

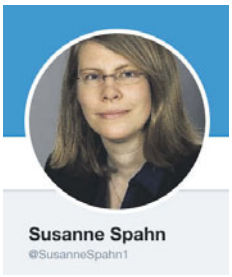
Wie viele Wissenschaftler sind eigentlich in den NATO-Ländern für die unzähligen Denkfabriken und Stiftungen tätig? Eine Recherche der NachDenkSeiten aus 2017 ergab, dass alleine die 100 größten Think Tanks der USA auf ein jährliches Budget von mehr als 5,4 Milliarden US-Dollar bei einem Stiftungsvermögen von mehr als 40 Milliarden US-Dollar zurückgreifen können. In bestimmten Fachrichtungen (z.B. Orientalistik, Osteuropawissenschaften, Sinologie) sind solche Denkfabriken aus dem unmittelbaren Umfeld des militärisch-industriellen Sektors sicherlich der mit großem Abstand wichtigste Arbeitgeber für Akademiker.

Problematisch ist hier natürlich, dass die Geldgeber bestimmen, in welche Richtung die Forschung geht. Falken wie Hannes Adomeit kommt dies sicher auch ideologisch sehr zupass. Für die Tauben fallen bestenfalls Krümel ab. Eine neutrale Wissenschaft ist bei einer derartigen Schieflage der Finanzkraft jedenfalls nicht denkbar. Es ist zudem nicht hinnehmbar, dass der Steuerzahler derartige Propagandaarbeit direkt und indirekt querfinanziert. Auch wenn die Arbeit von Instituten, wie dem Kieler ISPK, zu einem Teil über sogenannte Drittmittel aus dem Verteidigungsministerium und der Rüstungsindustrie finanziert wird, so bezahlt letzten Endes doch immer noch der Steuerzahler die Gehälter der dort tätigen Mitarbeiter und die ansonsten anfallenden Kosten.

Dies ist nicht hinnehmbar. Entweder ein Institut wird aus öffentlichen Mitteln finanziert und ist dann aber auch transparent und darf keine Drittmittel von interessierter Seite annehmen, oder es lässt sich über Drittmittel finanzieren, darf dann aber direkt und auch indirekt keine öffentlichen Gelder mehr beziehen.

Und auch im Journalismus stellen Propaganda-Netzwerke wie die Integrity Initiative ein großes Problem dar. Für viele Leser, Zuschauer oder Zuhörer stellen die Medien ja immer noch eine neutrale Instanz dar, die Pro und Contra abwiegt und sich dann ein eigenes, neutrales Bild macht. Dass Journalisten selbst Einflussagenten von Lobbys und PR-Agenturen aus dem näheren Umfeld des militärisch-industriellen Sektors sind, ist mit dem Berufsethos von Journalisten schlicht nicht vereinbar. Leser des Tagesspiegel sollten beispielsweise wissen, für wen Frau von Salzen schreibt und wessen Interessen sie publizistisch vertritt; die formelle oder informelle Mitgliedschaft in einer „Initiative", die von fremden Regierungen finanziert wird, gehört ganz sicher nicht zu den Dingen, die man dem Leser vorenthalten sollte. Die Grenzen zwischen bewusster Täuschung der Leser – wie im Fall Claas Relotius – und bewusster Manipulation der Leser – wie es die Integrity Initiative offenbar plant – sind fließend.

Es ist klar, dass die britische Integrity Initiative sicherlich kein Einzelfall ist. Die Nähe zahlreicher Journalisten zu transatlantischen Netzwerken ist hinlänglich bekannt, wird von Seiten der großen Medien aber fast nie kritisch durchleuchtet. Hier passt der Fall Integrity Initiative voll ins Schema. Verbindungen von Wissenschaft und Medien zu NATO, Militär und transatlantischen Netzwerken wurden und werden lieber verschwiegen – daran wird sich leider auch durch die Leaks zur Integrity Initiative nichts ändern, so lange die Öffentlichkeit zu diesem Thema schweigt.



Screenshot vom Twitter-Account der Publizistin Susanne Spahn

Auszug aus dem Zwischenbericht von Hannes Adomeit

Adomeit / GERMAN CLUSTER INTERIM REPORT

Technically, she would be prepared to make the paper available to us – the Friedrich Naumann Stiftung has agreed to this in writing – and update the information provided in German. She would expect a fee of 1,000 GBP. I would do the translation (also for a fee).

[Chris: A decision is needed on this.]

Brainstorming or workshop by cluster members (and other experts) on the Russian influence campaign in Germany. As stated above in the section on Cluster Members, such a project makes sense only once the individuals concerned have been briefed in detail and their likely contributions established. That process is on-going.

Autor: Jens Berger

ist freier Journalist, Wirtschaftsexperte und politischer Blogger der ersten Stunde. Als Redakteur der NachDenkSeiten und Herausgeber des Blogs Der Spiegelfechter schreibt er regelmäßig zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen.

Dieser Text wurde zuerst am 07.01.2019 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=48281› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

‹http://www.free21.org/?p=31287›

Publiziert auf Free21 am 31.1.2019, 6:00 Uhr

Der Zweck und die Absicht von **Integrity Initiative** ist eine Propagandaoperation

Der russische Auslandssender RT kürte die Integrity Initiative zur „größten Story des Jahres 2018“ [1]. Die NachDenkSeiten [2] und Telepolis [3] berichteten bereits, während die großen Medien das Thema ignorieren, obgleich es gerade sie eigentlich angeht. Marcus Klöckner hat für die NachDenkSeiten mit dem britischen Journalistik-Professor Piers Robinson gesprochen, der an der Auswertung der Dokumente über die Organisation beteiligt ist.

von Marcus Klöckner

Piers Robinson (Foto: Screenshot)

Prof. Dr. Robinson, Sie und Mitglieder der „Arbeitsgruppe zu Syrien, Medien und Propaganda“ haben gerade ein Papier veröffentlicht, das sich mit einem scheinbar großangelegten Propagandaprojekt gegen Russland auseinandersetzt [4]. Das Projekt kommt aus Großbritannien, aber es hat Verbindungen zu einer Reihe von europäischen Ländern. Eines der Dokumente, mit denen Sie sich auseinandersetzen, spricht von einer „deutschen Gruppe“ (cluster team) und deutschen Journalisten. Bitte, sagen Sie uns mehr darüber. Was ist da los?

Ja, das ist richtig. Die durchgesickerten Unterlagen führen 14 Personen einer deutschen Gruppe als Teil des Netzwerkes auf.

Schritt für Schritt: Woher kommen die Unterlagen denn?

Zwei Bündel Unterlagen wurden von Anonymous geleakt. Die Veröffentlichung erfolgte im November. Vor kurzem, am 13. Dezember, wurden weitere Unterlagen veröffentlicht. Seit dieser Zeit gibt es auch ein Interesse an den Unterlagen. Einmal vonseiten der akademischen Welt (der Working Group on Syria, Media and Propaganda), aber auch vonseiten der Medien. So hat beispielsweise der Daily Record über sie berichtet. Des Weiteren haben die Politiker Chris Williamson (Labour Party) und Emily Thornberry, Großbritanniens Schattenaußenminister, im Parlament Fragen gestellt.

Autor: Marcus Klöckner

studierte Soziologie, Medienwissenschaften und Amerikanistik. Herrschafts- und Medienkritik kennzeichnen seine Arbeit als Autor und Journalist. Zuletzt erschienen von ihm die Bücher „Medienkritik: Zu den Verwerfungen im journalistischen Feld“ und „Wie Eliten Macht organisieren“.

Publiziert auf Free21 am 31.01.2019, 6:00 Uhr

Antirussische Propaganda-Beispiele in der Presse aus den letzten vier Jahren.

Woher wissen Sie, dass die Dokumente echt, also kein Fake sind?

Die Integrity Initiative hat bereits bestätigt, dass viele der Unterlagen echt sind. Und bis jetzt, trotz einer beträchtlichen Öffentlichkeit, haben die Projektverantwortlichen die Dokumente nicht als Fake erklärt. Bis jetzt gibt es keinerlei Hinweise, dass die Unterlagen falsch oder manipuliert worden sind.

Gegenüber wem hat die Initiative das bestätigt?

Die offizielle Stellungnahme der Integrity Initiative bestätigt, „dass Integrity-Initiative-Dokumente gestohlen und online gepostet worden sind" und dass die Integrity Initiative „bislang keine Gelegenheit hatte, alle diese Dokumente zu prüfen und daher nicht mit Sicherheit sagen kann, ob alle Dokumente echt sind oder ob sie manipuliertes oder gefaktes Material beinhalten. Jedoch ist klar, dass ein Großteil des Materials in der Tat vom Integrity-Initiative- bzw. Institute-of-Statecraft-System stammt." Soweit ich das überblicken kann, gibt es bisher keinerlei Beweise dafür, dass das Material auch nur in Teilen gefakt oder manipuliert worden ist. Zudem, wie vorhin schon gesagt, waren die Dokumente Thema in Medienberichten der britischen Presse und die Grundlage für parlamentarische Anfragen.

Sagen Sie uns bitte mehr über die Unterlagen, die einen Bezug zu Deutschland haben.

In dem Dokument werden [mehrere deutsche Journalisten namentlich genannt] [*]. Es ist allerdings nicht klar, ob diese Journalisten auch zugestimmt haben, Teil von Integrity Initiative (II) zu werden.

Integrity Initiative? Das ist der Name des Projekts, oder?

Genau. Es ist zwingend notwendig, dass investigative Journalisten aus Deutschland der Sache auf den Grund gehen. Es sieht jedenfalls so aus, das wird aus dem Dokument ersichtlich, dass von Salzen sich auf das Projekt eingelassen hat. In dem

CDU-Plakat aus dem Jahre 1953. (Lizenz: KAS/ACDP 10-001: 414 CC-BY-SA 3.0 DE)

Dokument heißt es, dass von Salzen sich mit dem Fall Andrey Kovalchuk auseinandersetzen werde [Anmerkung der Redaktion: In dem Dokument wird über Kovalchuk gesprochen, der in Deutschland verhaftet wurde – angeblich wegen des Schmuggelns von 400 Kilogramm Kokain].

In dem Übergangsbericht der deutschen Gruppe heißt es, dass Treffen mit Journalisten und anderen Personen bereits stattgefunden haben bzw. terminiert sind. Was sagt Ihnen das?

Das sagt uns, dass die Integrity Initiative aktiv versucht, ihre Aktivität in Deutschland auszudehnen. Die Integrity Initiative behauptet, gegen ‚Russlands Desinformation' angehen zu wollen. Aber: Aus den Dokumenten, die bisher an die Öffentlichkeit gelangt sind, ist klar ersichtlich, dass die Initiative und ihre Mutterorganisation, das Institute for Statecraft, auch versuchen, sowohl Pro-Nato-Sichtweisen als auch eine anti-russische Agenda und die außenpolitische Agenda vieler westlicher Regierungen zu promoten. Dies geschieht durch die Kooptation von Journalisten und Akademikern. Sie haben beträchtliche Summen zu ihrer Verfügung. Ihre Aktivität, unter der Voraussetzung, dass sie erfolgreich sein werden, wird eine freie und offene Debatte in ganz Europa, aber auch in Deutschland, hemmen.

Die Integrity Initiative ist Teil eines Instituts, oder?

Publiziert auf Free21 am 31.01.2019, 6:00 Uhr

Ja. Hinter der Integrity Initiative steht das Institute for Statecraft, das von dem Außenministerium finanziert wird. Jedes Jahr fließen ihm so rund 2,9 Millionen Euro zu.

Welchen Zweck erfüllt das Institut denn?

Das Institute for Statecraft wurde 2006 von Chris Donnelly und Dan Lafayeedney als ein Non-Profit-Unternehmen gegründet. Es wurde 2009 als eine schottische Wohltätigkeitsorganisation registriert. Donnelly wurde 2015 zum Ehren-Oberst in der Specialist Group Military Intelligence Army Reserve benannt. Der größte Teil des Geldes kommt mittlerweile vom britischen Außenministerium.

integrity initiative
Defending Democracy Against Disinformation

Nochmal: Was ist die Aufgabe des Instituts?

Auf seiner Webseite ist zu lesen, dass es eine unabhängige Organisation ist, die „zur Belebung der Praxis der Staatskunst (Statecraft) dient, um die Regierungsführung zu verbessern und die nationale Sicherheit zu erhöhen". Allerdings scheint es sich – durch die Integrity Initiative – nun auf die Abwendung dessen zu fokussieren, was es als die russische Bedrohung wahrnimmt.

Und was ist die Aufgabe von Integrity Initiative?

Diese wurde innerhalb des Institutes eingerichtet, um, ich zitiere, „Russlands Desinformation und bösartigem Einfluss in Europa entgegenzuwirken" und „ein Netzwerk von Experten, Meinungsmachern und politischen Entscheidungsträgern zu schaffen, um die nationale Öffentlichkeit über die Bedrohung zu informieren und dabei zu helfen, nationale Kapazitäten aufzubauen, dieser Bedrohung entgegenzuwirken". (Integrity Initiative funding application to FCO, 2017/18). Was wichtig ist, dass einige der Aktivitäten unter mangelnder Transparenz zu leiden scheinen: zum Beispiel verweist das Integrity-Initiative-Handbuch auf sog. „Vertraulichkeitsvereinbarungen!" (non-disclosure agreements), welche die Gruppen (cluster teams) unterschreiben sollen. Allgemein gesprochen heißt das: Das Programm scheint darauf ausgelegt zu sein, auf das zu zielen, was die Initiative als russische Desinformation bezeichnet, und die außenpolitische Agenda der NATO und der führenden westlichen Regierungen zu unterstützen. Anders gesagt: Der Zweck und die Absicht von Integrity Initiative ist eine Propagandaoperation.

**Die NachDenkSeiten hatten in einer vorherigen Version die Namen der Journalisten genannt, die von der Integrity Initiative angesprochen werden sollten. Auf Wunsch zweier namentlich genannter Journalisten haben wir die Namen herausgenommen.*

Quellen:

[1] RT, World News: „Integrity Initiative is the biggest story of 2018 – but not because of anything it did", 23.12.2018, *<https://www.rt.com/news/447256-integrity-initiative-psyops-establishment-media/>*

[2] Nachdenkseiten: „Die Infokrieger im Dienste ihrer Majestät", 20.12.2018, *<https://www.nachdenkseiten.de/?p=47955>*

[3] TELEPOLIS (heise online): „Infowar oder Absurdistan: Britisches Außenministerium im Strudel der Desinformation", 18.12.2018, *<https://www.heise.de/tp/features/Infowar-oder-Absurdistan-Britisches-Aussenministerium-im-Strudel-der-Desinformation-4253994.html>*

[4] Working Group on Syria: „Briefing note on the Integrity Initiative", *<http://syriapropaganda-media.org/working-papers/briefing-note-on-the-integrity-initiative>*

Dieser Text wurde zuerst am 07.01.2019 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=48278› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

‹http://www.free21.org/?p=31289›

Eigenanzeige

Sie vertreten Recht und Gesetz und interessieren sich für verschiedenste Rechtsgebiete? Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit als

Free21 juristische/r Berater/in

unterstützen würden. Als gemeinnütziger Verein stehen wir immer mal wieder vor neuen juristischen Fragen. Ob Vertragsrecht, Medienrecht oder schlicht Orientierung im Umgang mit Behörden – guter Rat ist meistens teuer.

Wenn Sie uns gelegentlich ehrenamtlich beraten können, schreiben Sie bitte an: **verein@free21.org**

Wie die **Konzerne** die UNO unter ihre Kontrolle brachten

Der UN-Migrationspakt geht in weiten Teilen auf die Wünsche der multinationalen Konzerne zurück [1]. Ihren Feldzug gegen das Bargeld dürfen Visa, Mastercard und Co. unter dem Banner der Vereinten Nationen führen [2]. Das sind nur zwei von vielen Beispielen. An der UN Foundation lässt sich zeigen, wie die Konzerne es anstellten, dass der UN-Apparat immer mehr nach ihrer Pfeife tanzt.

von Norbert Häring

Bild ganz oben: 10. UNCTAD Debt Management Conference am 24.11.2015 mit über 350 Teilnehmern aus über 100 Ländern. (Foto: UNCTAD, www.flickr.com, CC BY-SA 2.0)

Grafik unten: Das Logo der UNO (Wikimedia, gemeinfrei)

Wie die UN funktioniert, ist unter anderem deshalb wichtig, weil viele linke Internationalisten die Vorstellung haben, die Welt würde ein besserer Ort, wenn man den Nationalstaat überwinden und Entscheidungen auf globaler Ebene treffen würde. Dabei bleibt meist im Dunkeln wie solche Entscheidungen im globalen Interesse gefällt werden sollen. Oder die Idee ist, dass man nur die UN irgendwie stärken müsse.

Ein Blick in die Studie „The UN Foundation – A foundation for the UN?“ von Barbara Adams und Jens Martens von April 2018 [3] könnte die Eine oder den Anderen von solchen Illusionen befreien. Sie nährt die Sorge, dass unter derzeitigen Bedingungen Verlagerung von Macht auf die UN darauf hinausläuft, sie an die großen amerikanischen Konzerne zu übertragen und dabei die demokratische Kontrolle völlig auszuhebeln.

Adams war unter anderem stellvertretende Koordinatorin der UN für die Beziehungen zu Nichtregierungsorganisationen und Leiterin Strategische Partnerschaften und Kommunikation des United Nations Development Fund for Women (UNIFEM). Martens ist Geschäftsführer von Global Policy Forums (New York) und Global Policy Forum Europe (Bonn).

Das Geld und die UN-Stiftung des Medienmoguls Ted Turner spielten eine wesentliche Rolle dabei, dass die UN immer mehr Partnerschaften eingegangen ist, mit Großkonzernen, deren Lobbys wie dem Weltwirtschaftsforum und deren Stiftungen. Diese geben Geld und bekommen

Publiziert auf Free21 am 31.1.2019, 6:00 Uhr

dafür Einfluss. Seit sie genug Einfluss haben, geben sie der UN immer weniger Geld, schmücken ihr Tun aber mit dem UN-Banner oder UN-Zielen. Die Ziele sind nebulös genug, dass die Konzerne und ihre Stiftungen auch Aktionen, die allein ihrem Geschäftsinteresse dienen, mit einem UN-Mäntelchen der Wohltätigkeit umhüllen können. Der Kampf von Visa, Mastercard und Co. gegen das Bargeld unter dem Vorwand der „finanziellen Inklusion“ und die Förderung der Arbeitskräfte-Migration zum Drücken der Löhne und zur Sprengung der Sozialstaatsfesseln sind nur zwei besonders krasse Beispiele.

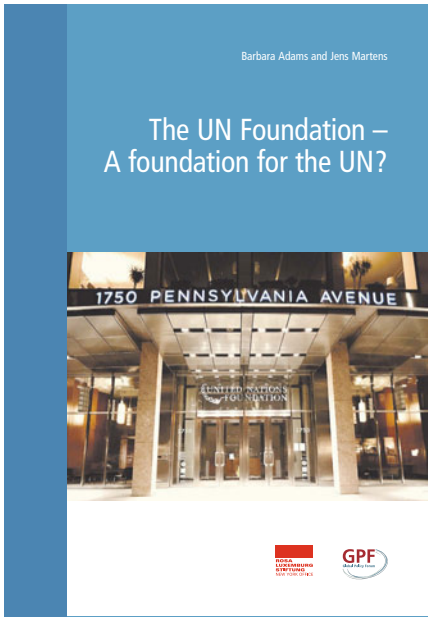
(Anm. d. Verf.: Zur besseren Lesbarkeit habe ich im Folgenden auf wiederholte Hinweise auf die Quellenstudie verzichtet. Die folgende Darstellung basiert bis zum Absatz „Kooperation mit dem Weltwirtschaftsforum“ (dieser nicht mehr) auf der genannten Studie [3]. Zitate durchgängig meine unautorisierte Übersetzung aus dem Englischen.)

1997: Ted Turner schenkt der UN ein Trojanisches Pferd

Um zu sehen, wie es dazu kam, muss man sich zurück ins Jahr 1997 begeben. Gegen Ende dieses Jahres kündigte der Milliardär Ted Turner, Gründer von CNN und Co-Chairman von Time Warner, an, der UN eine Milliarde Dollar in Time-Warner-Aktien zu schenken. Er reagierte damit auf die Weigerung des US-Kongresses die aufgelaufenen Rückstände der US-Regierung aus nicht überwiesenen Beiträgen zu begleichen. Das Geschenk, das letztlich viel kleiner ausfiel als versprochen, sollte sich als Trojanisches Pferd erweisen, mit dem die amerikanischen Großkonzerne ihre Ziele und Werte in die UN einschleusten.

Da die UN keine gemeinnützige Organisation im steuerlichen Sinne ist, gründete Turner für den Transfer des Geldes die UN Foundation. Die UN gründete zur Entgegennahme des Geldes den United Nations Fund for International Partnerships (UNFIP).

Den Grundgedanken hat die bei der UN Foundation untergebrachte Organisation UN Association of the USA so ausgedrückt: Die UN finanziell auszutrocknen könne nicht nur die nationale Sicherheit der USA untergraben, sondern auch „unsere Fähigkeit verringern, die UN für die Unterstützung vitaler US-Interessen einzuspannen“. Die UN-Stiftung selbst schreibt über Turners Motivation:



Titelseite der Studie „The UN Foundation – A foundation for the UN?“ von Barbara Adams u. Jens Martens (Foto: Sarah Dayringer, www.rosalux-nyc.org, Global Policy Forum/Rosa-Luxemburg-Stiftung N.Y.)

> „Teds Ziel bei der Gründung der Stiftung war es, den Wert von Investitionen in die UN zu zeigen, neue Partner zu motivieren, mit der UN zu arbeiten, und eine starke Führungsrolle der USA bei der UN zu fördern.“ [4]

Am Anfang gingen noch fast alle Ausgaben der UN Foundation an die UN. Im Gegenzug durfte der Vorstand von Turners Stiftung die damit geförderten UN-Projekte absegnen.

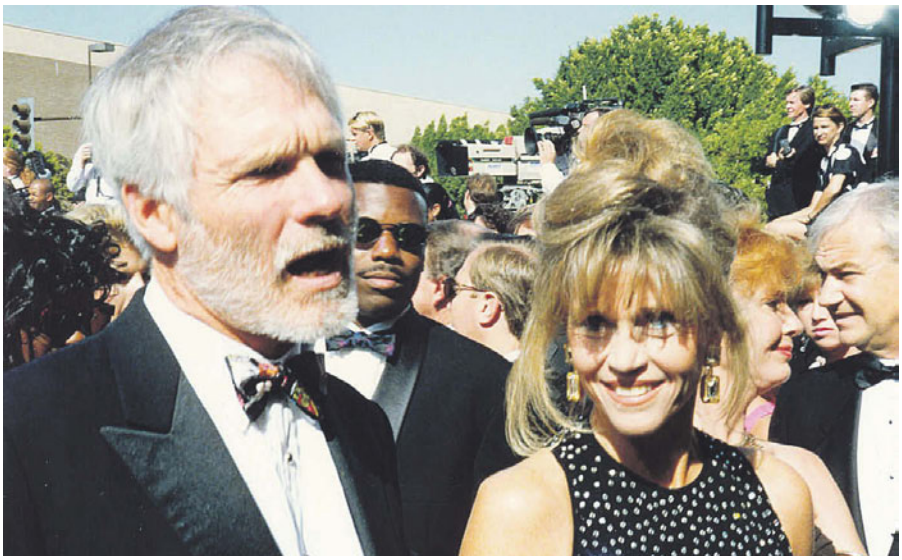
Katalysator für die Einflussnahme auf die UN

Im Lauf der Jahre wurde der Anteil des Geldes, das an die UN ging stark reduziert. Stattdessen wurden immer mehr Aktivitäten von (überwiegend amerikanischen) Organisationen außerhalb der Regie der UN finanziert. Es gab noch eine zweite Veränderung: Anstatt der UN nur eigenes Geld zu überweisen, betätigte sich die Stiftung bald vorrangig als Sammelstelle für UN-Unterstützungsgelder. Von den 52 Millionen Dollar, die die Stiftung 2013 an das Kinderhilfswerk UNICEF und die Weltgesundheitsorganisation WHO überwies, stammten nur noch zwei Millionen aus Turner-Geld, der Rest von externen Geldgebern. 2015 und 2016 kam gar kein Geld mehr von Turner. Auch das von der Stiftung an die UN überwiesene Geld insgesamt ging immer mehr zurück. Nach zehn Jahren waren 650 Millionen Dollar von Turners Geld an die UN geflossen. Die Stiftung entschied, mit Zustimmung der UN (die sich kaum weigern konnte), das restliche Drittel aus dem Milliardenversprechen dafür einzusetzen, die Stiftung dauerhaft zu etablieren, das Geld also nicht der UN zu geben.

Viel von dem extern beigesteuerten Geld wäre sicherlich ansonsten direkt an die UN-geflossen. Das gilt insbesondere für die 200 Millionen Dollar, die Regierungen bis 2016 über Turners Stiftung an die UN leiteten. Für die Stiftung hatte die Funktion als Durchleitungsstation den schönen Effekt, dass sie ihre Macht über das finanzielle Gebaren der UN weit über das durch die geringen eigenen Beiträge gerechtfertigte Maß hinaus steigerte.

Man muss sich das klar machen: Regierungen leiten Geld an die UN über eine private, unternehmensnahe Stiftung, damit diese dafür sorgt, dass die UN sich beim Geldausgeben nach den Vorlieben dieser privaten Stiftung und deren privater Partner richtet.

2016 war der mit Abstand größte Geldgeber der UN-Stiftung die Bill & Melinda Gates Stiftung des Microsoft-Gründers Gates und seiner Frau. In meinem Buch „Schönes Neues Geld“ und meinem Blog zeichne ich nach [5] wie Gates und Mas-



Ted Turner 1992 mit seiner Ex-Frau Jane Fonda (Foto: Alan Light, CC BY-SA 2.0, wikimedia)

tercard mit der von ihnen maßgeblich betriebenen Better Than Cash Alliance durch Geldspenden eine UN-Adresse kauften.

Im Dunkeln ist gut Munkeln

Die ursprüngliche Vereinbarung zwischen UN und UN-Stiftung ist öffentlich. Eine interne Prüfung des UNFIP für die Jahre 2008 bis 2012 monierte, dass der UN Fonds, der das Geld der UN-Stiftung entgegennahm, bei der Auswahl und Prüfung der zu fördernden Programme fast nichts zu sagen hatte, und auch oft über die Geldgeber im Dunkeln blieb. Als Konsequenz wurde die Beziehungsvereinbarung mit dem UN-Fonds revidiert und der Gemeinsame Koordinationsausschuss geschaffen. Die Verhandlungen fanden ohne Aufsicht von UN-Mitgliedsregierungen hinter verschlossenen Türen statt. Das Abkommen wird geheim gehalten. Wer im Joint Coordination Committee Mitglied ist, ist ebenfalls geheim, und auch die Protokolle des Ausschusses.

Türöffner für Konzerne

Von Anfang an betätigte sich die UN-Stiftung als Türöffner für die Privatwirtschaft bei der UN, sei es als Werber für und Finanzierer von gemeinsamen öffentlich-privaten Programmen, sei es durch die Förderung von Lobbyeinrichtungen der Privatwirtschaft bei der UN. Sie ging sogenannte Anker-Partnerschaften mit etwa zwei Dutzend Großkonzernen ein, darunter Exxon, Mobile, Shell, Goldman Sachs und Bank of America. Seit 2010 gibt es einen Business Council for the United Nations (BCUN), einen Rat der Konzerne, bei der Stiftung. Der BCUN wirbt damit, dass er genau über Geschäftsgelegenheiten für Mitgliedsunternehmen bei und mit der UN Bescheid weiß:

> „Der Business Council for the United Nations bietet seinen Mitgliedern einzigartige Gelegenheiten direkt mit der UN in Kontakt zu kommen. Unsere Beziehungen zu Schlüssel-Entscheidern und Diplomaten bei der UN, die an globalen Themen von Bedeutung für unsere Mitgliedsunternehmen arbeiten, ermöglichen relevanten und aktuellen Informationsaustausch."

Die Konzerne wollen bei der gewinnträchtigen Ausnutzung von Geschäftsgelegenheiten ungern von den Regeln und Prozeduren der UN eingeschränkt werden. Deshalb sind die UN-Stiftung und ihre Geldgeber aus der Privatwirtschaft immer mehr dazu übergegangen, nicht der UN Geld zu geben, oder sich an Projekten unter UN-Regie zu beteiligen. Stattdessen betreiben sie eigene Projekte und verkaufen diese PR-mäßig als „Förderung von UN-Zielen".

Allmählich werden diese Umtriebe vielen UN-Mitgliedsländern zu bunt. Im Jahr 2015 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution mit der Forderung, für alle relevante Partnerschaften die Partner, deren Beiträge und die offiziellen Kofinanzierungen offenzulegen. Außerdem müsse die Rechnungslegung und das Risikomanagement gestärkt werden, um die Reputation der UN zu wahren. Wenn eine Instanz wie die UN-Generalversammlung eine solche Resolution verabschiedet, darf man davon ausgehen, dass es bereits an vielen Stellen ziemlich stinkt. 2016 legte die Entwicklungsländergruppe in der UN, G77, mit einer Erklärung nach. Sie forderte, den Mitgliedstaaten Möglichkeiten zu geben, die Aktivitäten von öffentlich-privaten UN-Partnerschaften zu untersuchen und zu beaufsichtigen. Mit anderen Worten: Wenn die Konzerne in Partnerschaft mit der UN oder in eigener Regie sogenannte UN-Ziele in armen Ländern fördern, geschieht das offenbar oft nach den Prinzipien „Geld regiert" und „Vogel friss oder stirb". Mitwirkung oder Kontrolle durch die Regierungen der betroffenen Länder ist nicht vorgesehen – mit einer Ausnahme: Sie sollen einen förderlichen regulatorischen Rahmen schaffen.

Kooperation mit dem Weltwirtschaftsforum

Die Mehrung der Gewinnchancen und des Einflusses der (amerikanischen) Konzerne stand früh auf der Agenda der Stiftung. 2002 und 2003 veranstaltete sie gemeinsam mit dem Weltwirtschaftsforum einen Runden Tisch mit Führungspersönlichkeiten aus Privatwirtschaft, Stiftungen, Regierungen etc. über öffentlich-private Partnerschaften. (Die Anzahl der Regierungsvertreter reichte allenfalls für das Prädikat Feigenblatt.) Im Abschlussbericht [6] wird betont, dass Konzerne keine wohltätigen Organisationen sind, sondern nur mitmachen, wenn sie etwas davon haben, etwa in Form von neuen Märkten oder Reputationsgewinn. Partnerschaften mit der UN erlaubten es ihnen, die Erwartungen der Öffentlichkeit zu erfüllen, ohne ihre Mission (Gewinnmaximierung) zu beeinträchtigen.

Publiziert auf Free21 am 31.1.2019, 6:00 Uhr

Hillary Clinton und Julia Roberts lächelten 2011 gemeinsam für das große und hochkarätige Saubere-Herde-Programm von Ted Turners UN-Foundation. (Foto: U.S. Department of States/solarcooking.wikia.com/CC-0)

Am Ende werden in Frageform kurz ein paar mögliche Probleme aufgelistet, allerdings ohne jeglichen Versuch, sie zu beantworten. Eine davon lautet: „Gibt es die Gefahr, dass mit viel Geld unterlegte Partnerschaften die öffentliche Agenda verzerren?“

Die Antwort ist nur allzu klar. Ein gutes Beispiel ist das große und hochkarätige Saubere-Herde-Programm der UN-Stiftung. Die 2010 gegründete Global Alliance for Clean Cookstoves, die bei der UN-Stiftung angesiedelt ist, will bis 2020 100 Millionen Haushalte in Entwicklungsländern mit sparsameren und saubereren Herden ausstatten. Neben Hillary Clinton sind verschiedene UN-Organisationen und Regierungen (auch die deutsche) dabei. Das meiste Geld steuern die Regierungen bei.

Feigenblattprojekte zur Abwehr echten Wandels

Für sich betrachtet ist das Programm eine gute Sache zu Linderung der Armut und zur Senkung klimaschädlicher Emissionen. Wenn man allerdings mit ins Bild nimmt, was die Beteiligten ansonsten gegen diese Probleme tun könnten – und wohlweislich nicht tun – dann sieht es schnell ganz anders aus. Der Anteil ganz Afrikas am Ausstoß klimaschädlicher Gase ist wegen der Armut und dem geringen Ressourcenverbrauch dort fast vernachlässigbar. Der CO2-Ausstoß der Kochherde privater Haushalte in Entwicklungsländern könnte auf Null sinken, und es würde keinen nennenswerten Beitrag zur Abwendung des Klimawandels leisten. Trotzdem ist es dieses Programm, auf das eine UN-Stiftung mit Partnern wie Exxon und Shell ihre Bemühungen zum Klimaschutz konzentriert. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Und dann stellen Regierungen und UN-Organisationen ihnen auch noch das Gros der verausgabten Gelder zur Verfügung. Würden die Großkonzerne, die hinter solchen Feigenblattprogrammen stehen, stattdessen unterstützen, dass zum Beispiel die Steuerbefreiung des Flugbenzins aufgehoben wird, um den viel relevanteren Flugverkehr zu reduzieren, die Maßnahme wäre wahrscheinlich morgen beschlossen.

Würden diese Konzerne entscheiden, in den Entwicklungsländern normal Steuern zu zahlen, wäre den Menschen dort um ein Vielfaches mehr geholfen als mit subventionierten Kochherden.

Die Wohltätigkeit nach den Präferenzen der Konzerne, der sich die UN zunehmend unterwirft, hat einen gemeinsamen Nenner. Es geht nicht um Beseitigung der Armut. Es geht darum, an den dortigen Regierungen vorbei den Individuen in den armen Ländern zu helfen, sich in ihrer Armut halbwegs erträglich einzurichten. Damit alles so bleiben kann, wie es ist.

Quellen:

[1] Migrationsabkommen Teil II: Was das Weltwirtschaftsforum mit dem UN-Migrationsabkommen zu tun hat, Blogartikel von Norbert Häring am 21.07.2018 unter <*http://norberthaering.de/de/27-german/news/997-migrationsabkommen-2*>.

[2] Wie eine gekaufte UN-Organisation mit Visa und Mastercard an der Abschaffung des Bargelds arbeitet (Teil 1), Blogartikel von Norbert Häring am 12.04.2016 unter <*http://norberthaering.de/de/27-german/news/599-btca-1*>.

[3] The UN Foundation – A foundation for the UN?, Studie von Barbara Adams und Jens Martens, publiziert von Global Policy Forum und Rosa-Luxemburg-Stiftung – New York Office im April 2018, verfügbar unter <*http://www.rosalux-nyc.org/wp-content/files_mf/adamsmartens_the_un_foundation_online.pdf*>.

[4] Our Mission and History, Selbstdarstellung der United Nations Foundation in der Rubrik „Who we are“ unter <*https://unfoundation.org/who-we-are/our-mission/*>.

[5] Wie eine gekaufte UN-Organisation mit Visa und Mastercard an der Abschaffung des Bargelds arbeitet (Teil 1), Blogartikel von Norbert Häring am 12.04.2016 unter <*http://norberthaering.de/de/27-german/news/599-btca-1*>.

[6] Understanding public-private partnerships, Abschlussbericht des Runden Tischs von Aylesbury, England (2002) und der Jahressitzung des Welt-Wirtschaftsforums in Davos, Switzerland (2003), von R.E. Turner und Timothy E. Wirth, unter <*http://www.globalproblems-globalsolutions-files.org/unf_website/PDF/understand_public_private_partner.pdf*>.

Autor: Norbert Häring

ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt. Er ist Mitgründer und Ko-Direktor der World Economics Association.

www.norberthaering.de

Dieser Text wurde zuerst am 06.01.2019 auf norberthaering.de unter der URL ‹http://norberthaering.de/de/27-german/news/1091-un-foundation› veröffentlicht. Lizenz: Norbert Häring.

‹http://www.free21.org/?p=31291›

Demonstration der Gelb-Westen-Bewegung, in Belfort am 1. Dezember 2018. (Foto: Thomas Bresson, CC BY-SA 4.0)

Das **Manifest** der Gelben Westen

Ein Ende der Austeritätspolitik, Volksentscheide, Begrenzung der Mietpreise – über 40 Forderungen, die weit über den Protest gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise hinausgehen, stellten die „Gelben Westen" in einem Kommuniqué Anfang Dezember [2], welches wir hier unkommentiert auf Deutsch veröffentlichen. Machen Sie sich bitte Ihr eigenes Bild.

von Redaktion

„Abgeordnete Frankreichs, wir übermitteln Ihnen die Direktiven des Volkes, damit Sie diese in Gesetze umsetzen. Abgeordnete, verschaffen Sie unserer Stimme Gehör in der Nationalversammlung!
Folgen Sie dem Willen des Volkes! Setzen Sie diese Direktiven durch:

- Null Obdachlosigkeit: DRINGEND.
- Mehr Progression bei der Einkommenssteuer, das heißt, mehr Stufen.
- Mindestlohn von 1.300 Euro netto.
- Förderung der kleinen Geschäfte in den Dörfern und Stadtzentren. Einstellung des Baus von großen Einkaufszentren um die Großstädte herum, die den Einzelhandel abwürgen, und mehr kostenlose Parkplätze in den Stadtzentren.
- Isolierung von Wohnungen im großen Maßstab, um die Ökologie mit Einsparungen in den Haushalten voranzubringen.
- Steuern: die GROSSEN (McDonald's, Google, Amazon, Carrefour ...) sollen GROSS zahlen und die Kleinen (Handwerker, Klein- und Mittelbetriebe) zahlen KLEIN.
- Ein einheitliches System der Sozialversicherung für alle (Handwerker und kleine Selbständige eingeschlossen). Abschaffung der Selbständigen-Sozialversicherung (RSI).
- Das Rentensystem muss solidarisch bleiben und demzufolge vergesellschaftet werden. Keine Rente nach Punkten.
- Schluss mit der Erhöhung der Treibstoffsteuer.
- Keine Rente unter 1.200 Euro.
- Jeder gewählte Abgeordnete hat das Recht auf den Medianlohn. Seine Reisekosten werden überwacht und, soweit begründet, erstattet. Recht auf Restaurant- und Urlaubsgutscheine.
- Die Löhne aller Franzosen sowie die Renten und Leistungen sind entsprechend der Inflation zu indexieren.
- Schutz der französischen Industrie: Verbot von Verlagerungen. Schutz unserer Industrie bedeutet Schutz unseres Knowhows und unserer Arbeitsplätze.
- Schluss mit der Arbeitnehmerentsendung. Es ist nicht normal, dass jemand, der auf französischem Territorium arbeitet, nicht den gleichen Lohn und die gleichen Rechte erhält. Jede Person, die

Publiziert auf Free21.org am 13.12.2018, 6:00 Uhr

autorisiert ist, auf französischem Territorium zu arbeiten, ist einem französischen Staatsbürger gleichzustellen und ihr Arbeitgeber muss für sie die gleichen Abgaben entrichten wie ein französischer Arbeitgeber.
- Zur Sicherung der Beschäftigung: Befristete Arbeitsverträge in großen Unternehmen stärker begrenzen. Wir wollen mehr unbefristete Verträge.

(Foto: CCo)

- Abschaffung der „Steuergutschrift für die Förderung des Wettbewerbs und der Beschäftigung", CICE [1]. Nutzung dieser Gelder zur Förderung einer französischen Wasserstoffauto-Industrie (wirklich ökologisch, anders als Elektroautos).
- Ende der Austeritätspolitik. Einstellung von Zinszahlungen auf illegitim eingeschätzte Schulden und Beginn der Schuldentilgung – ohne auf das Geld der Armen und weniger Armen zurückzugreifen, sondern durch Aufspüren der 80 Milliarden an Steuerhinterziehungen.
- Abstellung der Ursachen für erzwungene Migration.
- Korrekte Behandlung von Asylbewerbern. Wir schulden ihnen Wohnraum, Sicherheit, Ernährung sowie Bildung für die Minderjährigen. Zusammenarbeit mit der UNO zur Einrichtung von Empfangslagern in zahlreichen Ländern der Welt in Erwartung des Ergebnisses des Asylverfahrens.
- Rückführung abgelehnter Asylbewerber in ihr Ursprungsland.
- Umsetzung einer tatsächlichen Integrationspolitik. In Frankreich zu leben heißt, Franzose/Französin zu werden – Französisch-Kurse, Kurse in französischer Geschichte und in staatsbürgerlicher Bildung mit Abschlusszeugnis am Ende der Kurse.
- Festlegung eines Maximallohns von 15.000 Euro.
- Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose.
- Erhöhung der Leistungen für Personen mit Behinderungen.
- Begrenzung der Mieten. Mehr Wohnungen mit gemäßigten Mieten – insbesondere für Studenten und prekär Beschäftigte.
- Verbot des Verkaufs von Grundstücken und Einrichtungen, die sich im Eigentum Frankreichs befinden – Talsperren, Flughäfen und so weiter.
- Konsequente Zurverfügungstellung von Mitteln für Justiz, Polizei, Gendarmerie und Armee. Bezahlung oder Freizeitausgleich von Überstunden der Ordnungskräfte.
- Einsatz aller Mauteinnahmen für den Unterhalt der Autobahnen und Landstraßen Frankreichs sowie für die Straßenverkehrssicherheit.
- Da die Gas- und Strompreise seit der Privatisierung gestiegen sind, wünschen wir, dass beides wieder in die öffentliche Hand kommt und die Preise entsprechend gesenkt werden.
- Sofortiger Stopp der Einstellung kleiner Bahnstrecken, der Abschaffung von Postämtern und der Schließung von Schulen und Entbindungsstationen.
- Wohlergehen für ältere Menschen. Verbot der Gewinnerzielung auf Kosten älterer Menschen. Statt „Graues Gold" „Graues Wohlergehen".
- Maximal 25 Schüler pro Klasse von der Vorschule bis zur Abschlussstufe.
- Bereitstellung notwendiger Mittel für die Psychiatrie.
- Volksentscheide sind in die Verfassung aufzunehmen. Schaffung einer lesbaren und effizienten Website, überwacht durch ein unabhängiges Kontrollorgan, auf der Menschen Gesetzesvorschläge einbringen können. Wenn ein solcher Vorschlag 700.000 Unterschriften erhält, ist er von der Nationalversammlung zu diskutieren, zu ergänzen und gegebenenfalls mit Änderungsvorschlägen zu versehen. Die Nationalversammlung ist zu verpflichten, ihn – ein Jahr nach dem Stichtag der Erlangung der 700.000 Unterschriften – der Gesamtheit der Franzosen zur Abstimmung vorzulegen.
- Rückkehr zu einem 7-Jahres-Mandat für den Präsidenten der Republik. Die Wahl der Abgeordneten zwei Jahre nach der Wahl des Präsidenten wird dem Präsidenten der Republik ein positives oder negatives Signal hinsichtlich seiner Politik übermitteln. Dies wird dazu beitragen, der Stimme des Volkes Gehör zu verschaffen.
- Rente mit 60 Jahren. Recht auf Rente mit 55 Jahren für alle Personen, die schwer körperlich arbeiten – beispielsweise Maurer oder Schlachthausarbeiter.
- Verlängerung des Systems der Zuschüsse für Kinderbetreuung (Pajemploi) über das 6. Lebensjahr hinaus bis zum 10. Lebensjahr des Kindes.
- Förderung des Schienengütertransports.
- Kein Quellensteuerabzug.
- Schluss mit den lebenslangen Bezügen für Altpräsidenten.
- Verbot der Erhebung einer Gebühr von Händlern für die Zahlung per Kreditkarte durch deren Kunden.
- Besteuerung von Schiffsdiesel und Kerosin.

Diese Liste ist natürlich nicht erschöpfend, in Folge wird aber der Wille des Volkes gehört und umgesetzt werden durch die Schaffung eines Systems der Volksentscheide, welches umgehend eingeführt werden muss.

Abgeordnete, lassen Sie unsere Stimme im Parlament sprechen. Gehorchen Sie dem Willen des Volkes. Setzen Sie diese Anweisungen um.

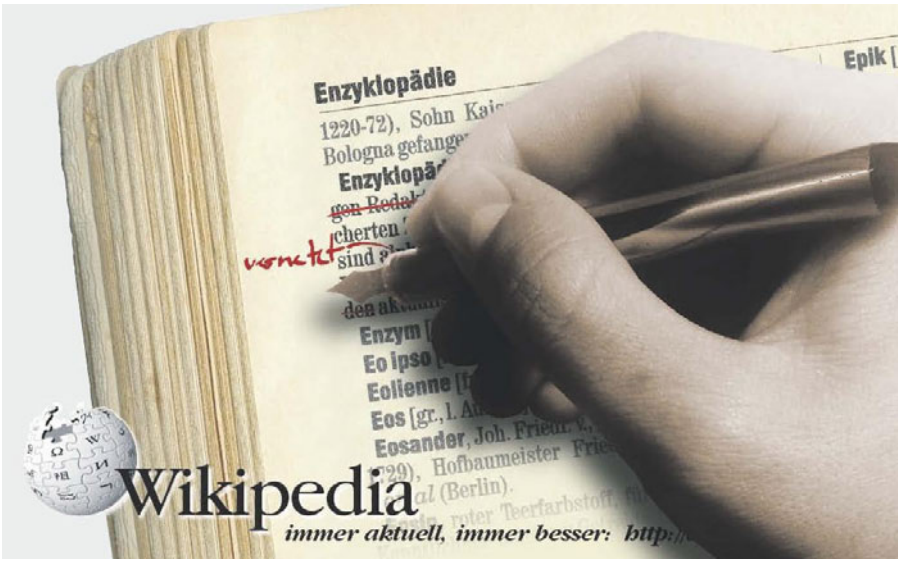
gez., Die Gelbwesten" [3]

Quellen und Anmerkungen:

[1] *<https://de.ambafrance.org/Der-Pakt-fur-Wachstum>*
[2] *<https://de.scribd.com/document/394450377/Les-revendications-des-gilets-jaunes>*
[3] **Übersetzung der Forderungen der Gelbwesten:** *<https://deutsch.rt.com/europa/80823-manifest-gelbwesten-ende-austeritatspolitik-volksentscheide/>*

‹http://www.free21.org/?p=30940›

Foto: Sansculotte selfmade CC BY-SA 3.0



Die Deutungshoheit der **Wikipedia** relativieren

In einer Welt, die so groß, global und vielfältig ist wie unsere heutige, können wir nur einen winzigen Bruchteil der für uns relevanten Informationen mit den eigenen Sinnen aufnehmen, selbst erleben oder den Erzählungen vertrauter Personen entnehmen.

von Jörg Wichmann

Screenshot von FreeWiki.eu

Unser Bild der Wirklichkeit entsteht überwiegend durch das, was uns über die Medien nahegebracht wird. Längst haben dabei die digitalen Medien die Bedeutung der gedruckten überflügelt. Wenn ich heute etwas wissen will, frage ich Google oder Wikipedia, und meist verweist Google zuerst auch auf Wikipedia.

Wikipedia bestimmt inzwischen für Milliarden Menschen, was eine Tatsache ist und was nicht. Wikipedia sollte die Lösung des globalen Informationsproblems werden und allen Menschen auf diesem Planeten gleichermaßen und frei die gleichen Informationen zur Verfügung stellen. Ich bin ein großer Fan dieser Idee.

Wie wir aus einer Reihe von Publikationen und Filmdokumentationen inzwischen wissen – auf Free21 zuletzt in der Recherche „Propaganda in der Wikipedia“ [1] –, ist aber aus dem Lösungsversuch selbst ein Problem geworden.

Nicht, dass es Propaganda überhaupt gibt, ist das Problem, sondern dass sie hier im Gewand der schlichten und neutralen, der objektiven Tatsache einherkommt. Nicht, dass es in einem gigantischen Lexikon wie Wikipedia auch einzelne schlecht recherchierte oder tendenziöse Artikel gibt, ist das Problem, sondern dass die Wikipedia von bestimmten Interessensgruppen gezielt und strategisch zur Manipulation benutzt wird und dass der demokratische Einfluss auf diese Machenschaften ebenso gezielt unterbunden und auch dem juristischen Zugriff entzogen wird. Und das Hauptproblem ist, dass Wikipedia nahezu eine weltweite Monopolstellung errungen hat. Wikipedia ist gefährlich für unsere Demokratie geworden (bzw. für das, was davon übrig ist).

Dies alles wissen wir, dank der akribischen Arbeit einiger Journalisten, jetzt sehr genau. **Und nun?**

Publiziert auf Free21 am 31.1.2019, 6:00 Uhr

Der Autor des Beitrages auf der WiWi18 am 13.10.2018 (Foto: Jörg Wichmann)

Nehmen wir es selbst in die Hand!

Es gibt inzwischen eine ganze Reihe alternativ-kritischer Nachrichten-Magazine wie Rubikon, KenFM, free21, NachDenkSeiten, Zeitgeist u.v.a. Es gibt freie Video-Angebote wie KenFM, KontextTV, Gruppe42, DemocracyNow.

Warum bauen wir nicht auch im lexikalischen Bereich als weiteres Standbein der kritischen Medienbewegung ein eigenes Projekt auf?

Da ich ein ungeduldiger Mensch bin, habe ich einfach begonnen, ein Portal zu schaffen, das zur langfristigen Sammlung von Informationen und Zusammenhängen taugt, eine Enzyklopädie all der umstrittenen Themen, die in Wikipedia nicht fair und sachlich abgehandelt werden können. Zu diesem Zweck wurde FreeWiki ***www.freewiki.eu*** entwickelt, eine Enzyklopädie der umstrittenen Themen.

Dieses Portal soll keineswegs Wikipedia ersetzen, denn das wäre unrealistisch, und der größte Teil der Wikipedia ist auch völlig in Ordnung. Aber es soll mehrerlei Zwecke erfüllen:

1. sollen darin zu verschiedenen umstrittenen Themen sachlich richtige und faire Artikel gesammelt und damit ein Netzwerk kritisch gesehener Zusammenhänge geschaffen werden.

2. sollen Menschen wieder motiviert werden, sich an der Wissenssammlung zu beteiligen, die sich von der Mainstream-Enzyklopädie nicht mehr vertreten und frustriert fühlen.

3. soll FreeWiki ein öffentliches Signal dafür sein, dass Wikipedia dem eigenen Anspruch nicht gerecht wird und dass es eine große Gruppe von Menschen gibt, die den dort dargestellten Sicht- und Umgangsweisen nicht folgen können und wollen.

4. könnte dadurch die gesellschaftliche Debatte über Wissenschaft, Ideologie, Wahrheit und Fakten, Manipulation und Meinung bereichert werden.

FreeWiki.eu

Mehrsprachig: FreeWiki ist mehrsprachig angelegt, zunächst nur Deutsch und Englisch, aber offen für weitere. Da das Problem ideologisch besetzter Artikel in der englischen Wikipedia genauso wie in der deutschen besteht, schien es wichtig, mindestens diese beiden Sprachen gleichzeitig abzudecken.

Nicht anonym: Ein wesentliches Problem im Umgang mit Wikipedia ist die Anonymität – wie bereits in verschiedenen Veröffentlichungen dargelegt – und deshalb wird es in FreeWiki eine solche nicht geben. Wer möchte, kann zwar unter einem Alias schreiben, aber der Redaktion wird immer der bürgerliche Name und die E-Mail bekannt sein. Und man kann auch nur nach Freigabe Einträge machen, so dass dem Vandalismus und der gezielten Übernahme durch organisierte Gruppen vorgebeugt wird.

Thematisch gegliedert: Um zu Beginn in der Vielfalt der Themen eine Orientierung zu ermöglichen und auch deutlich zu machen, welche Themen in Wikipedia manipuliert und für ein freies Projekt relevant sind, gibt es thematische Inhaltsverzeichnisse, die zur Mitarbeit genutzt werden können, hier *https://www.freewiki.eu/de/index.php?title=Inhaltsuebersicht*.

Einladung + Regeln zu FreeWiki

Alle, die den Wunsch teilen, ein kritisches, alternatives Enzyklopädie-Portal aufzubauen, sind herzlich eingeladen, sich bei FreeWiki anzumelden und Artikel oder Einträge beizusteuern. Die Regeln:

Anonym geht nicht. Man kann zwar mit Alias schreiben, aber in der Anmeldung muss der bürgerliche Name und eine E-Mail-Adresse genannt werden.

Schreibrechte gibt es nur nach Anmeldung und Freigabe. Es ist schade, dass dieser Umstand nötig ist, aber die Erfahrung hat gezeigt, dass Seiten, bei denen das nicht so ist, von den gleichen Gruppen „gekapert“ werden, die auch Wikipedia im Griff haben.

Aussagen sind zu belegen. Keine persönlichen Statements oder Meinungen. Keine Beschimpfungen. Faire und klare Darstellung aller Aspekte. (Häufigstes Missverständnis bisher ist, dass Beiträge wie Zeitschriften-Kommentare formuliert werden und nicht wie lexikalische Artikel.)

Basisinfos dürfen aus Wikipedia oder Pluspedia übernommen werden, müssen aber gekennzeichnet sein.

Quellen und Anmerkungen:

[1] Free21, Propaganda in der Wikipedia von Swiss Propaganda Research: *<http://www.free21.org/?p=30078>*

* Warum unter den verschiedenen Themen, die in der Wikipedia manipuliert werden, die Alternativmedizin eine wichtige Stellung einnimmt und warum sie – nicht nur deshalb – ein wichtiger Teil der emanzipativen und kritischen Bewegung ist (oder zumindest sein sollte), können Sie hier nachlesen: *<https://www.rubikon.news/artikel/die-enteignung-der-gesundheit>*

Weitere Artikel zum Thema:

<https://www.provings.info/blog1?post_id=36>
<https://www.rubikon.news/artikel/das-lexikon-der-lugen>

Foto: Pixabay, CCo

Autor: Jörg Wichmann

Jahrgang 1958, studierte in Bonn Kulturwissenschaften, Philosophie und Psychologie. Nach langem Engagement in der alternativen Kulturszene der 1980er und 1990er Jahre – als Buchhändler, Verleger, Autor, Netzwerker und Referent – lebt er inzwischen mit seiner Familie im Bergischen Land und betreibt dort eine homöopathische Praxis, schreibt und hält Seminare. Um der Meinungs- und Faktenmanipulation der Wikipedia etwas entgegenzusetzen, stellte er das FreeWiki ins Netz.

www.freewiki.eu

‹http://www.free21.org/?p=31284›

Aktueller Stand: FreeWiki startet gerade und enthält demzufolge aktuell noch wenig Text und ist noch nicht über die Suchmaschinen, sondern nur direkt über die Adresse zu finden. Aber mit entsprechender Unterstützung vieler Interessierter sollte es in ein paar Monaten so weit sein, dass eine repräsentative Menge an Artikeln vorhanden ist und der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Die Einladung geht insofern zunächst einmal in die Runde der LeserInnen von kritischen Medien wie free21, sich zu beteiligen.

Wer steht dahinter?

Zunächst einmal stehe ich selbst dahinter, Jörg Wichmann, Autor dieses Textes. Das Projekt wird bislang noch von meiner Frau und mir allein getragen und ist unsere persönliche Initiative. Mittelfristig soll FreeWiki in eine gemeinnützige Trägerschaft übergeleitet werden.

Da wir persönlich aus dem Bereich der alternativen Medizin kommen, die von Wikipedia besonders mit Diffamierung bedacht worden ist, liegt hier in der Anfangsphase noch ein Schwerpunkt. Eine Fachredaktion aus momentan acht KollegInnen arbeitet an diesem Bereich mit.

Weitere Schwerpunkte sind Politik und Medien, die Themen, die den LeserInnen von free21 vermutlich eher vertraut sind*. Diese Themen werden u.a. unterstützt von Dirk Pohlmann und Markus Fiedler. Redaktionen zu einzelnen Fachbereichen sind gerade im Aufbau.

Und es gibt noch weitere wissenschaftliche und philosophisch-weltanschauliche Themen, bei denen sachgemäßere Darstellungen als in der Wikipedia sinnvoll und erforderlich sind.

FreeWiki braucht dringend Unterstützung aller Art, um in die Gänge zu kommen. Macht mit!

www.FreeWiki.eu

Nachsatz

Um eines klarzustellen, weil bereits geschrieben wurde (Psiram), ich sei ein „Gegner der Wikipedia“: Nein, ich bin vielmehr ein großer Fan und ständiger Nutzer der Seiten in der Wikipedia, die fachlich gut sind. Genau deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir eine Online-Enzyklopädie bekommen, die zuverlässig und fair ist und sich an ihre eigenen Regeln hält.

Publiziert auf Free21 am 31.1.2019, 6:00 Uhr

Das Free21-Aktiv-Abo

Jeder Druck-Abonnent erhält 6x im Jahr je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare sollten an andere Menschen, Freunde, Nachbarn und Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite der kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Druck-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Druck-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber
Name, Vorname:

Str., Nr.:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Kontoführendes Institut:

IBAN:

BIC:

Abweichende Lieferanschrift:

Name

Str., Nr.:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Heinz-Wassen-Str. 6, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2019: 20.2.19/20.4.19/20.6.19/20.8.19/20.10.19/20.12.19

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2019 gedruckt. Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare werden ca. 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Druck-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Druck-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Free21

Der Free21-Stammtisch in Karlsruhe:

Im „Stammtisch-Prinzip“ treffen sich Free21-Leser und Interessierte im Raum Karlsruhe zum geopolitischen und gesellschaftskritischen Gedankenaustausch. Willkommen sind alle Menschen, die die Vision einer friedlichen und freien Welt haben.

Nächster Stammtisch am 25. Februar 2019, 19 Uhr in der „Süßen Marie Veganerie“ Rüppurrer Straße 106 76137 Karlsruhe

Das Free21-Prinzip:

Nicht mehr selbst ausdrucken?

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Wir wollen unsere Website Free21.org weiterentwickeln und suchen dafür auf ehrenamtlicher Basis einen engagierten

Webmaster

der oder die sich mit Wordpress, PHP und CSS solide auskennt. Es müsste ausreichend Expertise vorhanden sein, um für größere Projekte externe Dienstleister briefen und kontrollieren zu können.

Wer uns dabei unterstützen kann, schreibt an: team@free21.org

Unterstütze **Free21:** drucken – lesen – teilen – spenden: **www.free21.org**